

ÖMZ

ÖSTERREICHISCHE MILITÄRISCHE ZEITSCHRIFT

begründet
1808



Aus dem Inhalt

**Frank Umbach,
Deutschland:**
Globale Renaissance
der Kernenergie oder
nur eine Wiedergeburt
von Ankündigungen?

**Henrique Schneider,
Schweiz:**
In der Mitte der Welt

**Jörg-Dietrich Nackmayr,
Deutschland:**
Das Great Game im
21. Jahrhundert

**Martin Pabst,
Deutschland:**
Südsudan und die Folgen

ÖMZ

ÖSTERREICHISCHE MILITÄRISCHE ZEITSCHRIFT

In dieser Onlineausgabe

Frank Umbach

Globale Renaissance der Kernenergie oder nur eine Wiedergeburt von Ankündigungen?
Die Vision einer Welt ohne Nuklearwaffen und die Perspektiven der weltweiten zivilen Nutzung der Kernenergie

Jörg-Dietrich Nackmayr

Das Great Game im 21. Jahrhundert
Vom Ringen um Vorherrschaft in Zentralasien

Henrique Schneider

In der Mitte der Welt
Der indische Ozean als geostrategischer Raum und doktrinäre Herausforderung

Martin Pabst

Südsudan und die Folgen

Zusätzlich in der Printausgabe

Thomas Rapatz

Die ukrainische Halbinsel Krim im Einflussbereich der Russischen Föderation
„Militärpolitische Betrachtung des Schwarzmeerraums“

Walter Schilling

Iran auf dem Weg zur Nuklearmacht

Klaus-Jürgen Bremm

Militärstrategie und Eisenbahntransportplanung in Österreich-Ungarn 1870-1914

Hans Krech

Al Qaida des islamischen Maghreb AQIM 2010
Die Gründung von AQIM

sowie zahlreiche Berichte zur österreichischen und internationalen Verteidigungspolitik

Globale Renaissance der Kernenergie oder nur eine Wiedergeburt von Ankündigungen?

Die Vision einer Welt ohne Nuklearwaffen und die Perspektiven der weltweiten zivilen Nutzung der Kernenergie

Frank Umbach

Die Verkündung der vollständigen Abschaffung aller Nuklearwaffen in der Welt durch den amerikanischen Präsidenten Barack Obama im April 2010 in Prag wäre kaum vergleichbar beachtet worden, wenn diese Vision inzwischen nicht auch von so prominenten ehemaligen US-Außen- und Verteidigungspolitikern sowie Sicherheitsexperten wie Henry Kissinger, George P. Shultz, William Perry, Sam Nunn und Richard Burt unterstützt worden wäre. Auch in Deutschland schlossen sich der ehemalige deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt, der frühere Bundespräsident Richard Weizsäcker und der langjährige ehemalige Außenminister Hans-Dietrich Genscher der Vision einer vollständigen Abschaffung aller Nuklearwaffen an, auch wenn Präsident Obama und auch Henry Kissinger diese hinsichtlich eines realistischen Zeitraumes inzwischen bereits teilweise selbst wieder revidiert haben. Präsident Obama konnte sich innenpolitisch die Zustimmung im Senat für die Unterstützung und Ratifizierung des neuen START-Vertrages auch nur durch ein neues 85 Milliarden-Programm zur Modernisierung der amerikanischen Nuklearwaffensysteme erkaufen, mit dem bis zu 80 neue Nuklearsprengköpfe pro Jahr hergestellt werden können.

Obamas Vision und die prominente Unterstützung resultieren aus der zunehmenden Besorgnis, dass sich das nukleare Nichtverbreitungsregime (NPT) in einer tiefen globalen Glaubwürdigkeitskrise befindet. Die anstehende Überprüfungskonferenz vom Mai 2010 drohte ohne neue Abrüstungsschritte zu scheitern mit der möglichen Konsequenz, dass schon in wenigen Jahren eine immer größere Zahl von Staaten und nichtstaatlichen Akteuren sich Nuklearwaffen und/oder „schmutzige Bomben“ aneignen und damit die internationale Stabilität sowie Sicherheit nachhaltig gefährden könnten. Bereits im April 2010 wurden Rolle und Anzahl der amerikanischen Nuklearwaffen in der neuen Nuclear Posture Review (NPR) für die nationale Sicherheit der USA und ihrer Verbündeten deutlich deklaratorisch abgewertet. Insofern fand die 8. Überprüfungskonferenz des NPT-Vertrages im Mai 2010 tatsächlich in einer veränderten Stimmung statt, in der die USA erstmals die genaue Anzahl ihrer operativen Nuklearsprengköpfe im Sinne der Schaffung internationa-

ler Transparenz offen legten und zusammen mit Russland ihre nukleare Abrüstungsbereitschaft zumindest bei den strategischen Nuklearwaffen bekräftigten. Zudem soll eine Konferenz zum Aufbau einer massenvernichtungswaffenfreien Zone im Nahen Osten geschaffen werden, die vor dem Hintergrund immer größerer Ambitionen zum Bau eigener ziviler Kernreaktoren im Mittleren Osten dringender denn je erscheint. Wie die zunehmende Besorgnis der arabischen Nachbarstaaten Irans in den Wikileaks-Dokumenten belegt, könnten sich diese Ambitionen keineswegs nur auf die zivile Nutzung der Kernenergie beschränken.

Bereits während der letzten zwei Jahrzehnte ist die nukleare Proliferation durch illegale Nuklearwaffenprogramme Nordkoreas, Irans, Libyens, Israels, Pakistans und Indiens vorangeschritten. Dabei konnte nur das libysche Programm diplomatisch gestoppt werden. Eine weitere Proliferation von Nuklearwaffenprogrammen wird v.a. im Mittleren Osten (Syrien, Ägypten, Saudi-Arabien, Türkei), aber auch in Asien (Myanmar) und Lateinamerika (Brasilien, Venezuela) befürchtet. Dabei ist allerdings höchst zweifelhaft, ob größere und ernsthaftere Abrüstungsschritte der USA und Russlands ausreichend sein werden. Zudem ist die inzwischen erfolgte Ratifizierung des neuen START-Vertrages zur Begrenzung der einsatzbereiten nuklearstrategischen Gefechtsköpfe in den nächsten sieben Jahren von 2.200 auf „nur“ noch 1.500 Gefechtsköpfe und die Halbierung der Trägersysteme auf je 700 zunächst wenig beeindruckend, wenn der Moskauer SORT-Vertrag von 2002 mit seinen Obergrenzen zwischen 1.700 und 2.200 strategischen Gefechtsköpfen berücksichtigt wird. Zwar verfügen beide Seiten noch immer über 95% der weltweiten Arsenale von Nuklearwaffen, doch sind weder die taktischen Nuklearwaffenbestände beider Seiten bisher in Abrüstungsprogrammen berücksichtigt noch aus Sicht Russlands und vieler „Schurkenstaaten“ die militärstrategischen Veränderungen alternativer konventioneller Militäroptionen und das amerikanische Raketenabwehrprogramm. V.a. aber sind bisher auch die kleineren Nuklearwaffenstaaten nicht bereit, ihre Arsenale in einen künftigen globalen Abrüstungsprozess einzubringen. Zwar mahnen sie größere Abrüstungsschritte der USA

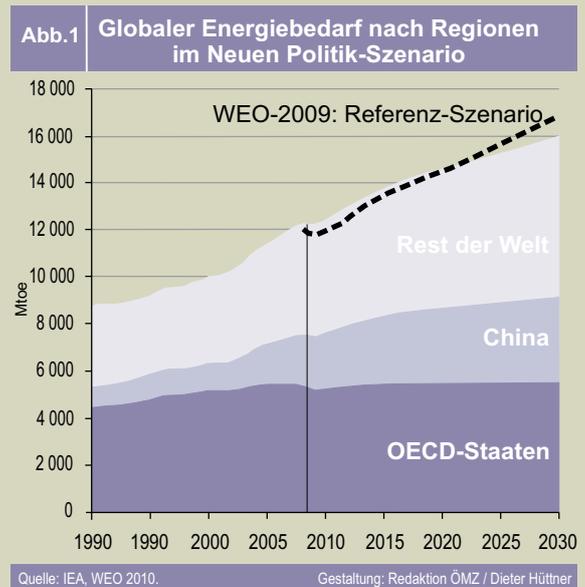
und Russlands seit Jahren an, doch sind ihre Nuklearwaffenambitionen zumeist nicht primär mit den USA und Russland verbunden, sondern häufig mit ungelösten regionalen Sicherheitsdilemmata und dem internationalem Prestige sowie Status des Nuklearwaffenbesitzes verknüpft.

Währenddessen gerät der im NPT dauerhaft vorgesehene Verzicht auf Kernwaffen nicht nur durch die bisher unzureichenden Abrüstungsschritte der USA und Russlands ins Wanken, sondern auch durch die dritte Säule des NPT, nämlich die Zusicherung an alle Vertragsparteien, Kernenergie friedlich nutzen zu dürfen. Diese energiepolitische Option hat in den letzten Jahren zunehmend neue Interessenten gewonnen. Deren Motivation dürfte jedoch nicht jederzeit allein auf die zivile Nutzung beschränkt sein. So berichtete auch der damalige Chef der Internationalen Atomenergieagentur (IAEA), Mohammed ElBaradei, im April 2010, dass mehr als 60 Staaten, v.a. viele Schwellen- und Entwicklungsländer (darunter viele Staaten im Nahen und Mittleren Osten), seine Behörde über ihr Interesse an der Entwicklung eines nationalen Atomprogramms unterrichtet hätten. Darunter würden derzeit zwölf Staaten konkret einen Einstieg in die zivile Kernenergienutzung aktiv verfolgen. Zwar ist der Weg von der friedlichen zur militärischen Nutzung der Kernkraft weit, doch je mehr Staaten Uran anreichern und nukleare Brennelemente wiederaufbereiten, desto größer wird das Risiko der Verbreitung von waffenfähigem Uran oder Plutonium, und umso wichtiger wird die effektive Kontrolle des nuklearen Materials sein. Gleichzeitig konstatieren viele Energieexperten eine globale Renaissance der Kernenergie, die in Deutschland dagegen noch immer vielfach als eine „Renaissance der Ankündigungen“ ohne reale Implementierung (so der Grünen-Politiker Jürgen Trittin in der FAZ vom 16.7.2009) in Abrede gestellt wird.

Die folgende Analyse untersucht, ob von einer globalen Renaissance der Kernenergie wirklich gesprochen werden kann, welche politisch-ökonomischen oder sonstigen strategischen Gründe hierfür angeführt werden können, wie die Perspektiven für Europa aussehen und welche Auswirkungen dies auf die Vision einer nuklearwaffenfreien Welt bis 2030 haben würde, wie dies in dem Fahrplan „Global Zero Action Plan“ einer hochrangigen US-Diplomaten- und internationalen Expertengruppe propagiert worden ist. Dabei wird unter „Renaissance der Kernenergie“ nicht nur eine deutliche Steigerung des prozentualen Anteils der Kernenergie im globalen Energiemix verstanden (wie bei vielen Kritikern), sondern im breiteren Sinne auch eine deutliche Zunahme der Anzahl der Kernreaktoren und damit auch des Neubaus sowie der weltweiten Gesamtkapazitäten.

Globale Energietrends und geopolitische Risiken der Energieversorgungssicherheit

Nach den neuesten Szenarien und Prognosen der Internationalen Energieagentur (IEA) in Paris wird die Weltenergienachfrage bis 2035 um bis zu 36% zunehmen. Auch aus Sicht der IEA sind die gegenwärtigen energiepolitischen Megatrends nicht nur aus klimapolitischen,



sondern auch aus Gründen der Bewahrung der globalen Energiesicherheit nicht länger tragbar. 2008 haben die Entwicklungsländer mit China an der Spitze erstmals die OECD-Staaten beim Verbrauch von Primärenergie übertroffen. Gegenwärtig erwirtschaften 82% der Weltbevölkerung nur 25% des globalen Bruttoinlandsproduktes, benötigen hierfür aber 50% der Weltenergieproduktion. Dabei spielen die folgenden globalen energiepolitischen Megatrends eine besondere Rolle für die künftige Stabilität der Weltwirtschaft:

- Bis 2035 wird der zusätzliche globale Anstieg zu 93% auf die Nicht-OECD-Staaten entfallen, obwohl auch die Energienachfrage der OECD-Staaten sich um bis zu 15% erhöhen dürfte.

- Der Anteil der fossilen Energieträger im globalen Energiemix wird 2035 unter Berücksichtigung der neueren energiepolitischen Pläne aller weltweiter Staaten noch immer bei 74% liegen und somit auch den Großteil des Anstiegs der weltweiten Energienachfrage decken müssen.

- Rohöl bleibt mit etwa 28% (33% im Jahr 2008) im weltweiten Energiemix der wichtigste Energieträger bis 2035. Der durchschnittliche Rohölbedarf wird bis 2035 weltweit um 37% gegenüber 2008 zunehmen. Da nicht nur die Zunahme der Weltrohölnachfrage, sondern auch viele erschöpfte Ölfelder ersetzt werden müssen (die weltweite Produktion von 68 mb/d der gegenwärtigen Erdölfelder von 2009 wird auf ganze 16 mb/d 2035 abnehmen), muss die Rohölproduktion bis 2035 sogar um faktisch 28 mb/d bis 2020 und sogar um 67 mb/d (das Sechsfache der heutigen Gesamtrohölproduktion Saudi-Arabiens als weltgrößter Rohölproduzent) bis 2035 gegenüber heute zunehmen, um die Lücke zwischen globaler Rohölnachfrage und abnehmender Produktion in den gegenwärtigen Erdölfeldern zu kompensieren.

- Während die Peak-Oil-Debatte auch in den nächsten Jahren kontrovers bleiben wird, so ist heute schon unstrittig, dass die „Ära des billigen Öls“ bereits vorbei ist.

- Die Zunahme der weltweiten Erdgasproduktion um 44% von 3.049 billion cubic meters (bcm) im Jahr 2008 auf 4.500 bcm 2035 wird mit 46% im Mittleren Osten erfolgen

müssen - derjenigen Region, die bereits für die Stabilität der Weltrohölversorgung ohne Alternative ist, bis 2035 ihre Erdgasproduktion gegenüber heute verdoppeln muss und gegenwärtig mit politischen Revolutionen konfrontiert ist. Auch bei Gas werden die Nicht-OECD-Staaten für 84% des globalen Nachfrageanstiegs verantwortlich sein. China allein wird dabei ein durchschnittliches jährliches Wachstum von 6% aufweisen. Dabei werden Chinas Erd- und Flüssiggasimporte von gerade einmal 5 bcm 2008 auf bis zu 200 bcm 2035 zunehmen und damit rund 40% des weltweiten interregionalen Gashandels ausmachen. Der interregionale Gashandel wird von 680 bcm 2008 um 80% auf 1.190 bcm bis 2035 zunehmen. Davon wird der größte Teil in Form von Flüssiggas (LNG) transportiert werden, dessen Anteil von 52% im Jahr 2006 auf 69% 2030 ansteigen und zahlreiche neue Sicherheitsprobleme aufwerfen wird. Die globale Erdgasnachfrage wird allerdings durch die globale „stille Revolution“ der Fördertechnologien von unkonventionellem Erdgas erleichtert, die bis 2035 nicht weniger als 35% des Anstiegs der globalen Erdgasproduktion ausmachen könnte.

- Der weltweite Strombedarf wird zwischen 2007 und 2030 um über 75% ansteigen. Während der Kohleanteil an der weltweiten Stromerzeugung von 41 auf 44% zunehmen wird, dürfte der Anteil der erneuerbaren Energien von gegenwärtig 16% auf 25% bis 2030 ansteigen und damit Erdgas bereits bald nach 2010 als zweitwichtigste globale Erzeugungsquelle für Strom ablösen.

- Um die weltweite Energienachfrage zu befriedigen und die globale Energiesicherheit zu garantieren, sind rund 26 Billionen USD an Investitionen bis 2030 notwendig. Diese Investitionen in die globale Energiewirtschaft werden allerdings nur dann erfolgen, wenn sich die Rahmenbedingungen für ausländische Investoren und die politische Stabilität in vielen der Förderländer deutlich verbessern. Derzeit bestehen erhebliche Zweifel, dass dieser Investitionsumfang rechtzeitig und in ausreichendem Maß geschehen wird.

- Die staatliche Subventionierung des weltweiten fossilen Energieverbrauchs belief sich 2009 auf 312 Mrd. USD, 2008 waren es sogar 558 Mrd. USD. Dementsprechend ist der Energieverbrauch dieser Staaten von realen Marktpreisen weitgehend abgekoppelt, sodass auch keine Anreize bestehen, den Energieverbrauch durch Einsparungen zu verringern und die Energieeffizienz zu erhöhen.

- Damit steht die Welt vor einer doppelten Herausforderung: einerseits eine verlässliche und bezahlbare Energieversorgungssicherheit zu gewährleisten, andererseits aus Gründen des globalen Klimawandels v.a. in den Nicht-OECD-Staaten auf höhere Energieeffizienz mit gleichzeitig niedrigerem CO₂-Ausstoß strukturell umzusteuern. Trotz der eher enttäuschenden Ergebnisse des Kopenhagener Klimagipfels vom Dezember 2009 werden die weltweiten Anstrengungen die Optionen zur Bewältigung der globalen Herausforderungen der internationalen Energiesicherheit einengen und damit mittelfristig bis 2035 zusätzliche Risiken für die globale Energieversorgungssicherheit aufwerfen.

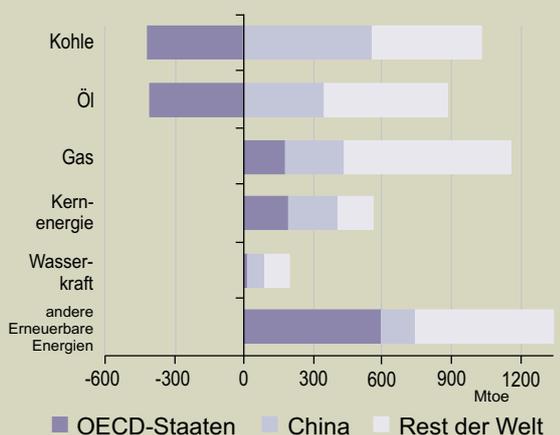
Gleichzeitig sollen die Treibhausgasemissionen in den nächsten Jahren massiv verringert werden, um so den

bedrohlichen Klimawandel zumindest abzubremesen. Das gegenüber dem „New Policy Scenario“⁽⁴¹⁾ noch ehrgeizigere 450-Politik-Szenario berücksichtigt daher die Begrenzung des Temperaturanstiegs um 2 Grad Celsius, das für die meisten Klimaexperten als die eigentliche Zielsetzung angesehen werden muss. Egal, wie sehr sich die EU und die USA bei der Treibhausgasemissionsminderung anstrengen mögen: Eine Temperaturreduzierung um 2 Grad Celsius setzt jedoch nicht nur eine Einbindung der USA, sondern auch Chinas, Indiens und anderer wirtschaftlicher Schwellenländer voraus, zumal China bereits seit 2006 zum größten Treibhausgasemittenten aufgestiegen ist.

Auch vor diesem Hintergrund setzen immer mehr Staaten auf die weitgehend emissionsfreie Kernenergie. Nach dem neuesten „World Energy Outlook 2010“ sieht das „New Policy Scenario“ auch einen weiteren Anstieg bei der zivilen Nutzung der Kernenergie vor. Während der weltweite Strombedarf um 2,7% jährlich bis 2035 steigt, wird die Zunahme bei der Kernenergie mit 2,2% lediglich von den erneuerbaren Energien übertroffen, die allerdings von einem sehr viel geringeren Niveau ausgehen. Der Anteil der Kernenergie am gesamten globalen Energiemix nimmt von 6% 2008 auf rund 8% - trotz der allgemeinen weltweiten Zunahme des Energiebedarfs - 2035 zu (im Vergleich bei den Erneuerbaren: Anstieg von 3% auf 7%), während der Anteil an der Stromerzeugung mit 14% bis 2035 gleich bleiben wird.

Die Unsicherheiten der globalen Energieversorgungssicherheit bis zum Ausbruch der gegenwärtigen globalen Finanz- und Wirtschaftskrise im Sommer 2008 erklärten sich einerseits aus der rapide zunehmenden Energienachfrage in China und Indien sowie einer Versechsfachung der Ölpreise von 2002 bis 2008 auf über 147 USD, andererseits aus der zunehmenden Ungewissheit, wie lange die Öl- und Gasreserven noch ausreichen und wieviele Ressourcen zukünftig tatsächlich auf dem Weltmarkt zur Verfügung stehen werden. Dabei bilden auch unzureichende Investitionen in den Up- und Downstreamsektoren, eine zunehmende strukturelle Instabilität in zahlreichen Förderländern und immer begrenztere freie Produktionskapazitäten wichtige Faktoren bei der Beantwortung der Frage, warum das globale Erdöl- und Erdgasangebot

Abb.2 Wachsender Energiebedarf im Neuen Politik-Szenario, 2008 - 2035



Quelle: IEA, WEO 2010. Gestaltung: Redaktion ÖMZ / Dieter Hüttner

nicht mit der globalen Nachfrage Schritt halten konnte. Aufgrund dieses Ursachenmixes unterschied sich diese Krise der weltweiten Energiepreise und globalen Energieversorgung grundlegend von früheren Energiekrisen. Doch wird die globale Wirtschafts- und Finanzkrise kaum etwas an den grundsätzlichen Megatrends ändern können, sondern hat diese nur zeitlich verzögert.

Die entscheidende Frage jedoch (Wie viele Erdöl- und Erdgasressourcen stehen nicht nur auf dem Papier, sondern tatsächlich auf dem Weltmarkt jederzeit zur Verfügung?) hängt somit nicht nur von eng definierten ökonomischen Faktoren wie Angebot und Nachfrage ab, sondern maßgeblich auch von den sich dramatisch verändernden politischen Rahmenbedingungen seit Ende der 1990er-Jahre. Dabei spielen die geopolitischen Risikofaktoren im Zusammenhang mit der weltweiten Nachfrage, u.a. Faktoren auch bei der globalen Öl- und Gashausse, eine entscheidende preistreibende Rolle, die künftig noch größer und volatiler ausfallen wird. Bereits die Renationalisierungswelle in den weltweiten Energie- und Rohstoffsektoren hat seit Ende der 1990er-Jahre zu

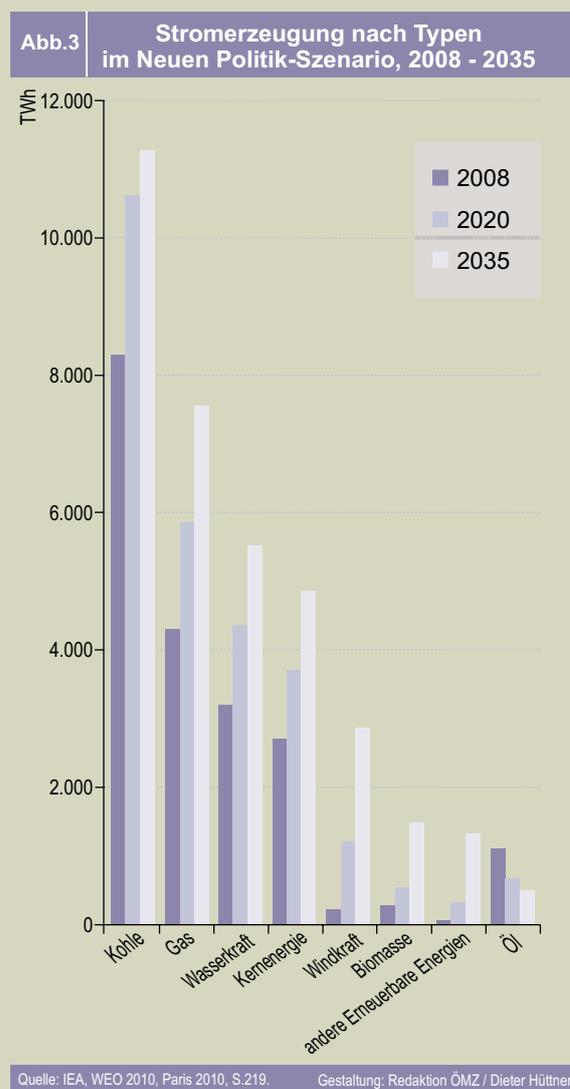
Öl- und Gasressourcen befinden sich heute in der Hand staatlicher Energiekonzerne und ihrer Regierungen, die ihre Produktion nicht allein nach Angebot und Nachfrage ausrichten, sondern mindestens ebenso sehr nach innen- und außenpolitischen Interessen. Das Entstehen politisch „autoritärer Petrostaaten“, ihre Ablehnung von Demokratie und sozialer Marktwirtschaft, ein außenpolitisches konfrontativeres Grundverhalten (wie Iran, Venezuela, Russland etc.) sowie unzureichende Investitionen in eine effiziente Ausweitung der Produktion werfen nicht nur grundlegende Fragen für die Nachhaltigkeit der globalen Energiesicherheit bis 2030 auf, sondern auch auf die internationalen Grundstrukturen und weltweite Ordnungspolitik sowie Möglichkeiten eines effektiven internationalen Krisenmanagements. Zudem lassen sich seit Ende der 1990er-Jahre eine zunehmende Angebotskonzentration sowohl bei den Energie- als auch den meisten Industrierohstoffen auf immer weniger Länder und Unternehmen und verschärfte Handels- sowie Wettbewerbsverzerrungen durch politisch induzierte Einschränkungen der Energie- und Rohstoffverfügbarkeit empirisch nachweisen.

Vor diesem Hintergrund ist die Frage der Versorgungssicherheit nicht nur in Europa als Folge der Gaskonflikte Russlands mit der Ukraine und auch Belarus in den Vordergrund der Energie- und auch Sicherheitspolitik vieler Staaten gerückt, sondern auch in Asien, Eurasien, Lateinamerika und im Mittleren Osten. In diesem globalen und geopolitischen Zusammenhang gilt es auch, die Renaissance der Kernenergie sowohl auf der weltweiten Ebene als auch in Europa zu analysieren und zu erklären.

Globale Renaissance der Kernenergie

Während sich in den 1990er-Jahren der Neubau von Kernkraftwerken v.a. auf Asien beschränkte, kann inzwischen eine nukleare Renaissance auch in anderen Weltregionen nicht länger geleugnet werden. Aus Sicht der IEA werden die Gesamtkapazitäten der Kernenergie an der Stromerzeugung von 391 GW 2008 auf 646 GW 2035 bzw. von 2.731 TWh auf 4.883 TWh steigen. Demgegenüber wird erwartet, dass die Erneuerbaren Energien von 3.772 TWh auf 11.200 TWh ansteigen. Die stärkste Zunahme der Kernenergiekapazitäten wird dabei in Asien (v.a. China, Indien, Südkorea u.a.) erwartet. Allein China wird für 40% des globalen Anstiegs der Stromerzeugungskapazitäten verantwortlich sein. Zwischen 2009 und 2025 wird China die gesamte derzeitige US-Stromerzeugungskapazität zusätzlich aufbauen müssen.

Derzeit befinden sich weltweit 442 Reaktoren in Betrieb, die rund 2,5 Mrd. t CO₂ (das Doppelte des Ausstoßes von Deutschland) vermeiden. Weitere 63 Reaktoren sind trotz der ungelösten Endlagerung mit Gesamtkapazitäten von über 64 GW in Bau, davon nur 16 GW in den OECD-Ländern. Darüber hinaus sind 156 Reaktoren in Planung mit über 174 GW. Siemens und andere Energieunternehmen für Nukleartechnologie hoffen sogar auf einen weltweiten Neubau von bis zu 400 Reaktoren mit einer zusätzlichen Gesamtleistung von 393 GW. Von den derzeit 63 im Neubau befindlichen Kernkraftwerken müssen



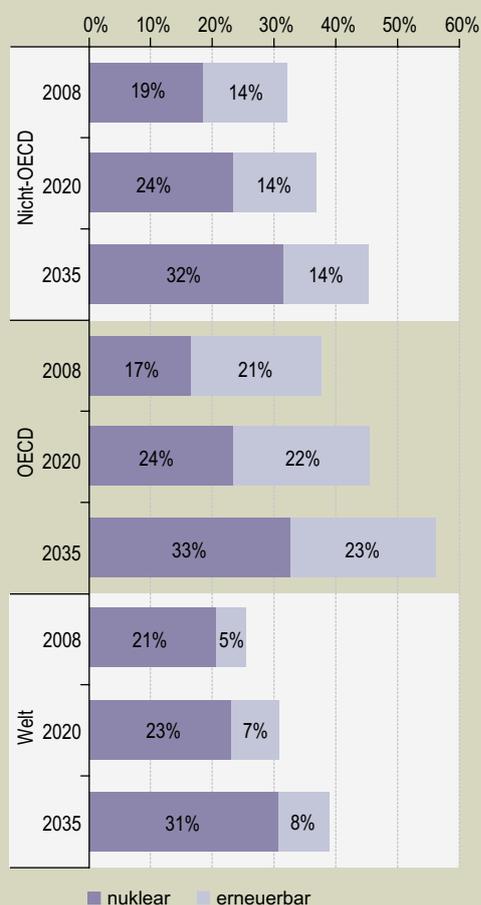
grundlegenden Verschiebungen des Machtgleichgewichts zwischen Produzenten und Konsumenten zugunsten der Energieexporteure geführt. Rund 85% der globalen

zwar bei 22 z.T. erhebliche Bauverzögerungen konstatiert werden, dennoch ist dies die höchste Zunahme der im Bau befindlichen Anlagen seit mehr als zwei Jahrzehnten.

In den USA sollen nach Angaben der Nuclear Regulatory Commission (NRC) in den nächsten beiden Jahrzehnten bis zu 34 neue Kernkraftwerke gebaut werden. Die letzten Bauaufträge endeten im Oktober 1973. Nach dem Nuklearunfall in Three Miles Island 1979 und dem Tschernobyl-Unglück 1986 war an den Neubau von Kernkraftwerken in den USA kaum noch zu denken. In den 1990er-Jahren wurden sogar einige Kernkraftwerke aus Kostengründen vom Netz genommen und geschlossen. Allerdings sind die USA mit noch immer 104 kommerziellen Reaktoren, die ihre Verlässlichkeit erheblich verbessert haben, und mit 20% Anteil an der Elektrizitätserzeugung auch weiterhin die größte zivile Nuklearmacht der Welt. Das größere Interesse in den USA während der letzten Jahre resultiert sowohl aus Gründen der Versorgungssicherheit, um die Abhängigkeit von Importen fossiler Energieträger (v.a. Erdöl) zu reduzieren, als auch aus klimapolitischen Gründen. Die Obama-Regierung treibt den Bau eines ersten Kernkraftwerks mit einer Bürgschaft von 8,7 Mrd. USD voran und plant für 2011 weitere 54 Mrd. USD als Bürgschaften für den Bau von sechs bis sieben zusätzlichen Atomkraftwerken bereitzustellen. Konkret liegen der NRC 13 Bauanträge vor. Ob dies dann wirklich ausreicht, eine Neubauwelle

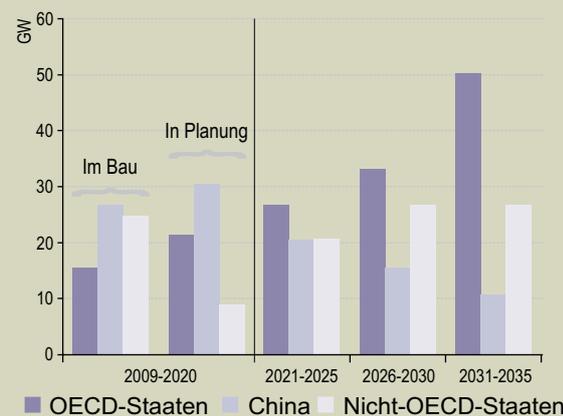
in den USA zu entfachen, bleibt aber wegen der hohen und weiter ansteigenden Kosten, fehlender Rücklagen und Kredite vorerst noch fraglich. Doch auch wenn am Ende wohl kaum 34 neue Nuklearreaktoren errichtet werden, so wird am Neubau nicht gezweifelt, da ältere Reaktoren absehbar in naher bis mittelfristiger Zukunft ersetzt werden müssen und gleichzeitig der Strombedarf trotz größerer Anstrengungen zum Stromsparen und zur Effizienzsteigerung auch künftig steigen wird. Gleichzeitig wird die Laufzeit der moderneren Kernkraftwerke auf 40-60 Jahre verlängert.

Abb.4 Aufteilung der Stromerzeugung nach Regionen im Neuen Politik-Szenario



Quelle: IEA, WEO 2010, Paris 2010, S.222. Gestaltung: Redaktion ÖMZ / Dieter Hüttner

Abb.5 Atomkraftwerke im Bau und in Planung im Neuen Politik-Szenario



Quelle: IEA, WEO 2010, Paris 2010, S.223. Gestaltung: Redaktion ÖMZ / Dieter Hüttner

Obwohl Russland über die weltweit größten Gasvorräte verfügt und derzeit nach Saudi-Arabien der weltgrößte Rohölproduzent ist, haben die mangelnden Investitionen in neue eigene Gasfelder bis zum Ausbruch der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 dazu geführt, dass sich Russland mittelfristig einer hausgemachten Gaskrise gegenüber sieht, da das Land nicht gleichzeitig seine Exportverpflichtungen einhalten und den stark angestiegenen einheimischen Gasbedarf decken kann. Aus diesem Grund hat der frühere russische Präsident Wladimir Putin bereits im Frühjahr 2006 einen alternativen Energieplan entwickelt, der einen drastischen Ausbau von Kohle- und Kernkraftwerken vorsieht, um so die nationale Abhängigkeit vom stark subventionierten einheimischen Gasbedarf zu reduzieren und um die Gasexportverpflichtungen v.a. gegenüber der EU aufrechterhalten zu können. Nachdem Ende 2001 die Regierung noch den Bau von 60 neuen Atomkraftwerken verkündet hatte, sank die Zahl dann auf 40 neue Atommeiler im Frühjahr 2006 ab und wurde seitdem noch einmal auf 26 neue Reaktoren reduziert, wovon inzwischen zehn Kernkraftwerke in Bau und weitere 14 konkreter geplant sind. Die russische Regierung hat sich das Ziel gesetzt, die inländische Stromversorgung mittelfristig von 16% auf 32% zu verdoppeln. Doch dem Ausbau sind in mittelfristiger Perspektive sowohl technische, finanzielle als auch industrielle Grenzen gesetzt.

Die größte Expansion der Kernenergienutzung findet jedoch in Asien, v.a. in China und Indien, statt. Im Jahr 2000 machte der chinesische Energieverbrauch nur 50% des amerikanischen aus. Innerhalb von nur acht Jahren hatte sich dieser bis 2008 mehr als vervierfacht und über-

trifft heute sogar den US-Verbrauch. China muss nicht nur den gewaltigen Anstieg der Energienachfrage decken, sondern gleichzeitig auch den Übergang zu einer sauberen „grünen Energiewende“ einleiten, die im Eigeninteresse und völlig unabhängig von der weltweiten Klimapolitik sowie dem Kyoto-Prozess die CO₂-Treibhausgasemissionen verringern muss. Dabei spielt auch der Ausbau der klimafreundlichen Kernenergie eine zentrale Rolle. Derzeit sind 13 Nuklearreaktoren in Betrieb und 27 weitere in Bau. 2009 machte der Anteil Chinas am globalen Neubau von Nuklearreaktoren rund 43% aus. Bis 2020 sollten ursprünglich die Kernkraftwerkskapazitäten von derzeit 10 GW auf offiziell mindestens 40 GW erhöht werden. Inzwischen sehen die aktuellen Planungen jedoch bereits eine Verdoppelung auf mindestens 70-80 GW vor, während das State Council Research Office (SCRO) jetzt sogar eine Kapazitätserzeugung von 100 GW Strom bis 2020 empfohlen hat. Diese soll dann bis 2030 auf 200 GW und 400 GW bis 2050 ausgebaut werden. Gleichwohl wird der Anteil der Kernenergie bis 2020 von derzeit 2,7% auf 7-10% der Stromerzeugung ansteigen und dann bis 2030 auf 15% und bis 2050 auf 22% erhöht werden. Dies ist insofern unabdingbar, als die Elektrizitätserzeugung noch immer zu 80% durch Kohle sichergestellt wird und die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 72-80% noch weiter zuzunehmen drohen. Trotz bekannter und eingestandener Schwächen bei der Atomaufsicht, kleinerer Störfälle und auch der in China bisher ungelösten Endlagerung von Atommüll gibt es keine öffentlichen Sicherheitsbedenken oder gar eine Anti-Atom-bewegung wie in Europa oder den USA. So arbeitet die chinesische Atomindustrie auch intensiv an der Wiederaufarbeitung von gebrauchten Brennelementen, um die Importabhängigkeit von Uran zu reduzieren. Ob es hierbei tatsächlich kürzlich einen „Durchbruch“ gegeben hat, wie offiziell vermeldet, wird von der internationalen Fachwelt noch eher skeptisch aufgenommen. Allerdings ist China auch in Kooperation mit dem französischen Atomkonzern Areva dabei, eine Mischoxid-Wiederaufbereitungsanlage zu bauen wie auch „schnelle Brüter“ in Zusammenarbeit mit Russland. Trotz der Abhängigkeit von ausländischer Technologie und dem entsprechenden Technologietransfer, den China stets zur Bedingung seiner Zusammenarbeit mit ausländischen Konzernen macht, tritt Peking inzwischen auch als Exporteur von Kernreaktoren wie in Pakistan auf, wohin China zwei weitere Nuklearreaktoren im April 2010 verkauft hat, obwohl dies zumindest dem Geist des NPT-Vertrages und den Richtlinien der Nuclear Suppliers Group (NSG) widerspricht, da Pakistan - auch im Vergleich zu Indien - weder ausreichend Transparenz über seine Nuklearaktivitäten geschaffen hat noch eine erfolgreiche Bilanz seiner Nichtverbreitungspolitik aufweisen kann. Es wird erwartet, dass China in den nächsten Jahren zunehmend auch als weltweiter Exporteur von Nuklearreaktoren auftreten wird.

Auch Indien plant den Ausbau seiner zivilen Kernenergienutzung. So konnte der französische Energiekonzern Areva im Februar 2009 einen Kooperationsvertrag mit dem staatlichen indischen Energiekonzern Nuclear Power of India unterzeichnen, der den gemeinsamen Bau von zwei bis sechs neuen Kernkraftwerken in Indien vorsieht.

Derzeit unterhält Indien 19 Reaktoren und baut sechs neue. Die Nuklearkapazitäten Indiens, die gegenwärtig 2,2% des Strombedarfs Indiens decken, sollen in den nächsten 20 Jahren mit dem Bau von bis zu 18 neuen Reaktoren um das bis zu Zehnfache gesteigert werden, um den riesigen zusätzlichen Strombedarf in den nächsten zwei Jahrzehnten zu decken. Im Dezember 2009 wurde mit Russland, das gegenwärtig bereits zwei Reaktoren in Indien baut, eine engere Kooperation beim Ausbau der Kernenergie in Indien vereinbart, die den Bau von weiteren vier bis zwölf Reaktoren vorsieht. Vorangegangen war die wegweisende Vereinbarung einer Nuklearkooperation mit den USA, die ein 34-jähriges US-Moratorium bei der Nuklearkooperation beendet, das 1974 als Folge des ersten indischen Atomwaffentests geschaffen worden war. Auch Japan ist sehr an einer Stärkung der zivilen Nuklearkooperation mit Indien interessiert, muss hierfür allerdings noch die Restriktionen beim Verkauf von Nukleartechnologie an andere Staaten erleichtern. Dies ist auch Folge einer zunehmenden Zusammenarbeit in Sicherheits- und Verteidigungsfragen im letzten Jahrzehnt, in deren Mittelpunkt zunehmende Besorgnisse gegenüber den militärischen Aufrüstungsprogrammen Chinas stehen. Der Ausbau der Kernenergie in Indien ist allerdings auch vom weiteren Ausbau des Stromnetzes abhängig, bei dem Indien gegenüber China - wie insbesondere bei der Versorgung der Landbevölkerung mit Strom - weit zurückliegt. Auf dem Land haben noch immer 380 Mio. Inder keinen Zugang zu Elektrizität.

Darüber hinaus wird auch der Bau neuer Kernreaktoren in Japan (elf Reaktoren), Südkorea und Taiwan forciert, auch wenn dies häufig (wie in Japan) dem Ersatz älterer Reaktoren dient. Zugleich ist jedoch die politische Unterstützung der Bevölkerung in Japan zweifelhaft. Lokale Widerstände haben den Bau neuer Reaktoren in den letzten Jahren zeitlich verzögert, in einigen Fällen auch verhindert. Doch mit den globalen Bemühungen zur Eindämmung des Klimawandels und der notwendigen Verringerung der CO₂-Emissionen sehen die Regierungen und die Energieindustrie dieser Länder wenig Alternativen zum Bau neuer Kernreaktoren. Gleichzeitig unterstützen die USA ihren Verbündeten Japan auch beim Aufbau eines vollständigen Brennstoffkreislaufs, obwohl dieser auch Plutonium inkludiert, das zur Herstellung von Atomwaffen genutzt werden könnte, was harsche Kritik aus China hervorgerufen hat.

Demgegenüber tritt Korea als neuer Exporteur von Nuklearreaktoren auf und konnte 2010 beim Bau von bis zu vier großen Reaktoren in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) mit einem Umfang von 20,4 Mrd. USD sogar französische Nuklearanbieter aus dem Rennen schlagen. Auch in Indien und der Türkei erhofft sich die Korea Electric Power Co. (KEPCO) weitere Bauaufträge von Nuklearreaktoren. Bereits im März 2010 konnte ein Kooperationsabkommen mit der Türkei zum Bau ihres zweiten Kernkraftwerkes unterzeichnet werden. Bis 2030 erhofft sich KEPCO einen weltweiten Marktanteil von 20% und den Export von 80 zivilen Nuklearreaktoren mit Unterstützung der koreanischen Regierungen. Dagegen sieht sich die südkoreanische Regierung innenpolitisch

zunehmender Kritik wegen des geplanten Baus von 18 neuen Kernkraftwerken gegenüber. Derzeit sind 21 Reaktoren in Betrieb und fünf weitere in Bau.

Darüber hinaus wollen auch Myanmar und Vietnam zur zivilen Nuklearmacht werden. V.a. im Fall Myanmars werden nicht nur zivile Motivationen unterstellt. Nordkorea wie auch Russland haben bisher nukleartechnische Unterstützung gewährt, wobei besonders die Zusammenarbeit mit Pjöngjang das internationale Misstrauen geweckt hat. Im Fall Vietnams haben neben Russland auch die USA eine engere Kooperation zum Bau von Kernkraftwerken aufgenommen, die zugleich Transparenz und die Anforderungen an eine Nichtverbreitungspolitik gewährleisten soll. Auch Japan erhofft sich ein Abkommen zum Bau von zwei Nuklearreaktoren in Vietnam und sucht darüber hinaus eine Kooperation beim Abbau und dem Export der seltenen Erden nach Japan. Insgesamt sieht Vietnam den Bau von acht Kernkraftwerken bis 2030 vor. Innerhalb der ASEAN-Staatengruppe haben auch Indonesien (vier AKWs bis 2025) und Thailand (zwei AKWs bis 2022) konkrete Nuklearpläne, während auch Singapur über den Bau von Kernkraftwerken nachdenkt.

Angesichts der iranischen Nuklearambitionen ist v.a. der Trend im Mittleren Osten und auch am Persischen Golf beunruhigend. So hat die Türkei inzwischen ihr früheres Kernkraftwerkprogramm wieder aufgenommen und bei dem Besuch von Ministerpräsident Wladimir Putin Anfang August 2009 eine engere bilaterale Nuklearkooperation vereinbart. Bis 2020 will die Türkei 10% ihres Strombedarfs durch Kernenergie abdecken. Die konkrete Energieplanung sieht den Bau von mindestens vier Kernkraftwerken vor. Im Mai 2010 haben Russland und die Türkei den Bau von vier Kernkraftwerken mit einem Umfang von 20 Mrd. USD beschlossen. Die Türkei unterläuft mit ihrer Energiekooperation mit dem Iran auch die Wirksamkeit der internationalen Sanktionen. Problematisch ist insbesondere auch ein Swap-Abkommen mit Teheran, bei dem die Türkei 1.200 kg gering angereichertes Uran gegen nukleare Brennstäbe in einem medizinischen Forschungsreaktor des Irans austauscht.

Die jüngsten türkischen Nuklearambitionen scheinen auch eine Reaktion auf die zivilen und militärisch verdächtigten Nuklearforschungen des Irans zu sein, sodass besonders in dieser Weltregion die militärische Proliferation einer Nuklearwaffenentwicklung unter dem Deckmantel einer ausschließlich zivilen Nutzung voranschreiten könnte. Da diese Region jedoch ohnehin als politisch instabil gilt, gleichzeitig aber die wichtigste Region der künftigen Öl- und Gasexporte sein wird, muss der Bau ziviler Kernkraftwerke mit besonderer Aufmerksamkeit und Besorgnis gesehen werden. Dementsprechend hoch muss die Transparenz aller künftigen nuklearwirtschaftlichen Tätigkeiten in den arabischen Regionalstaaten sowie ihre politische Bereitschaft gewährleistet werden, sich umfassenden und stringenten Kontroll- sowie Verifikationsmaßnahmen der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) zu unterwerfen. Doch gerade das Beispiel Iran zeigt, dass dies bisher nicht der Fall ist.

Auch der Golf-Kooperationsrat hat sich für ein gemeinsames nukleares Zeitalter ausgesprochen und forciert

die regionale Nuklearkooperation. Sowohl Ägypten als auch Jordanien und Kuwait haben zivile Nuklearambitionen. Während Ägypten inzwischen einen Reaktorbau im August 2010 ausgeschrieben hat, verkündete Saudi-Arabien als weltgrößter Rohölexporteur den Aufbau eines neuen Zentrums für Nuklearenergie und erneuerbare Energien. Angesichts der Rivalität und Bedrohungsperzeptionen wird v.a. Saudi-Arabien verdächtigt, sich insgeheim womöglich eine Nuklearwaffenambition zumindest offen zu halten im Zuge der Forcierung des Baus ziviler Nuklearreaktoren, zumal Riad auch den Bau der pakistanischen Nuklearwaffenoption mitfinanziert haben soll.

Auch in Lateinamerika - einer Region, wo Energie und Politik in Form eines Energienationalismus traditionell noch enger verbunden sind als in anderen Weltregionen - wird eine Renaissance der Kernenergie unterstellt, auch wenn über die Nuklearprogramme in Mexiko, Argentinien und Brasilien öffentlich wenig diskutiert wird sowie eine geringe Transparenz der Nuklearprogramme konstatiert werden muss. Eine Neubewertung scheint insbesondere in Brasilien stattzufinden, die mit dem Energiehunger der aufstrebenden regionalen Großmacht erklärt wird und auch der Meerwasserentsalzung zur Verhinderung einer Wasserknappheit dienen soll. So kündigte der brasilianische Präsident Lula da Silva 2007 an, ein drittes Kernkraftwerk Angra-III mit 3,5 Mrd. USD zu bauen, dem bis 2030 „mindestens vier weitere“ folgen sollen. Zudem ist Brasilien der drittgrößte Uran-Produzent, will längerfristig am milliardenschweren Uranhandel beteiligt sein und besitzt weltweit die größten Thorium-Reserven, die als Nuklearbrennstoff weiter reichen, militärisch aber weniger brisant sind. Brasilien und Argentinien, dessen Kernkraftwerksbau Atucha-II seit Jahren allerdings nicht vorankommt, werden auch weiterhin verdächtigt, nicht nur ein ziviles Atomprogramm zu unterhalten bzw. ein militärisches Atomprogramm zumindest bewusst offen zu halten. So lehnt Brasilien eine internationale Urananreicherung unter Leitung der IAEA ab und verweigert auch intensive IAEA-Inspektionen, auch wenn das Land Nuklear-Inspektoren mit seinem nuklearen Erzrivalen Argentinien austauscht. Mexiko und Argentinien arbeiten zudem an internationalen Kernkraftwerkprogrammen der vierten Generation mit. Gerade die beiden Kernenergieprogramme in Argentinien und besonders Brasilien sind - weitaus mehr als in Mexiko - mit internationalem Prestige und Status als Surrogat des jeweiligen nationalen Energienationalismus verbunden.

Besonders beunruhigend sind jedoch v.a. die jüngsten Kernenergieambitionen Venezuelas und seines Präsidenten Hugo Chavez, der verstärkt in die Kernenergienutzung einsteigen will und hierfür beträchtliche Finanzmittel in den letzten Jahren bereitgestellt hat, sowie jene Boliviens und seines Präsidenten Evo Morales. Dabei gelten auch die verstärkten Kontakte beider Länder mit dem Iran, womöglich auch mit Nordkorea, als besonders verdächtig. Sollte insbesondere Venezuela eines Tages unter seinem jetzigen Präsidenten Chavez auch noch über eine Nuklearwaffenoption verfügen, würde sich das regionale Machtgefälle mit internationalen Auswirkungen noch weitaus mehr verändern als bereits in den letzten Jahren konstatiert wurde.

Zur Endlichkeit der weltweiten Uran-Reserven

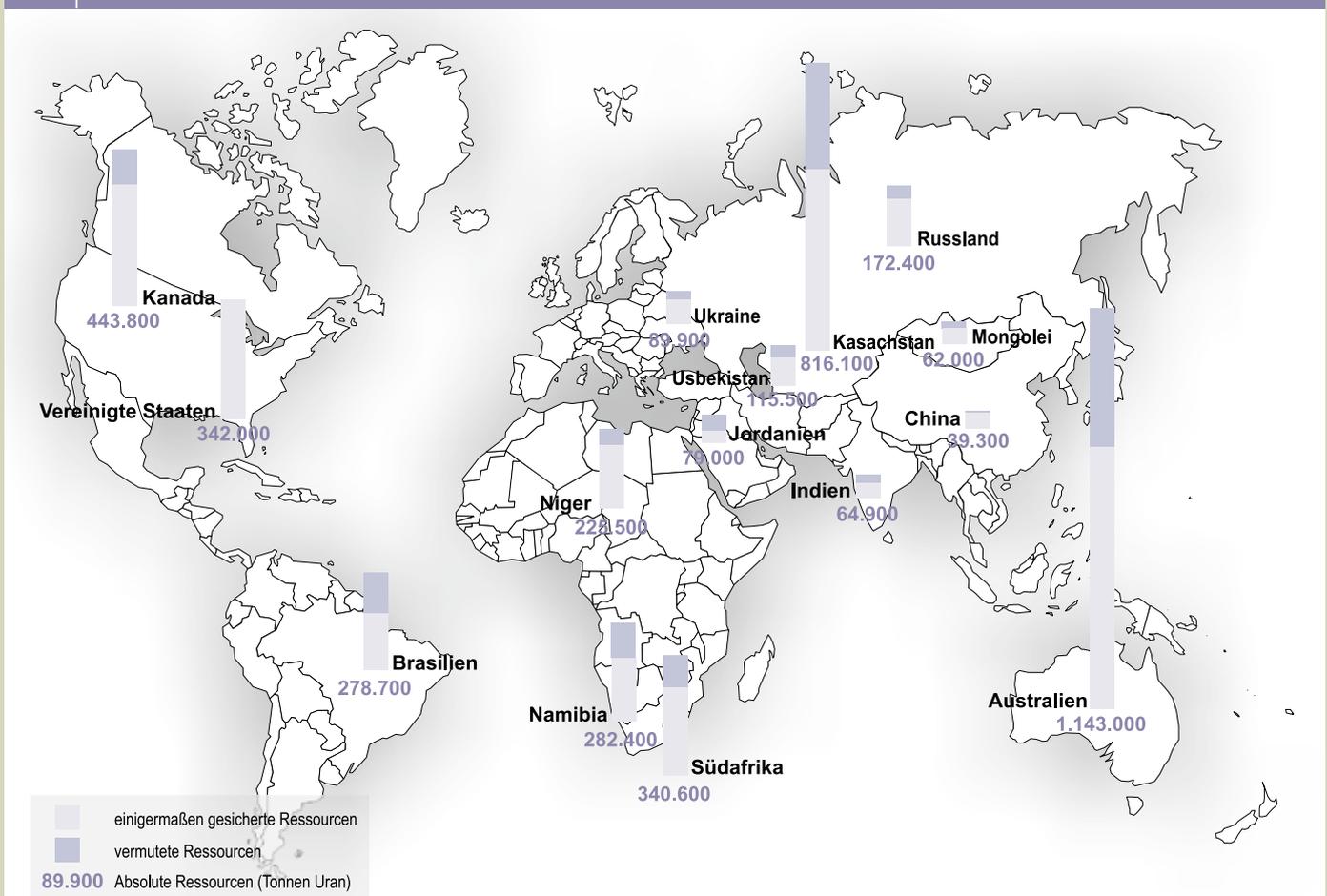
Der häufig geäußerte Einwand gegen eine erwartete globale Renaissance der Kernenergie, dass weder ausreichend Uranreserven zur Verfügung stehen würden und dass dann mit Blick auf die Versorgungssicherheit eine ähnliche Importabhängigkeit wie bei Öl- und Gaseinfuhren entstehen würde, ist nicht überzeugend. Tatsächlich werden oft bewusst oder unbewusst Reserven mit Ressourcen verwechselt. So basiert die Reichweite der Endlichkeitsszenarien bei Uranreserven (gegenwärtig etwa 65 Jahre) auf den gegenwärtigen Kapazitäten der Uranminen. Da in den letzten Jahren aber nicht genügend in neue Minen investiert worden ist und dies erst jetzt wieder einsetzt, wird erwartet, dass sich die Reichweite wieder mit dem Ausbau der Uranminen und Abbaukapazitäten wie in Australien (verfügt allein über 40% der bekannten Uranreserven), Afrika, Kasachstan und anderen Staaten künftig wieder erhöhen wird. Gegenwärtig wird weltweit von 5,5 Mio. t an bekannten Uranreserven zu Gewinnungskosten von weniger als 130 USD/kg in 41 Staaten ausgegangen. Darüber hinaus werden zusätzlich wahrscheinliche Uranressourcen von rund 10,5 Mio. t vermutet. Die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) geht tatsächlich sogar von einer Endlichkeit von Uranressourcen von bis zu 250-300 Jahren

aus. Zudem sind die Uranabbaugebiete weltweit keineswegs vergleichbar in einer politisch instabilen Region wie dem Persischen Golf oder der so genannten Strategischen Ellipse bei den konventionellen Öl- und Gasreserven konzentriert. Der Großteil der Uranreserven lagert u.a. in Kanada, den USA und Australien - und damit in politisch stabilen Demokratien. Des Weiteren eröffnen neue Brennstoffstrategien mit Nutzung zur Wiederaufbereitung sowie der Einbindung von Thorium als sekundärem Brennstoff neue Perspektiven für die Versorgungssicherheit von nuklearen Brennstoffoptionen.

Gleichwohl ist das gegenwärtige mittelfristige Angebot mangels ausreichender Investitionen in den letzten Jahren durchaus nicht unbedenklich und dabei von einigen wenigen Mega-Projekten abhängig. Die Situation dürfte sich aber nach 2012 vor dem Hintergrund steigender Uranpreise und einer entsprechend höheren Nachfrage wieder deutlich verbessern. Wenn der internationale Ölpreis nicht unter 40 USD sinkt und stattdessen sogar auf 100 USD oder noch höher steigen sollte, rentiert sich die Exploration neuer Uranminen analog zum steigenden Ölpreis. Bereits zwischen 2003 und Sommer 2007 hatte sich der Uranpreis um das Dreizehnfache verteuert, da der Uranbedarf mit 65.000 t bei Weitem die Produktion mit rund 45.000 t pro Jahr aus Uranminen übertraf. Allerdings darf ebenso wenig übersehen werden, dass die Förderung aus Minen nach

Abb.6

Bekannte Uran-Vorkommen in den Top-15-Staaten



Quelle: IEA, WEO 2010, Paris 2007.

Gestaltung: Redaktion ÖMZ / Dieter Hüttner

Angaben der World Nuclear Association nur rund 65% des Bedarfs deckt. Frisch gewonnenes Uran macht sogar nur die Hälfte des Verbrauchs aus. Die zweitwichtigste Quelle ist die Umwandlung hochangereicherter Urans aus ehemaligen sowjetischen Waffenbeständen in niedrig angereichertes Uran für Kernkraftwerke - noch vor recycelten Brennstäben. Mit der inzwischen wieder aufgenommenen nuklearen Abrüstungspolitik zwischen den USA und Russland könnten sich diese Bestände bei erfolgreich abgeschlossenen Entnuklearisierungsverhandlungen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten sogar weiter erhöhen. Bis 2020 wird erwartet, dass die Urannachfrage um 55% ansteigen und dann ein Jahresvolumen von 102.000 t erreichen wird.

Die Renaissance der Kernkraft in Europa

Der 18-tägige Gasstreit zwischen Russland und der Ukraine im Januar 2009 war die größte Energiekrise Europas seit der Ölkrise von 1973/74. Dabei hatte sie einmal mehr die Abhängigkeit der EU von stabilen Gaslieferungen aus Russland deutlich gemacht und damit erneut die Frage der Versorgungssicherheit auf die politische Agenda Deutschlands und der EU gerückt. Im Zuge der Gaskrise hatte die Slowakei ihr bereits abgeschaltetes Kernkraftwerk trotz harscher Warnungen der EU-Kommission und Österreichs wegen des Energieengpasses zeitweise wieder hochgefahren und plant nun den Neubau von bis zu drei Reaktoren. Nur drei Wochen später entschied die schwedische Regierung Anfang Februar 2009 nach fast drei Jahrzehnten der ursprünglichen Ausstiegsentscheidung von 1980, nun doch wieder in den Neubau von zehn Kernkraftwerken einzusteigen - auch wenn damit nur die bestehenden zehn Reaktoren ersetzt werden sollen. Dabei kann sie sich auch auf einen breiten Konsens in der Bevölkerung stützen. Auch Ungarn mit seinen vier Kernreaktoren plant den Neubau von bis zu zwei Reaktoren, Rumänien (mit zwei Reaktoren) und die Slowakei (mit vier Reaktoren) favorisieren jeweils den Neubau von bis zu drei weiteren sowie Slowenien (mit einem Reaktor) den Bau zumindest eines neuen Reaktors.

Die EU-27 haben weltweit die größte Anzahl der Kernkraftwerke. Gegenwärtig macht die Kernkraft in den EU-27 rund 14% des gesamten Energieverbrauchs aus und garantiert nicht weniger als rund ein Drittel sowohl der primären Energie- als auch der Elektrizitätserzeugung. Der Anteil der Kernkraft am nationalen Energiemix und der nationalen Stromerzeugung der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten ist jedoch sehr unterschiedlich, wie die folgende Abbildung deutlich macht.

Bereits vor einigen Jahren war in Schweden die ursprüngliche Ausstiegsentscheidung durch einen Volksentscheid von 1980 bereits aufgeweicht worden, da sich der skandinavische Staat - anders als Deutschland - für eine Laufzeitverlängerung seiner drei im Betrieb befindlichen Kernkraftwerke mit insgesamt zehn Reaktoren ausgesprochen hat, die gegenwärtig noch immer rund 47% des schwedischen Strombedarfs decken. In Westeuropa setzt nur Frankreich mit 79% Anteil mehr Kernkraft bei der Elektrizitätsversorgung ein als Schweden. Dabei ver-

braucht jeder Einwohner Schwedens doppelt so viel Strom wie ein Deutscher. Dennoch sind die CO₂-Emissionen nur halb so hoch wie in Deutschland und sollen dennoch um weitere 25% sinken. Letzteres ist aber ohne die Kernenergie nicht zu erreichen. Nicht einmal der Reaktorunfall von Forsmark im Jahr 2006, als zwei Notstromgeneratoren versagt hatten, konnte an der zunehmenden Pro-Kernkraft-Haltung der Bevölkerung etwas ändern.

Der schwedische „Ausstieg vom Ausstieg“ aus der Kernenergie hatte v.a. in Deutschland zu neuen Diskussionen über eine Laufzeitverlängerung der bestehenden Kernkraftwerke geführt. Für viele deutsche Atomkraftgegner und Anhänger der erneuerbaren Energien war Schweden bis dahin stets ein Vorbild gewesen, da das Land auch 45% seines Strombedarfs durch Wasserkraft abdeckt und bis 2020 den Ausstoß von Treibhausgasen um 40% reduzieren will. Aus Sicht der Regierung und der meisten schwedischen Energieexperten ist diese ehrgeizige Zielsetzung jedoch nicht ohne den Neubau von Atomkraftwerken zu realisieren. Allerdings wird die Inbetriebnahme des ersten Neubaus eines Kernkraftwerkes nicht vor dem Jahr 2023 erwartet. Zudem ist ungeklärt, ob die Industrie den Bau eines Atomkraftwerks ohne staatliche Subventionen realisieren wird.

In Finnland wird derzeit das fünfte Atomkraftwerk fertiggestellt, während die finnische Regierung den Bau von zwei weiteren Reaktoren beschlossen hat. Diese

Abb.7 Bedeutung der Kernenergie für EU-27 (Stand 2006)

EU-Mitgliedsstaat	Anteil am nationalen Energiemix	Anteil an der nationalen Stromerzeugung
Frankreich	42%	79%
Schweden	35%	46,7%
Litauen	26%	69%
Slowakei	24%	58%
Bulgarien	24%	42%
Belgien	21%	46,6%
Slowenien	20%	36,7%
Finnland	16%	28%
Spanien	15,5%	20%
Tschechien	14%	31%
Ungarn	13%	37,5%
Deutschland	12%	26%
Großbritannien	9%	19%
Rumänien	4%	9%
Niederlande	1%	4%

Quelle: Frank Umbach, Daten basierend auf: Commission of the European Communities, Second Strategic Energy Review. An EU Energy Security and Solidarity Action Plan. Commission Staff Working Document: Europe's Current and Future Energy Position. Demand-Resources-Investments., Vol. II, Brussels, COM(2008) 744, November 2008.
Gestaltung: Redaktion ÖMZ / Dieter Hüttner

sollen einerseits die Energieversorgung der traditionell starken Papierindustrie mit ihrem hohen Energiebedarf sicherstellen als auch die Energieunabhängigkeit stärken. So werden gegenwärtig rund 22% des Energieverbrauchs durch Importe aus Russland gedeckt.

Französische Energiekonzerne bauen derzeit nicht nur mit Siemens gemeinsam einen hochmodernen Druckwasserreaktor in Finnland (Olkiluoto), sondern auch in Frankreich (Flamanville in der Normandie) selbst, der im Jahr 2017 in Betrieb gehen soll. Nach Angaben der Industrie soll der EPR-Reaktor (Baukosten rund 5 Mrd. EUR) mit einer Leistung von 1.600 MW bis zu 15% weniger Uran benötigen und 30% weniger strahlende Nuklearabfälle produzieren. Zugleich soll der neue Reaktortyp der dritten Generation mehr Elektrizität produzieren, dabei sicherer und leichter zu bauen sein sowie länger in Betrieb bleiben können. Allerdings ist die Radioaktivität des Nuklearabfalls höher, sodass Fragen aufgeworfen wurden, inwieweit die französische Industrie und der Staat in der Lage sind, mit dem toxischen Atommüll entsprechend sicher umzugehen. Eine vergleichbar kritische Öffentlichkeit gegenüber der Atomtechnik wie in Deutschland gibt es in Frankreich jedoch nicht, wie sich derzeit auch beim Bau neuer Endlager für schwach radioaktive Abfälle zeigt. Ebenso wenig ist die prinzipielle Laufzeitverlängerung von 30 auf 40 Jahre der 34 älteren Reaktoren ein Problem. Allerdings müssten für die dringend notwendigen Investitionskosten, die sich pro Reaktor auf bis zu 400 Mio. EUR beziffern, die Strompreise um bis zu 20% in den nächsten drei Jahren erhöht werden. Zwar liegen diese 15-30% unter denen benachbarter EU-Staaten, doch hat dies öffentliche Empörung und politischen Widerstand erzeugt.

Frankreich ist nicht nur gezwungen, die bestehenden 58 eigenen Nuklearreaktoren zu modernisieren und z.T. durch Neubauten zu ersetzen, sondern hat das Auslandsgeschäft massiv forciert. Frankreichs Regierung hat inzwischen den Einstieg von Staatsfonds aus dem Nahen und Mittleren Osten (Abu Dhabi, Kuwait und Jordanien) in die französische Atomwirtschaft ermöglicht. Der französische Präsident Nicolas Sarkozy sieht nicht nur in den eigenen Nuklearwaffen, sondern auch in der zivilen Atomwirtschaft ein wesentliches Instrument französischer Diplomatie und Staats-, Außen- sowie Wirtschaftspolitik. Mit den neuen Kraftwerken der dritten Generation hofft Frankreich zum weltweit führenden Anbieter von Nuklear-technik aufzusteigen und die Politik zur Eindämmung des Klimawandels hierbei nutzen zu können. Zudem kündigten im Februar 2009 die beiden staatlichen Energiekonzerne EDF aus Frankreich und Enel aus Italien an, in einer gemeinsamen Allianz mindestens vier Reaktoren vom Typ des Europäischen Druckwasserreaktors (EPR) in Italien zu bauen. Die erste Anlage soll 2020 ans Netz gehen und damit die hohe Importabhängigkeit Italiens von Gas- und Ölimporten aus Russland und Algerien mindern. Zudem deckt Italien ohnehin 20% seines Stromverbrauchs mit Atomstromimporten v.a. aus Frankreich, während der Strombedarf zu fast 65% allein mit Gas gedeckt wird - wider alle Lehren der Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit. Insgesamt ist Italiens Energieversorgung noch immer zu 80% von Erdöl und Erdgas abhängig, sodass

von einer Diversifizierung des Energieträgermix kaum die Rede sein kann. Damit kehrt Italien nach zwei Jahrzehnten zur Atomkraftnutzung zurück, nachdem 1987 infolge des Tschernobyl-Unglücks die italienische Bevölkerung in einem Referendum den Bau neuer Atomkraftwerke abgelehnt und die bestehenden vier Reaktoren stillgelegt hatte. Gleichzeitig sollen jedoch auch kleinere und damit auch günstigere Reaktoren entwickelt werden.

Auch wenn die deutschen Energieunternehmen wie EON, RWE oder EnBW derzeit auch nach der vereinbarten Laufzeitverlängerung keine Perspektiven für den Neubau von Reaktoren in Deutschland erkennen, so sehen auch sie gute Chancen für Aufträge für Kernkraftwerke in Europa und anderen Teilen der Welt und haben daher ihr Auslandsengagement erheblich verstärkt. Nach der Entscheidung von Siemens, sich vom französischen Konzern Areva zu verabschieden und stattdessen die Partnerschaft mit dem russischen Staatskonzern Rosatom zu suchen, sieht Siemens für sich die Möglichkeit, in erheblichem Maß an der globalen Renaissance der Kernenergie zu profitieren und sogar zum weltgrößten Anbieter von Nuklear-technik aufzusteigen. Allerdings gibt es erhebliche Fragezeichen, ob der Zustand der zivilen russischen Nuklearindustrie, die zudem eng mit dem alten und weitgehend unreformierten staatlichen militärisch-industriellen Komplex verknüpft ist (und von wenig Transparenz gegenüber ausländischen Industriepartnern gekennzeichnet ist), eine solche enge Allianz mit Siemens für eine globale Expansion realistisch erscheinen lässt, wie nicht zuletzt zahlreiche russische Experten in Frage stellen.

Aus der Sicht von Siemens könnten bis 2030 weltweit sogar bis zu 400 neue Reaktoren gebaut werden. Angesichts der jüngsten weltweiten Erfahrungen beim Neubau, der häufig zu erheblichen Kostenexplosionen sowie zeitlichen Verzögerungen der Fertigstellung des Neubaus von Kernkraftwerken geführt hat, dürfte dies wohl eine zu optimistische Annahme sein. Dies gilt auch insbesondere hinsichtlich der Tatsache, dass die Endlagerung in keinem Land bisher (zumindest politisch) einvernehmlich gelöst wurde.

Doch auch wenn nicht alle nuklearen Träume wahr werden, so konnte an der Expansion der zivilen Atomkraftnutzung nicht länger gezweifelt werden. So haben sich RWE und EON zu einer Atompartnerschaft zusammengefunden, um gemeinsam in Großbritannien vier bis acht neue Kernkraftwerke mit einem Investitionsumfang von 20 Mrd. EUR in den nächsten zehn Jahren zu bauen. Die Labour-Regierung hatte ihrerseits zuvor ein klares Bekenntnis zur Kernenergie und zum Neubau von Atomkraftwerken abgegeben und hält etwa 40% Kernkraftanteil an der Stromerzeugung und 20% des Energiebedarfs mittelfristig für wünschenswert. Außerdem hat RWE gehofft, die Finanzierungsprobleme beim umstrittenen Kernkraftwerk in Belene in Bulgarien zu überwinden, das mitten in einem Erdbebengebiet liegt und innerhalb von RWE selbst umstritten ist. Da Bulgarien während der letzten Gaskrise vom Januar 2009 trotz eher guter Beziehungen der sozialistischen Regierung mit Russland am schwersten von der Gaskrise betroffen war, war die politische Unterstützung des Neubaus mit Blick auf die

künftige Versorgungssicherheit des Landes zunächst weiter gewachsen. Allerdings ist die neue bulgarische Regierung mit erheblichen Finanzproblemen konfrontiert und hat inzwischen auch die Wirtschaftlichkeit des Meilers russischer Bauart angezweifelt, sodass das Neubauprojekt möglicherweise vor dem endgültigen Aus steht, nachdem sich RWE inzwischen zurückgezogen hat.

Noch weitaus ausgeprägter ist das Misstrauen in russische Zusicherungen stabiler Gasexporte in den baltischen Staaten. So war Litauen Ende 2009 gezwungen, sein Kernkraftwerk in Ignalina als Folge des EU-Beitritts und seiner Auflagen abzuschalten, das über 70% des Strombedarfs des Landes deckte. Zwar ist ein Neu- und Ersatzbau für Ignalina mit Unterstützung Polens geplant, das dann auch selbst durch einen entsprechenden Atomstromimport aus Litauen profitieren würde. Doch wird dieses kaum vor 2017/18 ans Netz gehen können; soll dann aber auch Strom nach Polen exportieren. Unabhängig von dieser Option hat in Polen auch das konkrete Interesse am Bau eigener Kernkraftwerke zugenommen und wird politisch forciert. Auch die Schweiz, die bereits über fünf Reaktoren verfügt, hat inzwischen angekündigt, einen Leichtwasserreaktor der dritten Generation mit einer Leistung von 1.600 MW nahe der deutschen Grenze neben dem bestehenden Kernkraftwerk Gösgen in Däniken zu bauen, das allerdings frühestens 2025 Strom liefern soll.

Auch für Deutschland musste eine Laufzeitverlängerung umso mehr an Bedeutung gewinnen, je mehr sich die überoptimistischen Perspektiven beim Ausbau der erneuerbaren Energie verflüchtigen. Entgegen der ursprünglichen Planung beim Ausbau der Offshore-Windkraft z.B. war noch von 10.000 MW installierter Leistung bis 2020 ausgegangen worden. 2010 hielt auch die SPD bis 2013 nur noch eine installierte Leistung von 1.500-2.000 MW für realistisch. Zudem drohte die fortgesetzte Verschiebung des deutschen Energiemix in Richtung noch teurerer Mittel- und Spitzenlastkraft zulasten von hocheffizienten Kohle- und Kernkraftwerken die übrige deutsche Wirtschaft noch weiter zu belasten und damit ihre Konkurrenzfähigkeit gegenüber anderen Ländern zu verringern. Darüber hinaus würde mit der Laufzeitverlängerung der Gasanteil am Primärenergiebedarf Deutschlands von derzeit rund 24% bis 2030 auf dem Niveau eingefroren werden können, anstatt bis auf 29% stark anzusteigen. Dies galt umso mehr, als die deutsche Industrie über die im Vergleich zu anderen EU-Staaten hohen Gaspreise klagt, die sich wiederum negativ auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft auswirken. Vor diesem Hintergrund vollzog die neue Bundesregierung einen Richtungswechsel hin zu einer Laufzeitverlängerung, wie andere EU-Staaten auch (siehe weiter unten).

Zusammenfassung und Perspektiven

Unabhängig von der Frage, ob eine Welt ohne Atomwaffen wirklich wünschenswert ist und nicht möglicherweise sogar noch instabiler sein könnte, bestehen erhebliche Zweifel, ob nicht nur die USA, sondern auch Russland, China, Indien, Pakistan, Israel, Iran und Nordkorea wirklich bereit sein werden, auf ihre Nuklearwaf-

fenoption zumindest langfristig zu verzichten. Besondere Besorgnis besteht insbesondere hinsichtlich Pakistans, nicht nur aufgrund der politischen Instabilität als beinahe schon „gescheiterter Staat“, sondern auch aufgrund neuer Erkenntnisse, dass es bald Großbritannien als fünftgrößte Nuklearwaffenmacht ablösen könnte. Nach den neuen Erkenntnissen verfügt Pakistan bereits über mehr als 100 dislozierte Nuklearwaffensysteme und hat genug Nuklearmaterial produziert, um dieses Arsenal innerhalb kürzerer Zeit um weitere 40-60 zusätzliche Nuklearwaffen aufzustocken.

Diese Zweifel bestehen auch gegenüber der nuklearen Abrüstungsbereitschaft Frankreichs und Großbritanniens sowie Russlands bei den taktischen Nuklearwaffen. Dessen ungeachtet ist es notwendig, dass der nukleare Abrüstungsprozess zwischen den USA und Russland voranschreitet und dass mittelfristig v.a. das expandierende Nuklearwaffenarsenal Chinas und später auch der anderen Staaten sukzessive einbezogen wird. Nur dann dürfte das nukleare Nichtverbreitungsregime (NPT) mittelfristig gestärkt werden. Allerdings werden diese Prozesse zugleich durch den Trend der zivilen Nutzung der Kernenergie konterkariert, die neue Probleme der Eindämmung der nuklearen Proliferationsgefahren aufwerfen. Diese können nur durch eine erhebliche finanzielle, personelle und funktionale Stärkung der IAEA und ihres Inspektionsregimes sowie durch größere Transparenz- und Kooperationsbereitschaft der Staaten mit ihren zivilen Atomprogrammen aufgefangen werden. Gleichwohl bestehen selbst dann erhebliche Zweifel, ob dies angesichts auch erweiterter Fähigkeiten der IAEA ausreichend sein wird. Daher ist es notwendig, die Produktion und Lagerung von Plutonium, hoch angereichertem Uran und Plutonium-basiertem Reaktorbrandstoff in Nicht-Atomwaffenstaaten gänzlich zu verbieten und stattdessen eine zentrale internationale Brennstoffbank mit der IAEA als Betreiber aufzubauen, wie dies zuletzt US-Präsident Barack Obama vorgeschlagen hat.

Auch unter der Prämisse, dass sich eine Welt ohne Atomwaffen doch realisieren ließe, bedeutet dies nicht automatisch zugleich eine Welt ohne Kernenergie, da die globalen energiepolitischen Herausforderungen v.a. in der mittelfristigen Perspektive bis 2030 gewaltig sind und in Deutschland häufig noch immer unterschätzt werden. Dabei kann die (Neubau-)Renaissance der Kernenergie weder international noch in Europa länger gelehnet werden. Mit den 442 in Betrieb befindlichen Kernreaktoren waren Ende 2008 nur drei Anlagen weniger in Betrieb als 1997, dem Jahr des bisherigen Höchststandes. Auch hinsichtlich der nuklearen Stromerzeugungskapazitäten wurde bereits 2008 mit weltweit 392.597 MWe brutto die bisher höchste Kapazität von 392.958 MWe von Ende 2007 nur wenig verfehlt. Und auch bei der weltweiten Nettostromerzeugung wurde mit ca. 2.628 Mrd. kWh im Jahr 2008 das bisher zweitbeste Jahresergebnis erzielt. Zwar werden künftig nicht alle nuklearen Neubauträume der Industrie in Erfüllung gehen. So wird die atomare Wiedergeburt angesichts des globalen Mangels an Personal, Produktionsstätten, des weltweit zumeist ungelösten Problems von Endlagern stark radioaktiver Abfälle, der in den letzten Jahren explodierenden Kosten (gilt aber für die

meisten anderen Energieträger auch) und des Aufstiegs der Erneuerbaren Energien wohl eher langsamer verlaufen als von manchem Manager in der Atomindustrie erhofft.

Doch die Erwartung, dass der Ölpreis mittelfristig wieder auf 100-150 USD klettern wird - und mittelfristig nach 2020 auch wieder ein stärkerer Anstieg der Gaspreise - und die Notwendigkeit bei steigendem globalem Energieverbrauch um bis zu 36% bis 2035 gleichzeitig die CO₂-Emissionen um 25%-40% unter den Stand von 1990 massiv zu reduzieren, lässt die Renaissance der Kernenergie weitgehend global alternativlos erscheinen - auch wenn dies gleichzeitig am erfreulichen Aufstieg der Erneuerbaren Energien nichts ändern wird. Zudem gilt es zu bedenken, dass sich technologische Innovationen nicht nur bei den Erneuerbaren Energien durchsetzen, sondern auch bei der Entwicklung neuer sichererer, kleinerer, effizienterer und auch kostengünstiger Kernreaktoren.

Auch zahlreiche EU-Staaten planten eine Laufzeitverlängerung und/oder den Bau neuer Kernreaktoren, um ältere Kernkraftwerke zu ersetzen, den steigenden Strombedarf zu decken, die Versorgungssicherheit zu verbessern und dem Klimawandel entgegenzuwirken. Bis 2009 hatten alle EU-Staaten, die wie Deutschland ursprünglich eine Ausstiegsentscheidung getroffen hatten, diese wieder zurückgenommen. Während z.B. Spanien ursprünglich die acht Atomreaktoren durch Windkraft ersetzen wollte, stimmte auch die sozialistische Regierung schließlich einer dreijährigen Laufzeitverlängerung zu.

Vor dem Hintergrund dieser Renaissance der Kernenergie auch in Europa hat die EU jüngst auch eine neue Richtlinie zur nuklearen Sicherheit erlassen, die weltweit erstmals verbindliche Vorgaben für nationale Rechtsrahmen für eine verbesserte nukleare Sicherheit macht.

Im Zuge der globalen Renaissance der Kernenergie und der Rücknahme der nuklearen Ausstiegsentscheidungen in allen anderen EU-Staaten wurden auch in Deutschland die Rufe nach einem „Ausstieg aus dem Ausstieg“ lauter. So gab es seinerzeit weder eine vergleichbare Debatte über die Notwendigkeit einer Stärkung der Versorgungssicherheit noch eine zusätzliche Blockade des Baus von neuen Kohlekraftwerken, noch vergleichbare klimapolitische Verpflichtungen, die Deutschland eingegangen ist. Zudem hatte sich innerhalb von nur zehn Jahren im Zeitraum 1997 und 2007 die Importabhängigkeit Deutschlands von 33% auf 67% verdoppelt. Der beschlossene Doppelausstieg der Bundesrepublik aus der Kernenergie bis 2021 und bei der heimischen Steinkohle würde diesen beunruhigenden Trend weiter verstärken, der durch eine Laufzeitverlängerung der Kernenergie als „Brückenenergie“ bis 2030 erheblich abgemildert werden könnte.

Auch in der G8 war Deutschland bis 2010 das einzige Land, das Kernenergie nicht als wichtigen Bestandteil eines nachhaltigen und energiepolitisch CO₂-armen Energiemix zur Lösung des Klimaproblems versteht. Nicht nur für ausländische Energieexperten war ein Atomausstieg bis 2021 zumeist unrealistisch und kontraproduktiv, wenn einerseits der CO₂-Ausstoß um 20% bis 2020 gesenkt werden soll und andererseits gleichzeitig mit dem Ausstieg auf 25% seiner CO₂-freien Emissionen und auf 50% der Grundlastsicherung bei der Stromversorgung verzichtet

werden soll. So hatte eine aktualisierte Klimastudie von McKinsey & Company im Auftrag des BDI kalkuliert, dass bis 2020 etwa 90 Mio. t an CO₂ zusätzlich eingespart werden könnten, wenn die Reaktoren länger am Netz blieben und somit die Treibhausgasemissionen um rund 38% gegenüber dem Niveau von 1990 bei zudem deutlich verringerten Kosten abgesenkt werden könnten, wenn gleichzeitig alle bekannten Technologien zur CO₂-Vermeidung genutzt würden.

Doch die neuen Zwischenfälle wie das einsturzgefährdete Atommülllager Asse in Niedersachsen in 2008 und der Trafosbrand im Kernkraftwerk Krümmel im Juli 2009 sowie das begleitende Kommunikationsdesaster kehrten den positiveren Trend in den Meinungsumfragen zur Kernenergie bereits wieder um.

Ungeachtet der Entwicklungen in Deutschland wurden allerdings die Endlagerpläne in anderen europäischen Ländern, die in Finnland und Schweden am weitesten vorangeschritten sind, und auch weltweit weiter forciert, zumal es keine mit Deutschland vergleichbaren politischen Widerstände gibt. In Finnland wird ab 2015 mit dem Bau des Endlagers und ab 2020 mit der Einlagerung von hochradioaktivem Atommüll begonnen. Im Gegensatz zu Deutschland rangeln sogar spanische und französische Gemeinden um den Bau neuer nuklearer Zwischenlager, da sie sich Arbeitsplätze und höhere Einkommen in ihren strukturschwachen Regionen erhoffen.

Aus der Sicht der großen Mehrheit der EU-Staaten und des Europäischen Parlaments sowie der Europäischen Kommission führen jedoch die deutschen Diskussionen in den Kategorien des „Entweder-Oder“ (Kernenergie versus Erneuerbare Energien) zugleich in eine energiepolitische Sackgasse und die Illusion, dass nicht nur Deutschland, sondern auch die ganze Welt sich einen kurzfristigen Kernenergieausstieg bis 2030 leisten könne. Aus der Sicht der meisten OECD-Staaten und insbesondere der rapide wachsenden wirtschaftlichen Schwellen- und Entwicklungsländern wie China, Indien und Brasilien muss ein energiepolitischer Realismus v.a. für die globale Perspektive anerkennen, dass eine Renaissance der Kernenergie genauso notwendig und unaufhaltsam sein wird wie der Ausbau der erneuerbaren Energien und auch der Neubau sauberer sowie effizienterer Kohlekraftwerke (künftig auch mit CCS-Technologien) als Primärenergieträger.

Unter diesen Vorzeichen beschloss schließlich auch die deutsche Bundesregierung im Herbst 2010 eine Laufzeitverlängerung der 17 Reaktoren um durchschnittlich zwölf Jahre. Die dabei für die Energiekonzerne erwarteten Zusatzgewinne von bis zu 50 Mrd. EUR sollen zu rund 60% zum einen durch eine Kernbrennstoffsteuer mit einem Umfang von 13,8 Mrd. EUR bis 2016 abgeschöpft werden, zum anderen sollen 16,9 Mrd. EUR für den Ausbau und die Forschung der Erneuerbaren Energien ausgegeben. Unter Berücksichtigung von Körperschafts- und Gewerbesteuer sollen sogar rund 70% an den Staat zurückfließen. Insofern war Deutschland nur der letzte EU-Staat, der seine einstige Ausstiegsentscheidung der Nutzung der zivilen Kernenergie zugunsten einer Laufzeitverlängerung vorerst zurückgenommen hat. An dem prinzipiellen Ausstieg wurde aber weiterhin festgehalten

und dieser nur zeitlich später in die Zukunft vertagt.

Die jüngste Nuklearkatastrophe in Japan hat nun zu einer weltweiten Hinterfragung der Zukunft der Kernenergie und ausreichender Sicherheitsstandards geführt. Die deutsche Bundesregierung, die vor drei wichtigen Landtagswahlen im März 2011 steht und die Mehrheit im Bundesrat zu verlieren droht, hat nun unter dem Druck der öffentlichen Diskussionen sehr schnell die Entscheidung getroffen, vorerst die ältesten sieben Reaktoren vom Stromnetz zu nehmen und die Sicherheitsstandards kritisch zu überprüfen. Gegenwärtig geht in Deutschland jedoch kaum jemand davon aus, dass das erklärte zeitliche „Moratorium“ für drei Monate bis zum 15. Juni dazu führen wird, dass die Reaktoren wieder ans Netz gehen. Während zunächst versichert wurde, dass das Abschalten der sieben Reaktoren mit einem Drittel der nuklearen Kraftwerksleistung in Deutschland keine Probleme bei der Stromversorgung Deutschlands, das gegenwärtig noch Nettoexporteur von Strom ist, zur Folge hat, sind sich die Netzbetreiber wie die niederländische Tennet keineswegs sicher, dass es nicht doch wegen der großen geographischen Ungleichgewichte bei der Erzeugung und des mangelnden Ausbaus moderner lokaler sowie überregionaler Stromnetze für die grüne Erzeugungskapazität vor allem von Nord nach Süd zu Engpässen kommen kann. Dabei wird auch nicht ausgeschlossen, dass der ursprüngliche Zeitplan der Sicherheitsüberprüfungen und Wartungen bei den übrigen Kernkraftwerken sowie der Instandhaltungsmaßnahmen bei den Stromleitungen nicht eingehalten werden kann. Dies wiederum wird von den Stromkonzernen und Betreibern der Kernkraftwerke als unverantwortlich und nicht machbar zurückgewiesen. Tatsächlich erfolgte die Moratoriumsentscheidung der Bundesregierung offenbar ohne Kenntnis und Berücksichtigung der „Revisionsplanung 2011“ vom Jahresbeginn, nach der für den Revisionszeitraum bis Juni 2011 turnusmäßig fünf weitere Reaktoren vom Netz genommen werden, um aufwendige Kontroll-, Wartungs- und Reparaturarbeiten durchzuführen. Somit müsste das deutsche (und europäische) Stromnetz den Ausfall von 13 der 17 Kernreaktoren mit einer installierten Nettoleistung von 15.000 Megawatt als stabilisierende Grundlasterzeugung der rund 20.500 Megawatt Gesamtleistung aller deutscher Kernreaktoren verkraften. Sollte es dann tatsächlich zu Stromausfällen in Deutschland kommen, drohen kaskadenartige Auswirkungen auf das ganze europäische Stromnetz wie bereits 2005 und 2006.

Vor allem aber wurden wieder einmal die europäischen Nachbarstaaten vorab von dieser deutschen Abschaltungspolitik nicht kontaktiert bzw. wurde nicht wirklich geprüft, inwieweit der damit verbundene Ausfall des Stromexportes über die deutschen Grenzen hinweg nicht auch in den Nachbarstaaten zu Engpässen oder sogar Stromausfällen führen kann. Zudem könnte die unilaterale deutsche Moratoriums-Entscheidung die Abschaltung von potenziell gefährlicheren Reaktoren in den Nachbarstaaten Deutschlands sogar eher erschweren. Somit sei der erneute energiepolitische „Alleingang“ Deutschlands auch unter Sicherheitsaspekten doch sehr fragwürdig, weil damit

keineswegs die Reaktoren mit den größten Sicherheitsmängeln in Europa (von der Ukraine und Russland einmal völlig abgesehen) abgeschaltet worden seien. Gerade die Kernenergie und die Sicherheitsproblematik erfordern jedoch eine gemeinsame europäische Antwort statt nationaler Alleingänge. Die Proklamierung „atomstromfreier Zonen“ beendet weder den automatischen Import von Atomstrom noch macht die Abschaltung der Reaktoren diese selbst damit technisch sicherer.

Ungeachtet dieser deutschen Entscheidung, die intern, aber auch im europäischen Ausland erhebliches Unverständnis hervorgerufen hat und als „politischer Schnellschuss“, „Kopflösigkeit“ und erneuter energiepolitischer „Sonderweg“ Deutschlands kritisiert wird, haben alle anderen europäischen Länder bisher keine im Betrieb befindlichen Reaktoren vom Netz genommen, sondern nur den geplanten Neubau vorerst aufgeschoben und eine gründliche Überprüfung der Sicherheitsstandards angekündigt. Die 143 europäischen Reaktoren sollen nach der EU-Kommission erstmals einheitlichen gemeinsamen EU-Sicherheitsstandards („Stresstests“) unterworfen werden, die zu einer ergebnisoffenen Grundsatzdebatte beitragen soll. Während die schrecklichen Ereignisse von Fukushima weltweit zur Hinterfragung der Notwendigkeit und des Ausmaßes einer Renaissance der Kernenergie geführt haben, so ist derzeit jedoch keineswegs bereits davon auszugehen, dass die globalen Neubaupläne größtenteils zurückgenommen werden und ein zeitlicher Atomausstieg wie ursprünglich in Europa eingeläutet wird. Vor allem auf der globalen Ebene erscheint unter Beachtung der Energietrias einer zuverlässigen, nachhaltigen und bezahlbaren Energieversorgung ein kurz- und mittelfristiger Kernenergieausstieg wenig realistisch. Wohl aber werden die Sicherheitsstandards international sicherlich verschärft werden, womit der Neubau auch teurer werden dürfte, und dies so die Wettbewerbsfähigkeit der Erneuerbaren Energien, aber auch von Gas und Kohle stärken dürfte. In Verbindung damit können zudem noch größere staatliche und private Investitionen in die Erneuerbaren Energien, die Speicherproblematik zur Lösung der Grundlastproblematik und neue innovative Technologien für effizientere fossile Kraftwerke erwartet werden. Allerdings würde eine alternative Abstützung auf Kohle- und Gaskraftwerke als Alternative zur Kernenergie die Kyoto-Verpflichtungen vielfach noch weiter erschweren und dann in vielen anderen Staaten noch unrealistischer werden lassen. Ein kurz- oder mittelfristiger weltweiter Kernenergieausstieg würde zudem die derzeitige Gasschwemme schnell aufheben und auch zu einem sehr starken Anstieg der Gaspreise führen, die zudem künftig stärker denn je neben Erdöl aus der Region des politisch instabilen Nahen Ostens erfolgen müsste. Schnelle und einfache Lösungen bleiben somit vor allem in der globalen Perspektive vorerst noch unrealistisch. Ob somit tatsächlich eine „Zäsur in der Geschichte der technisierten Welt“ (Bundeskanzlerin Merkel) eingeläutet wird, die den weltweiten Ausstieg aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie einläutet oder lediglich zum Innehalten und der Anpassung an erhöhte Sicherheitsstandards, muss daher vorerst offen bleiben.

Freilich werden damit aber auch die Proliferationssorgen eher weiter zunehmen, die durch die neue Abrüstungsbereitschaft der USA und Russlands bei den strategischen Nuklearwaffen im Rahmen des neuen START-Vertrages kaum beeinflusst werden. V.a. im Mittleren Osten muss der Ausbau der zivilen Kernenergienutzung, auch wenn dies das verbrieftete Recht aller Staaten ist, die den NPT-Vertrag ratifiziert haben, weltweite Besorgnis hervorrufen. Dies gilt insbesondere, weil die strategische Bedeutung dieser weltpolitischen Schlüsselregion bei der globalen Energieversorgungssicherheit angesichts der Erschöpfung vieler alter Erdölfelder im atlantischen Becken in der mittelfristigen Perspektive und angesichts der womöglich zunehmenden sozio-ökonomischen und politischen Instabilitäten bis 2035 sogar noch weiter zunehmen wird. Dies gilt insbesondere dann, wenn die Nuklearambitionen Irans in naher Zukunft politische Wirklichkeit werden. Dann aber wiederum dürfte die Frage eines glaubwürdigen amerikanischen Nuklearschirms und der erweiterten Abschreckung („extended deterrence“) eher wieder an strategischer Bedeutung gewinnen, wie auch die Notwendigkeit einer effektiven Raketenabwehr steigen wird. ■

ANMERKUNG:

1) Dieses berücksichtigt die weltweiten Energiepläne und -strategien der einzelnen Länder, auch wenn diese noch nicht implementiert worden sind. Daher ist das Szenario zwischen dem bisherigen Referenz-Szenario („business-as-usual“ und dem ehrgeizigen 450-Szenario angesiedelt).



Dr. phil. Frank Umbach

Geb. 1963; 1985-1991 Studium der Politikwissenschaften, Osteuropäischen Geschichte und des Staats-, Europa- und Völkerrechtes an den Universitäten Marburg und Bonn (Abschluss: MA in Bonn); 1996 Promotion an der Uni Bonn; 1991-1994 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche Studien (BIOst) in Köln; 1992 für ein Jahr wissenschaftlicher Assistent im Büro des NATO-Generalsekretärs; 1992-1994 wissenschaftliche Forschungsaufenthalte in den USA und Moskau; 1995-1996 Gastwissenschaftler am Japan Institute for International Affairs (JIIA - dem Forschungsinstitut des japanischen Außenministeriums) in Tokio; 1996-2007 Leiter der beiden Forschungsprogramme „Internationale Energiesicherheit“ und „Sicherheitspolitik in Asien-Pazifik“ der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) in Bonn und Berlin; ab Januar 2008 Senior Associate und Programmleiter für „Internationale Energiesicherheit“ am Centre for European Security Strategies (CESS GmbH), München-Berlin; ab Oktober 2010 zusätzlich Associate Director am neugegründeten European Centre for Energy and Resource Security (EUCERS) am King's College in London. Berater Tätigkeiten für das Auswärtige Amt, Bundesverteidigungsministerium (BMVg), Europäische Kommission und Europäisches Parlament; US-Außen und Energieministerium, U.S.-China Economic and Security Review Commission des US-Kongresses, NATO, OSZE, die litauische Regierung und des House of Lords (Britisches Oberhaus im Parlament); Autor von über 250 Publikationen in mehr als 25 Ländern.

Das Great Game im 21. Jahrhundert

Vom Ringen um Vorherrschaft in Zentralasien

Jörg-Dietrich Nackmayr

„Amerikas geopolitischer Hauptgewinn ist Eurasien. Ein halbes Jahrtausend lang haben europäische und asiatische Mächte und Völker in dem Ringen um die regionale Vorherrschaft und dem Streben nach Weltmacht die Weltgeschichte bestimmt. Nun gibt dort eine nichteurasische Macht den Ton an - und der Fortbestand der globalen Vormachtstellung Amerikas hängt unmittelbar davon ab, wie lange und wie effektiv es sich in Europa behaupten kann.“¹⁾

Zbigniew Brzezinski - Das eurasische Schachbrett

Deutschlands Sicherheit wird auch am Hindukusch verteidigt.²⁾ In den offiziellen Begründungen des Bundeswehreininsatzes heißt es dazu richtig, Afghanistan sei bis 2001 die Hochburg des Terrorismus gewesen. Al Qaida und Taliban arbeiteten Hand in Hand und exportierten Terror in die westliche Welt - auch zu uns nach Europa. Diese Gefahr ist nicht gebannt, jedoch seit der Beseitigung des Taliban-Regimes deutlich geringer geworden. Unser Interesse ist, dass sich die Afghanen künftig selbst vor den Taliban schützen können. Damit sinkt die Bedrohung für uns. Weiterhin besteht eine große Gefahr in der Ausweitung des Konflikts in die unsichere Nachbarschaft des Landes - zum Beispiel Pakistan. Daraus könnte eine unmittelbare Bedrohung für unsere Sicherheit entstehen und damit eine destabilisierende Wirkung für die Welt einhergehen. Der extreme Islamismus der Taliban darf sich nicht zum regionalen Flächenbrand ausweiten.

Der Journalist Roger de Weck hat das einprägsam so zusammengefasst: *„Das ist der Hintergrund des Krieges in Afghanistan: Siegen dort die Taliban, siegen sie später auch in Pakistan. Siegen sie in Pakistan, haben sie die Atombombe. Haben sie die Atombombe, wird sich jeder vorwerfen, einschließlich China und Russland, dagegen zu wenig vorgesorgt zu haben.“³⁾*

So richtig diese Betrachtung auch ist, sie ist lediglich Teil eines viel größeren Panoramas, das in Zentralasien wie ein Wetterleuchten aufscheint. Hier geht es nicht nur um den Kampf gegen eine fundamentale religiöse Ideologie, sondern um nichts weniger als den bedeutendsten globalen Konflikt des 21. Jahrhunderts. Er geht zurück auf das Ringen der großen Mächte Russland und Großbritannien um die Vorherrschaft in Zentralasien und Indien im 19. und 20. Jahrhundert. Er setzt sich jetzt mit neuen Mächten und Konstellationen fort und wird zu Recht als „Great Game“ bezeichnet. Diesen Konflikt zu verstehen, seine Kräfte und Spieler kennenzulernen, ist Ziel dieses Textes.

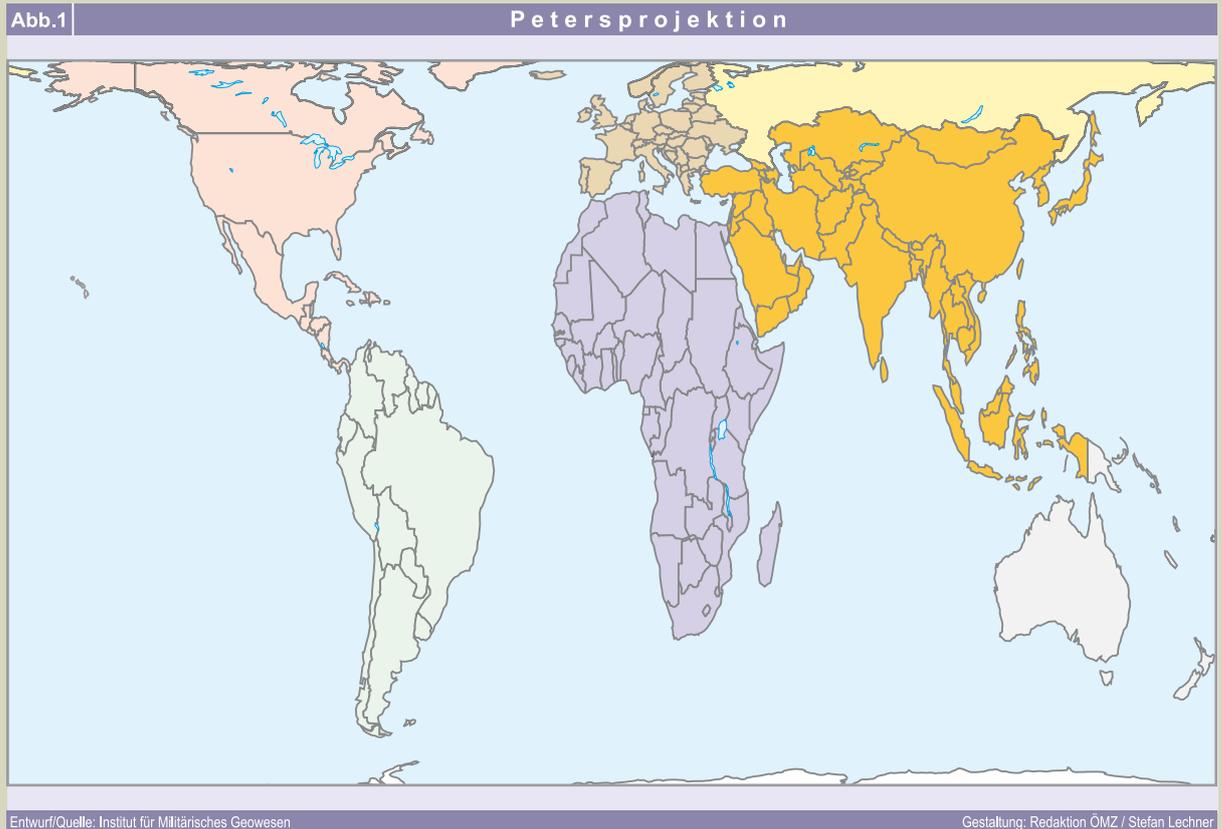
War das historische Great Game v.a. eine Auseinandersetzung der europäischen Mächte Russland und

Großbritannien, so spielt Europa mit Ausnahme Russlands heute keine entscheidende Rolle mehr. Im Vergleich zu den Kräften, Ideen und Staaten, die das 18., 19. und 20. Jahrhundert geprägt haben, erlebt das 21. Jahrhundert eine Neuausrichtung. Zu Unrecht sind viele Europäer immer noch davon überzeugt, dass sich die Welt auch im 21. Jahrhundert um die „Alte Welt“ dreht, mit Russland und den USA als Flügelmächten. Das ist ein gewaltiger Irrtum.

Europa ist bei den hier beschriebenen Konflikten allenfalls eine Randmacht, wird wenig zur Lösung beitragen und findet sich in einer Assistentenrolle an der Seite der Großen Spieler wieder. Umso wichtiger bleibt die Bündelung der bis heute stark fragmentierten europäischen Kräfte, insbesondere im Bereich Sicherheit und Verteidigung, um wenigstens diesen Einfluss zu erhalten. Das dazu im Jahr 2009 vom Europäischen Parlament und seinem Präsidenten vorgeschlagene Konzept zur schrittweisen Entwicklung einer Europäischen Armee (SAFE - Synchronized Armed Forces Europe)⁴⁾ ist die Minimalvoraussetzung europäischer Teilhabe an diesen Entwicklungen.

Denn Europa erlebt nunmehr seine dritte kopernikanische Wende. Sie begann mit der Entdeckung der Sonne als zentralem Gestirn im Sonnensystem und der Platzzuweisung für unsere Erde am Rand und nicht mehr im Zentrum. Dann kam mit Darwins Evolutionslehre die Erkenntnis auf, dass der Mensch sich mit dem Affen dieselben Vorfahren teilt, um nun im 21. Jahrhundert auch noch unsere über Jahrhunderte für natürlich gehaltene eurozentrische Sicht auf die Welt zu beerdigen. Beim Blick auf die flächengetreue Darstellung der Erde (Petersprojektion, siehe Abb.1) schrumpft Europa zur eurasischen Halbinsel und verliert seinen zentralen Platz.

Aber auch faktisch geht Europas Einfluss im 21. Jahrhundert dramatisch zurück, wenn man Bevölkerungsgröße, Bevölkerungsalter, Geburtenraten, Anzahl qualifizierter Beschäftigter, BIP, Währungsreserven, militärische Kapazitäten usw. heranzieht.



Das Great Game

Die Herzlandtheorie - Konzept zum Verständnis der Konflikte in Eurasien

Der britische Geograph und geopolitische Theoretiker Halford Mackinder (1861-1947) hatte 1904 in der Schrift „The Geographical Pivot of History“ („Der geographische Drehpunkt der Geschichte“) die „Heartland-Theory“ als Teil der britischen imperialen Strategie beschrieben.⁵⁾ Deren entscheidende These lautet, dass die Beherrschung des Kernlandes Eurasiens der Schlüssel zur Weltherrschaft sei. Aufgrund seiner Insellage könne Großbritannien als führende Seemacht diese weiträumigen Gebiete nicht beherrschen und müsse mit dem Aufkommen eines gefährlichen, ebenfalls nach Expansion strebenden Konkurrenten auf dem Kontinent rechnen, v.a. mit Russland. Nach Mackinder lässt sich die Konkurrenz von Land- und Seemacht als entscheidender Faktor der Weltgeschichte nachweisen.

Einer expandierenden Landmacht ist es häufig gelungen, eine Seemacht zu bezwingen, indem sie deren Stützpunkte von der Landseite her eroberte. Großbritanniens effektive Kontrolle über die Weltmeere verschaffte ihm bis in das 20. Jahrhundert hinein universale Hegemonie. Danach verlor es durch Dampfmaschine und Motor und das in deren Gefolge aufkommende Straßen- und Eisenbahnverkehrsnetz seine Welthandelsdominanz. Die Macht Großbritanniens wurde gegenüber den kontinentalen Staaten gemindert.

Entwickelt das „Herzland“ des Kontinents - Westsibirien und das europäische Russland - entsprechende Verkehrswege und in ihrem Gefolge einen hohen industriellen und wirtschaftlichen Durchdringungsgrad, so wird es eine ent-

sprechend größere Macht ausüben können. Ein mächtiger Kontinentalstaat, dem alle Errungenschaften moderner Technik zur Verfügung stünden, könnte durch eine Herrschaft über dieses „Herzland“ die Herrschaft über die gesamte „Weltinsel“ erlangen. Unter „Weltinsel“ verstand Mackinder Eurasien plus Afrika. Die Rohstoff- und Bevölkerungsressourcen dieses Gesamtgebietes würden die Beherrschung der kontinentalen „Randländer“ und sukzessive auch des amerikanischen und australischen Kontinents sowie Japans ermöglichen. Großbritannien reagierte damals auf Vermutungen, Russland und Frankreich könnten gemeinsam Indien angreifen, um Großbritannien den Subkontinent zu entreißen und das Herzland unter ihre Kontrolle bringen.

Die Bezeichnung dieses Mächterings als Great Game geht wahrscheinlich auf den am 17. Juni 1842 in Buchara (heute Provinzhauptstadt in Usbekistan) hingerichteten britischen Geheimdienstoffizier Hauptmann Arthur Conolly zurück.⁶⁾ Verbreitung fand der Ausdruck seit 1901 durch den Autor des Dschungelbuches Rudyard Kipling in seinem Roman „Kim“ („*Now I shall go far and far into the north, playing the Great Game ...*“).⁷⁾

Das historische Great Game dauerte von Napoleons Feldzügen bis zur Unabhängigkeit Indiens 1947, endete aber faktisch schon 1905. Das Great Game zwischen London und St. Petersburg wird nach der Erstürmung der Festung Port Arthur im Jahr 1904 - dem Stützpunkt der russischen Pazifikflotte in der Mandschurei im heutigen China - und mit der Niederlage Russlands in der Seeschlacht von Tsushima 1905 durch Japan abgebrochen. Die russischen Expansionsbestrebungen Richtung Indien wurden mangels Kraft aufgegeben. Die militärische Niederlage in Asien leitete nicht nur die Russische Revolution von 1905 ein und die bald darauf folgende

Machtübernahme durch die Bolschewiki, sondern auch eine Umlenkung der Expansionsbestrebungen nach Westen, die sich zuerst auf dem Balkan und nach dem militärischen Sieg im Zweiten Weltkrieg über Deutschland bis zur Elbe fortsetzte.

Kaum mehr als eine Fußnote, aber ein interessantes Detail, ist die deutsche Geheimoperation nach Mittelasien (1915-1917), um einen Volksaufstand gegen Großbritannien in Gang zu setzen. Leutnant Werner Otto von Henting⁸⁾ und Oberleutnant Oskar Niedermayer scheiterten damit und blieben in Afghanistan stecken, legten aber durch ihren Einsatz beim Aufbau der afghanischen Armee und der Reorganisation der einzigen Gewehrfabrik des Landes einen Grundstein für die bis heute anhaltende Sympathie gegenüber Deutschland in Afghanistan.⁹⁾

Von Interesse bis heute ist auch eine andere Nuance. 1907 einigten sich Russland und Großbritannien auf eine Grenzziehung zwischen ihren Einflusszonen. Um das Risiko für fortdauernde Konflikte zu bannen, wurde der wie ein lang gestreckter Finger aussehende Wakhan-Korridor (300 km lang, zwischen 17 km und 60 km breit) Afghanistan zugeschlagen. Er ist bis heute Teil des afghanischen Territoriums. China ist dabei, eine Straße über den 4.293 Meter hohen Wakhjir-Pass über den Hindukusch Richtung Westen zu bauen, so dass der Volksbefreiungsarmee der Weg nach Kabul faktisch freisteht.¹⁰⁾

Am Ende des 20. Jahrhunderts treten die alten Konfliktlinien wieder hervor, letztendlich seit der sowjetischen Intervention in Afghanistan im Jahr 1979 sowie dem erneuten Aufstieg Indiens und Chinas zu Weltmächten.

Wenn Mackinders These zutreffen sollte, dass die Welt nur von einem Staat beherrscht werden kann, der zugleich Land- als auch Seemacht ist, erscheinen sowohl Chinas aktuelle Seerüstung sowie sein Engagement in Zentralasien und Afrika als auch das US-Engagement in Zentralasien vor dem Hintergrund der bestehenden maritimen Überlegenheit in extrem interessantem Licht.

Und prägen die von Mackinder entdeckten Kräfte auch das 21. Jahrhundert, sind die Auseinandersetzungen in Zentralasien von globaler Bedeutung. Hier stoßen mit Ausnahme Brasiliens alle Weltmächte physisch oder zumindest deren Interessensphären zusammen. Ließen sich genügend Fakten für diese These zusammentragen, würden wir genau jenen archimedischen Punkt globaler Geopolitik vor uns haben, von dem schon die alten Griechen glaubten, dass jener, der dort einen Hebel ansetzt, die Kraft entfalten könne, die Erde aus ihrer Achse zu heben.

Der Krieg gegen Taliban und Al Qaida

Angefacht durch 9/11 wurde den Taliban und der bei ihnen das Gastrecht genießenden Terrororganisation Al Qaida in Afghanistan der Krieg erklärt. Die Rolle Saudi-Arabiens bei der Unterstützung des wahhabitischen Islams auf der einen Seite mit bedeutender finanzieller Unterstützung auch für Al Qaida und auf der anderen Seite als Verbündeter der USA und Gegenspieler Irans zeigt exemplarisch, wie sehr die Freund-Feindlage ineinander verflochten ist. Interessant ist auch, dass die Taliban u.a. aus den von der CIA gegen die Rote Armee unterstützten Mudschaheddin hervorgin-

gen. Immer wieder wird behauptet, dass der Aufstieg der Bauernarmee der Mudschaheddin und ihre Wandlung zur Taliban nicht nur der Unterstützung des pakistanischen Geheimdienstes ISI zu verdanken ist, sondern auch dem Rückzug Amerikas nach der militärischen Niederlage der Sowjetunion in Afghanistan.

Peter Scholl-Latour zitiert in seinem Buch „Die Angst des weißen Mannes“ ein ausführliches Gespräch mit einem US-amerikanischen Aufklärer, das ein interessantes Licht auf die sich wandelnde Einschätzung gegenüber den Taliban in der US-Regierung wirft: „Die Bush-Administration war bereit, die schlimmsten Auswüchse des islamischen Fundamentalismus am Hindukusch in Kauf zu nehmen, wenn ihr als Gegenleistung ausreichend Sicherheit geboten würde, um den Transport der immensen Öl- und Gasreserven Zentralasiens an Russland und Iran vorbei durch afghanisches Territorium über Herat und Shindand bis zu den pakistanischen Häfen am Indischen Ozean zu gewährleisten. Das Abkommen zwischen Mullah Omar, dem Emir der Koranschüler, und dem US-Konzern Unocal war in Kandahar reif zur Unterschrift, und niemand fragte damals danach, ob die Frauen Afghanistans weiterhin die Burka tragen würden und ob die einheimische Bevölkerung einer exzessiven Auslegung der Scharia ausgeliefert sein würde. Diverse antiamerikanische Anschläge der mit den Taliban verbündeten Organisation Al Qaida, die in der Tragödie von 9/11 gipfelten, hatten dieser skrupellosen Planung ein radikales Ende bereitet.“¹¹⁾

Eine interessante Frage ergibt sich aus den Fakten wie von selbst. Geht es den USA wirklich nur um den Krieg gegen den Terror dort oder ist dieser auch ein idealer Vorwand, militärische Präsenz in Zentralasien zu rechtfertigen? Eine andere interessante Frage lautet, welches Interesse der pakistanische Geheimdienst ISI an der Unterstützung der Taliban hat, denn der Aufstieg der Taliban führt mittlerweile zu einer Destabilisierung Pakistans. Ist diese mit der Furcht vor einem indischen Angriff zu erklären und der Nutzung der Paschtunengebiete quasi als strategisches Hinterland, oder gibt es neben den strategischen noch andere Gründe? Auf jeden Fall lässt der Auf- und Ausbau von Militärstützpunkten in der Region auf ein längerfristiges Engagement zumindest der USA schließen. Bereits heute sind die USA oder ihre Verbündeten im Raum zwischen Kaspischem Meer und Pakistan militärisch stärker präsent als jemals zuvor in der Geschichte.¹²⁾

Afghanistan ist praktisch von den USA und ihren Verbündeten besetzt. In Pakistan unterhalten die USA Militärstützpunkte.¹³⁾

In Tadschikistans Hauptstadt Duschanbe betreibt Frankreich einen Luftumschlagplatz, die USA und Russland sind ebenfalls mit eigenen Kräften präsent.

In Usbekistan unterhält die Bundeswehr einen Luftumschlagplatz in Termez, wenige Kilometer von der afghanischen Grenze entfernt.

In Kirgisistan nutzen die USA den Luftwaffenstützpunkt Manas, der sich nach Unstimmigkeiten mit der kirgisischen Regierung nur noch Transitzentrum nennen darf und Teil des Northern Distribution Network zur Ver-

sorgung der Truppen über Nordrouten zu Lande sowie per Luftbrücke ist.

Russland, Kasachstan, Usbekistan und Tadschikistan räumen der NATO Überflugrechte ein. Russland hat nach dem NATO-Gipfel im November 2010 in Lissabon einer vertieften und erweiterten Zusammenarbeit bei der Versorgung der NATO-Truppen über sein Staatsgebiet zugestimmt sowie materielle und personelle Unterstützung angekündigt.

Turkmenistan hat sich offiziell als neutral erklärt.

Kein Sieg in Sicht. Wie weiter nach acht Jahren Krieg in Afghanistan?

Der ehemalige US-Botschafter u.a. in Indien sowie Stellvertreter von Condoleezza Rice als Nationaler Sicherheitsberater, Robert Blackwill, hat bereits mehrfach frühzeitig politische Weichenstellungen angekündigt, die dann Realität wurden, wie z.B. die strategische Neuausrichtung zunächst gegenüber Indien (angekündigt im „Wall Street Journal“ im März 2005 „A New Deal for New Delhi“) und im Dezember 2007 in einem Artikel „Forgive Russia, Confront Iran“ auch gegenüber Russland. Insofern sollte man seine kürzlich geäußerten Vorhersagen für die amerikanische Afghanistan-Politik genau analysieren. Seine am 18. Oktober 2010 am International Institute of Strategic Studies in London vorgestellten Thesen haben es in sich.¹⁴⁾

Blackwill geht davon aus, dass die westliche Truppenstärke auf Dauer wegen innenpolitischer Gründe in den NATO-Mitgliedsländern nicht gehalten werden kann. Gleichwohl würde ein Rückzug der USA als Niederlage der NATO und der USA unabsehbare Folgen haben und ist somit ausgeschlossen.

Er schlägt deshalb vor, dass die USA den Taliban die Paschtunengebiete im Süden und Osten Afghanistans überlassen und sich künftig auf den Norden, das Landeszentrum und den Westen konzentrieren sollen. Wenn Tadschikistan, Usbekistan und Russland dafür gewonnen werden können, den Kampf gegen den Terror zu verstärken, würden die von den USA geführten Koalitionstruppen zusätzlich entlastet werden. Dann könnten sich diese auf Luftüberlegenheit, den Einsatz von Drohnen und Spezialkräften konzentrieren.

Hart und realistisch beurteilt Blackwill die Lage der Regierung Karzai, der er keine Zukunft einräumt.

Im Zentrum seiner Überlegung steht also eine belastbare Übereinkunft mit den Taliban, die ihren Herrschaftsanspruch auf die traditionellen Paschtunengebiete in Teilen Afghanistans und Pakistans beschränken müssen. Außerdem müssen diese die Zusammenarbeit mit Al Qaida aufgeben, von der Unterstützung des internationalen Terrorismus absehen und sich mit „ihrem“ Herrschaftsraum zufrieden geben. Sonst werden die USA diese militärisch immer wieder „zurückschneiden“. Man kann dies als Wiederentstehen eines Limes im 21. Jahrhundert bezeichnen.

Ein weiterer Vorteil dieser Strategie ist die Entschärfung der bisher nicht aufzubrechenden Zusammenarbeit der Taliban mit dem pakistanischen Geheimdienst ISI, da dieser seine strategischen Ziele im paschtunischen

Hinterland gewahrt sehen würde. Sollte dies gelingen, könnten die USA ihre militärische Präsenz zur Kontrolle Zentralasiens verstärken und trotzdem ihre Truppenstärke auf 50.000 reduzieren.

Bereits heute lassen sich trotz anderslautender politischer Signale der politischen Führer des Westens über den geplanten Abzug aus Afghanistan, der nunmehr irgendwann zwischen 2011 und 2014 erfolgen soll, in eine ganz andere Richtung weisende Entwicklungen beobachten, die auf die Implementierung von Blackwills Überlegungen hindeuten:

Mit beachtlichem finanziellen Aufwand wird der Aufbau einer Operationszentrale für US-Spezialkräfte in Mazar-i-Sharif vorangetrieben. Der von der Bundeswehr dort betriebene Flugplatz hat mittlerweile eine neue Start- und Landebahn erhalten, die auch die Abfertigung der größten Transportmaschinen C-5A Galaxy, Boeing 747 Frachter und Antonow 124 ermöglicht.¹⁵⁾ Der Ausbau der Flugplätze in Bagram und Shindad (Afghanistan) wird vorangetrieben.

Der Aus- und Aufbau von Dutzenden FOBs (Forward Operating Bases) auf afghanischem Territorium, aber interessanterweise v.a. um das Paschtunengebiet herum, wird vorangetrieben. Nachweislich werden bereits heute die Spezialkräfte im Raum Kunduz aufgestockt.

Außerdem hört man immer wieder von Geheimverhandlungen mit Hamid Karzais Bruder Ahmed, die Region Kandahar aufzugeben. Dies macht Sinn, denn Kandahar ist nach Blackwills Überlegungen für die USA von untergeordneter strategischer Bedeutung.

Und man liest bereits in den Medien von Geheimverhandlungen der USA in Berlin mit nicht-paschtunischen Führern sowie über den Beginn von Verhandlungen mit Talibanführern. Sollten diese Gespräche Erfolg haben, wäre eine Neuaufteilung der Einflusszonen möglich und eine Neuordnung Afghanistans nicht auszuschließen.

Der Blackwill-Plan würde es den USA erlauben, sich auf vier Punkte zu konzentrieren, die zentral für die Sicherheit der USA sind: „...*the rise of China's power, the Iranian nuclear program, nuclear terrorism and the future of Iraq.*“¹⁶⁾

Chinas Aufstieg

China, selbst fünftgrößter Ölproduzent der Welt (vor Mexiko und hinter Iran), bezieht heute 20% seines Ölverbrauchs durch die Straßen von Hormus und Malakka. Die maritime Überlegenheit der USA beunruhigt China, da sie ein enormes Erpressungspotenzial ermöglicht, z.B. durch die Schließung oder Störung der maritimen Zugänge. Die Abhängigkeit von den maritimen Versorgungsverbindungen ist für Peking offenbar ein gewichtiger Grund dafür, seine Energieimporte über Landwege zu diversifizieren und dort neue zu bauen, die nicht von den USA kontrolliert werden. Die Seidenstraße des Mittelalters wird zur Energie- und Warentransitroute des 21. Jahrhunderts.

Insofern spielen Verträge mit Kasachstan eine doppelt wichtige Rolle, da sich Kasachstans Ölfelder in chinesischer Grenznähe befinden und Kasachstan als Transitland für Ressourcen über den kaspischen Raum ideal liegt.

Umgekehrt sind allein die neu entstehenden chinesischen Transit- und Energieversorgungsrouten ein handfester Grund für die USA, in Zentralasien eben auch militärisch präsent zu sein.

Aber selbst alle verfügbaren Ölreserven Zentralasiens zusammen decken lediglich 50% des heutigen chinesischen Ölverbrauchs. Die Versorgung aus anderen Quellen und die sich daraus ergebende Notwendigkeit der Seerüstung zum Schutz der Energietransporte über See, aber auch der Exportverbindungen auf die Weltmärkte ergeben sich daraus von selbst. Ein Beispiel dafür ist der Bau einer Ölleitung von den Feldern Abu Dhabi nach Fudschaira am Indischen Ozean, um die Meerenge von Hormus zu umgehen. Diese Verbindung soll 2011 den Betrieb aufnehmen.¹⁷⁾ Dass China die maritime Herausforderung annimmt, wird ebenfalls durch die Dimension der bereits aufgeklärten chinesischen Seerüstung und sein maritimes Engagement auch außerhalb der eigenen Seegrenzen¹⁸⁾ z.B. bei der Beteiligung an der Anti-Piraten-Mission vor Somalias Küste bestätigt.

Unter dem Blickwinkel der Energiesicherheit gewinnt auch das Tibetproblem eine ganz andere Dimension. Im Himalaja lagern gigantische Wasserreserven, die die wesentlichen großen Flüsse Chinas, Indiens und der Nachbarländer speisen und zur Trinkwasser- und Energieversorgung Chinas unverzichtbar sind. Wer hier den Zugang kontrolliert, verfügt über ein enormes Potenzial. Mittlerweile hat die begonnene Nutzbarmachung dieser Wasserressourcen Indien alarmiert. Der begonnene Bau eines Staudamms am „höchsten Fluss der Welt“, Yarlung Tsangpo, der nach Indien und Bangladesch fließt und dort Brahmaputra heißt, ist erst der Beginn weiterer Vorhaben. Der Chefingenieur des zuständigen Energiekonzerns Huaneng teilte der Nachrichtenagentur Xinhua mit, dass der 325 km südöstlich von Lhasa geplante Staudamm 510 Megawatt Leistung erbringen wird, 880 Mio. EUR kosten und 2014 ans Netz gehen soll. In Indien wird allerdings befürchtet, dass China mit den Staudammprojekten nicht nur Strom herstellen will, sondern die Wasservorkommen künftig auch in den trockenen Osten des Landes umleiten könnte. Allein im Fluss Yarlung Tsangpo soll ein weiteres Staudammprojekt realisiert werden, das selbst das derzeit mächtigste Wasserkraftwerk der Welt (den zentralchinesischen Dreischluchtenstaudamm) in seiner Kapazität übertreffen soll.¹⁹⁾

Wie aus den Wikileaks-Akten hervorgeht,²⁰⁾ soll es im chinesischen Politbüro Meinungsfreiheit und Diskussionsprozesse geben, mit einer Ausnahme: der Tibetfrage. Hier sei ein Nachgeben unmöglich und eine Abweichung von der Linie der Partei- und Staatsführung ausgeschlossen. Denn ein Verlust Tibets würde das Reich der Mitte von den Wasserressourcen trennen, die es für seinen Aufstieg unbedingt benötigt.

Die erst kürzlich begonnene russisch-chinesische Zusammenarbeit beim Pipelinebau und die gemeinsame Ausbeutung russischer Energieressourcen in Sibirien markieren ebenfalls einen Wendepunkt. Sie sind auf der einen Seite doppelt vorteilhaft für beide Seiten und reduzieren die russische Abhängigkeit von seinen Hauptabnehmern im Westen und Chinas Abhängigkeit von afrikanischen

oder arabischen Lieferanten. Und sie markieren durch die Abwicklung dieses Handels in chinesischer und russischer Währung den Beginn des Ausstiegs aus dem weltweiten Energiehandel auf Basis des USD.

Auf der anderen Seite verstärken Chinas Investitionen in Infrastruktur, Energie und Rohstoffversorger (wie z.B. Nutzungsrechte in eine der größten Kupferminen der Welt in Afghanistan, Eisenbahn und Autobahnbau etc.) und seine zunehmende Präsenz in Zentralasien Russlands Argwohn im angestammten politischen Hinterhof.

In diesen Zusammenhang gehört auch Europas bis heute erfolgloser Versuch, eine vom russischen Zugriff unabhängige Gasversorgung aus dem kaspischen und zentralasiatischen Raum aufzubauen. Da die turkmenischen Gasreserven bereits an China und Russland verkauft sind, kann man skeptisch sein, dass Europa hier noch zum Zug kommen wird. Durch die US-Embargopolitik gegenüber dem Iran fällt auch dieser potenzielle Lieferant für Europa aus.

Gleichzeitig schiebt China seine Einflusszone, aber auch seine Staatsgrenze, durch Landzukäufe, Landpachtung und die Entsendung von Arbeitskräften beharrlich nach Westen. Nur wenige Beobachter im Westen wissen, dass China auch offiziell Anspruch auf Teile Zentralasiens erhebt, wie man z.B. einer Broschüre des chinesischen Propagandaministeriums aus dem Jahr 1995 entnehmen kann: „Zu Beginn des 19. Jahrhunderts begannen die Kolonialmächte des Westens aktiv mit ihren Angriffs- und Expansionsfeldzügen. Von Indien aus wiegelten die Briten immer wieder die Nachfahren uigurischer Fürsten auf, die am Hofe des Khans von Kokand lebten, um in Süd-Xinjiang Unruhe zu stiften. Nach 1840 steigerten die westlichen Mächte ihre militärische Bedrohung, um die Qing- oder Mandschu-Dynastie zum Abschluss ungleicher Verträge zu zwingen. China wurde Schritt für Schritt auf den Status einer halbkolonialen Gesellschaft heruntergedrückt. Nachdem das zaristische Russland die kasachische Steppe und die kleinen Emirate Zentralasiens besetzt hatte, nahm St. Petersburg auch weite Gebiete entlang der chinesischen Westgrenze in Besitz. Ein Territorium von 400.000 Quadratkilometern (Deutschland 357.000 qm²), östlich und südlich des Balkaschsees gelegen, das früher zu China gehörte, wurde durch das zaristische Russland besetzt.“²¹⁾ Das Gebiet entspricht aktuell dem Kernland Kasachstans mitsamt seiner früheren Hauptstadt und heutigen Industrie-, Kultur- und Wirtschaftsmetropole Almaty.

Wie häufig dieser Raum allein im letzten Jahrhundert den Besitzer gewechselt hat, belegt auch eine andere Begebenheit. Unter Stalin okkupierten die Sowjets im Jahr 1933 auch die chinesische Provinz Xinjiang. Bei Ausbruch des Zweiten Weltkrieges standen hier 400.000 Rotarmisten, die Xinjiang im Herbst 1942 überraschend verließen, wohl deshalb, weil Stalin jeden Mann gegen die vorrückende Wehrmacht brauchte.²²⁾

Kirgisistan - Schlüsselland für Russlands Zentralasienstrategie

Während der Sowjetzeit wurden Grenzverläufe nach strategischem Kalkül festgelegt. Sie waren bis zur Unabhängigkeit der fünf zentralasiatischen Staaten zwar

reine Verwaltungsgrenzen, doch Stalin wollte damit die Herausbildung einheitlicher Nationalitäten verhindern. Die nunmehr staatlichen Grenzen trennen historisch gewachsene Siedlungsgebiete und Verkehrsadern und sind bis heute Anlass für Spannungen. Die Verminung der Grenze zwischen Usbekistan zu Tadschikistan und Kirgisistan stellt hier einen Höhepunkt dar. Unübersichtliche Visaregelungen verhindern den Grenzverkehr mehr als ihn zu fördern. Obwohl die Grenzen ziemlich undurchlässig scheinen, nimmt der Drogenschmuggel rasant zu und hat epidemische Ausmaße angenommen. Selbst Russland warnt vor den Folgen. Der Iran erleidet jährlich dreistellige Verluste im Grenzgebiet zu Afghanistan beim Versuch, den Drogenschmuggel einzuschränken. Über 50% der Iraner sind jünger als 20 Jahre und der Drogenkonsum ist groß.

Eigentlich müsste nun die Stunde der EU schlagen, denn diese verfügt über einzigartige Erfahrungen bei der Lockerung, Harmonisierung und schließlich dem Abbau von Grenzregimen. Sie stellt dieses Wissen den zentralasiatischen Staaten auch mit dem Ziel eines besseren Schutzes Europas vor Drogenschmuggel usw. zur Verfügung. Das Projekt heißt Border Management Programme in Central Asia (BOMCA).

Bis heute ist das Interesse an diesem Know-how unterdurchschnittlich ausgeprägt. Zusammenarbeit im Grenzregime gibt es kaum, wichtige Grenzabschnitte sind bis heute noch gar nicht anerkannt. Die EU erlebt, dass ihre auf den Raum Zentralasien ausgerichtete Strategie an den v.a. an bilateralen Beziehungen interessierten Staaten vorbeiläuft.²³⁾

Das mit 5,5 Millionen Einwohnern direkt an China grenzende Kirgisistan spielt eine Schlüsselrolle bei Fragen des Wassermanagements in Zentralasien, aber auch für russische Bestrebungen, seine Position im angestammten Hinterhof zu festigen.

Im Januar 2009 verabschiedete sich die kirgisische Regierung von der Multivektorenpolitik (Offenheit und Mehrdimensionalität gegenüber allen Nachbarn) hin zu einer strategischen Ausrichtung auf Russland. Inhalt dieser Abkommen war u.a. der Schuldenerlass und die Finanzierung des Baus des Wasserkraftwerkes Kambarata 1. Mit dem Zugriff auf dieses Wasserkraftwerk kann schließlich die gesamte Kette weiterer Kraftwerke entlang des Flusses Naryn und somit die Stromversorgung Kirgisistans, aber auch die Wasserzuteilung für Südkasachstan, das Ferganatal, für Usbekistan bis in den Aralsee gesteuert werden.²⁴⁾ Der Naryn-Fluss ist die wasserpolitische Halsschlagader Zentralasiens.

Vor diesem Hintergrund sind die politischen Unruhen vom Sommer des Jahres 2010 keinesfalls ein Randproblem. Sie sind Teil des Great Game und müssen als Symptom und Stellvertreter-Konflikt angesehen werden. Sowohl die USA als auch Russland verfügen über Militärbasen in Kirgisistan. Die US-Basis Manas ist für die Versorgung der ISAF-Truppen existenziell. Die USA fördern demokratische Kräfte im innenpolitischen Machtkampf, während Russland, China und die angrenzenden zentralasiatischen Nachbarn kein Interesse am Gelingen der parlamentarischen Reformen

seit dem Sturz des autoritär regierenden Präsidenten Kurmanbek Bakijew im Frühjahr 2010 haben. Ein auf Dauer angelegtes Engagement der OSZE (im Gespräch waren sogar EU-Polizisten an der chinesischen Grenze!) als Friedensmacht in Zentralasien behagt weder China noch Russland. Man befürchtet eine Wiederholung der Vorgänge im Kosovo, wo die zum Genozid erklärten Unruhen eine massive militärische Intervention der NATO nach sich zogen.

China teilt eine 1.100 km lange Grenze mit Kirgisistan, die entlang seiner von muslimischen Uiguren besiedelten Westprovinz verläuft. Hier kam es zuletzt im Sommer 2009 zu politisch und ethnisch begründeten Auseinandersetzungen. Die US-Militärbasis Manas unweit der Hauptstadt bietet den USA aufgrund des regen Grenzverkehrs zwischen Kirgisistan und China genügend Möglichkeiten für verdeckte Operationen und vielfältige Einflussmöglichkeiten. Es gilt als ein offenes Geheimnis, dass die so genannte Tulpenrevolution gegen den früheren kirgisischen Präsidenten Akajew im Jahr 2005 von US-amerikanischen Diensten initiiert wurde.

Russland verfügt aber faktisch wegen seiner Militärbasen und der Kontrolle wichtiger Energie- und Ressourceninfrastruktur über die größeren Druckmittel gegenüber mindestens drei zentralasiatischen Ländern. Die Abkommen zwischen Kirgisistan und Russland vom Januar 2009 scheinen das tragende Element in den russischen Plänen für eine neue Machtarchitektur in Zentralasien zu sein. Russland konzentriert sich nunmehr auf die Verteilung von Öl, Gas und Wasser, nachdem die direkte Kontrolle über Abbau und Förderung nicht mehr zu erreichen war. In diesen Kontext gehören auch ein Abkommen mit Turkmenistan über den Bau einer Gaspipeline, der versuchte Erwerb einer Aktienmehrheit am Wasserkraftwerk Rogun in Tadschikistan, die Übertragung der Kontrolle über zentrale Gasleitungen durch Kirgisistan auf Gasprom, das schon erwähnte Abkommen mit Kirgisistan über den Bau von Kambarata 1, die Einigung mit Aserbaidschan über den Verkauf der gesamten Gasförderung aus dem Gasfeld Deniz 2 sowie der Versuch, auch die usbekischen Gasvorräte aufzukaufen.²⁵⁾

Und noch etwas ist interessant. In der Hauptstadt Bischkek - die zur Sowjetzeit Frunse hieß - thront immer noch jener sowjetische Feldherr Michail Frunse auf einem Pferd mitten im Stadtzentrum, als sei hier die Zeit stehen geblieben. Unter seinem Befehl hatte die Rote Armee Zentralasien besetzt und bis nach China ausgegriffen. Nach ihm ist seit 1925 die Militärakademie in Moskau benannt, auf der auch heute noch das Gros des Offiziersnachwuchses aus Zentralasien ausgebildet wird.

Diese Entwicklung beunruhigt nicht nur den Westen, sondern auch China. Die strategischen russischen Investitionen v.a. in das Wassermanagement scheinen von China als bedrohlicher angesehen zu werden als die US-Militärpräsenz in Zentralasien. Vor diesem Hintergrund gehen die zentralasiatischen Staaten von einer verstärkten ökonomischen Investitionsinitiative Chinas zu besseren als den russischen Konditionen aus, um auf diese Weise die Abhängigkeit von Russland zu verringern. Diese Investitionen fließen strategisch v.a. in den Aufbau einer Ver-

kehrsinfrastruktur. Sogar von einer Ost-West-Autobahn über Kirgisistan ist die Rede (Berlin - Peking).

Die Rolle der Verkehrsinfrastruktur im Great Game

Niemand kann heute die Entwicklung der Verkehrsströme vorhersagen. Die rasante wirtschaftliche Entwicklung in Asien macht es sehr wahrscheinlich, dass diese mit einem bisher nicht gekannten Ausbau der Verkehrsinfrastruktur einhergeht. Welchen Einfluss der Klimawandel mit einer prognostizierten Eisfreiheit der Nordostpassage auf die Handelsrouten haben wird, ist genauso unklar wie die Zeiträume, in denen der Wandel stattfindet.

Wie wichtig Zentralasien, aber auch Russland für die deutsche militärische Logistik schon heute ist, kann man an einer Fußnote erkennen. Die Versorgung des mit ca. 5.000 Soldaten kleinen Bundeswehrkontingents im Norden Afghanistans könnte mit der C-160 nicht bewerkstelligt werden, wenn dieser das Nachtanken in Russland nicht erlaubt würde sowie die Nutzung der russischen Eisenbahn und Überflugrechte der zentralasiatischen Anrainer den Nachschub ermöglichen würden.

Aber die Verkehrsprojekte der Zukunft haben in diesem Raum ganz andere Dimensionen. Deshalb war die Ankündigung Chinas, Griechenland zur Drehscheibe für den europäischen Warenaustausch auszubauen, mehr als eine Randnotiz. Im Juni 2010 übernahm die chinesische Reederei Cosco den Pier 2 im Hafen Piräus mit einem Pachtvertrag über 3,3 Mrd. EUR auf 35 Jahre. 564 Mio. EUR sollen in den Ausbau der Hafenanlage investiert und ein neuer Pier 3 gebaut werden, um das Frachtvolumen des Hafens fast zu verdreifachen. Heute werden auf dem Containerhafen neben dem Fährhafen, der für die Touristen das Tor zu den griechischen Inseln ist, pro Jahr 1,8 Millionen Container ver- und entladen - das entspricht etwa 5.000 Stück pro Tag. Geplant ist, die Transitrouten über Rotterdam und Hamburg, die nur über die von der U.S. Navy kontrollierten Weltmeere zu erreichen sind, künftig direkt über Zentralasien anzusteuern.²⁶⁾

Damit gewinnt Zentralasien als Transitraum weiteres Gewicht, denn nach der Eröffnung des Eurasischen Kanals könnten Waren und Güter von den Häfen am Kaspischen Meer bis nach Piräus auf dem Schiff transportiert werden. So wird eine kasachisch-russische Arbeitsgruppe in Kürze Pläne zum Bau eines Eurasischen Kanals vorlegen, der das Kaspische Meer mit dem Schwarzen Meer verbinden soll. Die 700 km lange Wasserstraße soll 4,5 Mrd. EUR kosten und eine Transportkapazität von 75 Mio. Tonnen jährlich haben. Zum Vergleich: Der Hamburger Hafen hatte 2009 eine Gesamtumschlagkapazität von rund 110 Mio. Tonnen. Die Eurasische Entwicklungsbank, aber auch chinesische Staatsfonds haben bereits Interesse an der Finanzierung bekundet.

Obwohl diese Idee bis ins Zarenreich zurückreicht, könnten nunmehr alle Widerstände überwunden werden, weil mit Russland und Kasachstan zwei wesentliche Spieler in Zentralasien mit dieser Seeanbindung ihre eigene geopolitische Lage verbessern wollen und auch China Interesse an diesem Projekt bekundet hat.

Der kasachische Präsident Nursultan Nasarbajew

äußerte sich schon vor vier Jahren in diese Richtung: „*We need different routes: naturally, these commodities - oil and gas - will follow the routes that will prove to be economically sound for us. The construction of a new ‚Eurasia‘ shipway from the Caspian to the Black sea can become a landmark project. ... This canal would be a powerful outlet for the entire Central Asia seaward across Russia.*“²⁷⁾

Die Kanalbetreiber können bei hoher Auslastung mit ca. 3 Mrd. EUR Jahreseinnahmen rechnen. Ungeklärt ist neben den ökologischen Auswirkungen, woher das Wasser für den Kanal kommen soll. Eine Antwort darauf können wir 2011 erwarten.

Auch die EU erkannte früh die strategische Bedeutung einer neuen Seidenstraße. 1993 rief sie deshalb das Projekt TRACECA - Transport Corridor Europe-Caucasus-Asia ins Leben. Diese Routen erregten allerdings Russlands Argwohn, weil die EU versucht, beim Ausbau der Transitverbindungen Russland zu umgehen.

Mit dem Aufbau der chinesischen Binneninfrastruktur, einer chinesischen Interessen dienenden Infrastruktur in Zentralasien geht darüber hinaus der Ausbau von Häfen und Marinestützpunkten einher, die Chinas Zugang in den Indischen und Pazifischen Ozean erleichtern sowie eine wirtschaftliche und militärische Umklammerung Indiens ermöglichen.

Ein anderes Infrastrukturprojekt Chinas ist der von Peking angekündigte Bau eines ausgedehnten eurasischen Hochgeschwindigkeitseisenbahnnetzes. Chinas Eisenbahnministerium hat Pläne für eines der ehrgeizigsten Infrastrukturprojekte der Welt bekannt gegeben. Die geplante Eisenbahn soll bis 2025 Xinjiang über Kirgisistan mit Deutschland und weiter mit London verbinden. Ob die Züge dann allerdings über Stuttgart 21 fahren, kann nach den jüngsten Befindlichkeiten in Schwaben bezweifelt werden.

Zu den chinesischen Plänen zählt auch der Bau einer Anbindung der Strecke China-Kirgisistan-Usbekistan an den eurasischen Hochgeschwindigkeitskorridor. Außerdem baut China zwölf neue Autobahnen, die Kirgisistan und die Nachbarländer durch moderne Straßen mit Xinjiang verbinden sollen. Eine wirtschaftliche Gegenbewegung Chinas zur Verstärkung seiner Präsenz nicht nur in Kirgisistan ist deutlich erkennbar.

Ein weiterer Grund für Pekings Wunsch nach Stabilität im Nachbarland hängt mit dem in jüngster Zeit gesteigerten wirtschaftlichen Engagement Chinas in Afghanistan zusammen.

Während die Spannungen zwischen dem Präsidenten Afghanistans, Hamid Karzai, und der Obama-Regierung wachsen, verbessert sich das Verhältnis zwischen Karzai und Peking. Am 24. März 2010 unterzeichneten Karzai und Chinas Präsident Hu Jintao in Peking neue Vereinbarungen über Handel sowie Investitionen und einigten sich gleichzeitig auf eine Stärkung der trilateralen Zusammenarbeit mit Pakistan, das traditionell gute Beziehungen zu China unterhält.

Die Vereinbarungen vom 24. März beziehen sich dem Vernehmen nach auf Chinas Investitionen in afghanische Projekte zur Entwicklung von Wasserkraft, Bergbau, Eisenbahnen sowie im Bereich Bau und Energie.

China ist schon heute der größte Investor in die Wirtschaft Afghanistans. Die chinesische Metallurgy Group Corporation erhielt 2007 den Zuschlag für die Investition von 3,5 Mrd. USD in die afghanische Kupfermine Aynak - eine der größten der Welt. Zum Abtransport des Kupfers baut China eine eigene Eisenbahnverbindung in die Provinz Xinjiang.

Ebenfalls Erfolg versprechend für chinesische Unternehmen ist die geplante Ausbeutung der auf 1,6 Mrd. Barrel geschätzten afghanischen Öl- und 440 Mrd. Kubikmeter (BCM) Erdgasvorkommen sowie der großen Vorkommen von Eisen- und Nichteisenmetallen, Eisenerz und Gold.

Für China gehören sowohl Afghanistan als auch Pakistan zu den wichtigen Transport- und Handelsverbindungen nach Iran. Wohl auch deshalb verhindert Peking eine abgestimmte Haltung des Weltsicherheitsrates zur iranischen Atomrüstung. Peking hat den Bau des Hafens von Gwadar in Pakistan fertig gestellt, über den nun 60% der chinesischen Ölimporte aus dem Nahen und Mittleren Osten abgewickelt werden. China plant jetzt eine Transportverbindung vom Hafen Gwadar über Afghanistan nach Xinjiang, um eine effizientere Ressourcenversorgung seiner boomenden Wirtschaft zu gewährleisten. Auch in diesem breiteren Zusammenhang ist die Stabilität in Afghanistan und Kirgisistan für China von größter Bedeutung.

Kasachstan - Nutznießer der Entwicklungen

Das neuntgrößte Land der Erde grenzt im Westen an das Kaspische Meer, das fast dieselben Ausmaße hat wie die Ostsee. Da geographisch 5,4% der Landmasse zu Europa gehören, spielt Kasachstan in der Fußball-EM mit und ist u.a. Mitglied der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, deren Vorsitz es im Jahr 2010 innehatte. Seit elf Jahren zum ersten Mal fand am 1. und 2. Dezember ein OSZE-Gipfel in Astana statt, zu dem über 50 Regierungschefs und Staatsoberhäupter angereist waren. Damit wurde Kasachstan Anfang Dezember die internationale Aufmerksamkeit zuteil, die es so sehr herbeisehnt, obwohl der Gipfel im Kern ergebnislos endete.

Kasachstans neue Hauptstadt entsteht auf Befehl des Präsidenten Nasarbajew seit 13 Jahren 1.200 km nördlich der alten und unterstreicht den Anspruch dieses uralten Nomadenvolkes auf Teilhabe am Aufschwung Asiens. Umgeben von einer riesigen Steppe ist Astana die Hauptstadt mit dem zweitkältesten Winterklima (Temperaturen bis minus 40 Grad Celsius).

Offizieller Grund für dieses gigantische Projekt ist die Erdbebengefahr in der alten Hauptstadt Almaty. Wahrscheinlicher sind andere Gründe:

Nasarbajews Horde kommt aus dem Nordosten, der Region der heutigen Hauptstadt. Diese Mittlere Horde „Orta Djus“ geriet im Norden und Osten unter slawischen Einwanderungsdruck. Obwohl bereits in der Sowjetzeit Mitglied des Politbüros und 1. Sekretär Kasachstans konnte Nasarbajew keinen echten Einfluss im Süden erlangen. Hier herrscht die „Ulu Djus“, die Ältere oder Große Horde.

Bestimmender Einfluss auf wesentliche Geschäftsfelder blieb ihm verwehrt. Im rohstoffreichen Westen am Kaspischen Meer kampiert seit Urzeiten die Kleine Horde „Kischi Djus“ und spielt damit in der innerkasachischen Machtarithmetik seit dem Anbruch einer auf dem Export von Rohstoffen basierenden Goldgräberstimmung eine zunehmend wichtige Rolle.

Russland hat am Beginn der 1990er-Jahre ganz unverhohlen darüber nachgedacht, sich den rohstoffreichen Norden des Landes wieder einzuverleiben. Wohl auch deshalb führt von der Hauptstadt bereits eine sechsspurige Autobahn zur russischen Grenze und existiert eine auffallende Häufung kasachischer Garnisonen im nördlichen Teil Kasachstans.

Der Norden des Landes war noch vor 20 Jahren mehrheitlich slawisch geprägt (80%). Mit der neuen Hauptstadt wird dieser Einfluss auf 25% zurückgedrängt. Mit der Verlagerung der Hauptstadt in den Norden des Landes antizipiert Nasarbajew auch mögliche chinesische Gebietsansprüche im Süden im Raum der alten Hauptstadt Almaty.

„Männertraum“: Wer kann heute noch eine Stadt nach seinen Wünschen planen und bauen? Der Präsident nimmt Einfluss bis ins Detail. Astana ist „seine“ Stadt. Und rein „zufällig“ fallen der Geburtstag des Präsidenten und das Stadtjubiläum auf dasselbe Datum.

Und er hat ein Motto bei der Entwicklung seines Landes: „*Demokratie ist Ordnung.*“ Wahlen und politischer Meinungsstreit sind dabei allerdings von untergeordneter Bedeutung, wie eine kürzlich gestartete Unterschriftenkampagne anschaulich belegt, die die Amtszeit des Präsidenten ohne Wiederwahl gleich bis 2020 verlängern soll, denn eine Wahl wäre bloße „Geldverschwendung“.²⁸⁾

Kasachstan weiß um seine fragile geopolitische Lage und versucht deshalb seine Unabhängigkeit durch eine Politik relativer Offenheit (Multivektorenpolitik) gegenüber allen am Great Game beteiligten Mächten zu bewahren. Aber welche Perspektive hat ein so riesiges, in großen Teilen unbewohntes, mit Bodenschätzen gesegnetes Land, das mit nur 16 Millionen Einwohnern eine 4.000 km lange Grenze mit China mit bald 100-mal so viel Menschen in der Nachbarschaft teilen muss?

Welchen Platz kann Europa einnehmen?

Auch wir Europäer müssen uns fragen, wie unsere Beziehungen zu China künftig gestaltet werden sollen. Während dieser Artikel entsteht, berichtet „spiegelonline“, dass deutsche Unternehmen erste Engpässe beim Erwerb von strategisch wichtigen „Seltenen Erden“ melden, die für den Bau von Akkus, Motoren, Mobiltelefonen und Turbinen unverzichtbar sind. Grund ist eine künstliche Verknappung durch China, das quasi über ein Liefermonopol verfügt.

Fragen müssen wir Europäer uns auch, ob wir heute überhaupt noch bereit und in der Lage sind, uns auf dieses Kräfteressen einzulassen. Mitte des 19. Jahrhunderts, auf dem Höhepunkt des britischen Kolonialismus, sang man in den Tanzhallen Englands noch folgendes Lied: „*We*

don't want to fight, but Jingo if we do, we've got the men, we've got the ships, we've got the money too...“²⁹⁾

Europa spielt heute faktisch keine Rolle im Great Game. Das gilt auch für das ehemalige Weltreich Großbritannien. Uneinig wie so häufig, gehen die Botschaften der EU-Mitgliedsländer ihren Partikularinteressen nach. Eine Bündelung unserer Kräfte und eine Zieldefinition europäischen Handelns sieht man nicht. Die maßgeblich von der ehemaligen deutschen rot-grünen Bundesregierung formulierte und in der EU durchgesetzte Zentralasienstrategie bietet zwar eine Handlungsanleitung, geht aber von einer falschen Prämisse aus: nämlich, alle fünf „-stan“-Staaten als politisch-kulturelle und wirtschaftliche Einheit behandeln zu wollen. Das geht an der Realität vorbei. Die fünf „-stan“-Länder sind ausgesprochen eigenständig und pflegen zum Teil noch aus der Sowjetzeit übernommene spannungsgeladene Beziehungen untereinander (verminnte Grenzen, Schließung von Grenzübergängen, unklare Territorialansprüche, mangelnde Zusammenarbeit bei Zukunftsthemen wie Wassermanagement, Grenzkontrollen, Infrastrukturprojekten etc.) und sind selbst v.a. an bilateralen Beziehungen zu einzelnen EU-Mitgliedsländern interessiert.³⁰⁾

Die ehemaligen Kasachstandesdeutschen bilden bis heute eine lebendige Brücke und verankern ein Stück Deutschland in Zentralasien. Politisch bedeutsam für die Wahrnehmung von deutschen Interessen ist das aber nicht, da Kasachstandesdeutsche weder in der Regierung noch in Wissenschaft oder Wirtschaft eine entscheidende Rolle spielen.

Schlussfolgerung

Analysiert man das neue Great Game und treffen die Kernthesen von Mackinder zu, dann ist es im deutschen und europäischen Interesse, dass weder China noch Russland in der Lage sind, das Herzland zu beherrschen. Man muss kein Prophet sein, um vorherzusehen, welche Auswirkungen dies auf unser Leben haben würde.

Insofern ist das Engagement der NATO in Afghanistan auch ein Engagement gegen die Beherrschung Zentralasiens durch einen der östlichen Mitspieler. Das ist ein neuer Blick auf diesen Konflikt. Er stellt letztendlich eine viel realistischere Sicht auf die Lage dort dar als die bloß verkürzte Betrachtung vom Krieg gegen das Terrornetzwerk Al Qaida, so wichtig dieser Kampf auch künftig bleibt.

Chinas Aufstieg und seine geschilderte langfristige angelegte Politik bis hin zur Neuausrichtung seiner europäischen Logistikstrategie über Athen, die gigantischen Infrastrukturvorhaben und sein dem Energie- und Rohstoffhunger geschuldeter Ausgriff nach Zentralasien und Afrika, verbunden mit einer ambitionierten Seerüstung, belegen eindrucksvoll, womit wir im Westen zu rechnen haben. Mittlerweile vergeht kaum eine Woche, in der nicht eine neue Superlative aus China gemeldet wird, sei es der schnellste Computer, der schnellste Zug, die längste Straßenbrücke der Welt, ein neues System zur Wiederaufbereitung von Uranbrennstäben, neue Kampfflugzeuge in Stealth-Bauweise, die Weiterentwicklung der Flugzeugträgerkiller-Rakete Dongfeng 21 D oder ganz

aktuell Chinas Ambitionen zum Ausbau des Renmimbi als Weltleitwährung mittels Dim-Sum-Anleihen.³¹⁾

Vielleicht wird die Dimension dieser Expansion auch Russland und die USA alsbald dazu bewegen, aus einer kleinlichen Konfrontationspolitik im Kampf um Pipelines, Militärstützpunkte sowie Energie- und Rohstoffvorkommen zu einer gemeinsamen, strategischen Antwort gegenüber dem chinesischen Zugriff auf das Herzland zu finden. Auch das wäre im Interesse Europas, wenn es daran zumindest als Juniorpartner beteiligt bleibt.

So wie Großbritanniens Kräfte schon am Beginn des Great Game zu gering waren, um sich dauerhaft einem kontinentalen Gegenspieler entgegenzustellen, so wären heute selbst die gebündelten Kräfte aller Mitgliedstaaten der EU nicht in der Lage, als alleiniger Spieler erfolgreich am Great Game neben Russland und China teilzunehmen. Damit Europa auch künftig ein gewisses internationales Gewicht behält, bleibt die längst überfällige Synchronisierung und Harmonisierung der Kräfte in Europa unerlässlich. Doch selbst dann kann es nur gemeinsam mit seinen atlantischen und asiatischen Verbündeten und langfristig auch nicht gegen russische Interessen verhindern, dass es einer Macht gelingt, das Herzland zu kontrollieren. Denn so banal es klingt, genau darum geht es.

Chinas Aufstieg zu einer kontinentalen Weltmacht scheint im 21. Jahrhundert unaufhaltsam zu sein. Ob China auch maritim mit den heute noch global überlegenen USA gleichziehen kann, bleibt abzuwarten. Die hier dargestellten Fakten über Investitionen in eine zentralasiatische Infrastruktur, Seerüstung und zum Aufbau von Handels- und Marinestützpunkten legen nahe, dass China die Regeln des Great Game verstanden hat.³²⁾

Ich will mich nicht an Spekulationen darüber beteiligen, ob sich der bisherige Aufstieg Chinas ungebremst und ohne Brüche fortsetzen wird. Darüber lässt sich auf jeden Fall sehr kontrovers diskutieren. Gleichwohl müssen wir im 21. Jahrhundert aus europäischer Sicht noch viel stärker lernen, die Welt auch mit den Augen unserer Nachbarn zu sehen und daraus die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Das eurozentrische Zeitalter ist auf jeden Fall unwiederbringlich beendet. Und mit China haben wir ein Imperium vor uns, das über die älteste Kultur der Welt und ein entsprechendes Selbstbewusstsein als ewiges Reich der Mitte verfügt. Aus chinesischer Sicht tritt China im 21. Jahrhundert erneut in den ihm zustehenden Platz auf der Welt als größte bestimmende Macht ein, einen Platz, den China in der Zeit der europäischen Antike bis zur Renaissance tatsächlich innehatte.

Im Unterschied zu unserer westlichen Kultur, die von den kurzfristig messbaren Rhythmen von Quartalszahlen, Jahresabschlüssen oder Vierjahreswahlperioden geprägt ist, wird die Zeit in den Kulturen Asiens immer auch zum Verbündeten derer, die langfristig vorgehen.

Während die europäische Kultur seit ihren Anfängen auch im strategischen Denken eine Kultur der Entweder-Oder-Entscheidung gewesen ist, die im politisch-militärischen Realismus der Athener über die Melier ihren ersten überlieferten Ausdruck fand,³³⁾ hat sich ungefähr zur gleichen Zeit in der auf Konfuzius zurückreichenden Staatstradition ein Wissen als Symbiose von Weisheit und

Schlaueit herausgebildet, das uns als Lehre der Strategeme entgegentritt. Strategeme sind dabei nicht mit dem in Europa geläufigen strategischen Denken zu verwechseln. Eher noch mit dem Handeln und Denken des listenreichen Odysseus, dessen erstaunliche Abenteuer selbst Beispiel für Kriegslisten, Tricks und Kunstgriffe sind und doch auch auf ein noch tieferes Verständnis von den letzten Dingen hinweisen. Doch davon ist heute in der rationalen und von der Uhr regierten Welt des Westens wenig übrig geblieben. Anders in China, wo bis heute mittels der internalisierten uralten Strategeme Erfahrungen gedeutet und das Wissen bewertet wird, um daraus Handlungen abzuleiten. Diese ganz eigene Kunst der Lebensklugheit ist Teil der asiatischen Kultur und wird in der Mahnung des chinesischen Weisen Hong Zicheng so zusammengefasst: „*Ein die Menschen schädigendes Herz darf man nicht haben! Aber ein sich vor den Menschen in Acht nehmendes Herz ist unverzichtbar.*“³⁴

In den uralten, bis auf die Zeit des Konfuzius (551-479 v. Chr.) zurückreichenden Strategemen beschreibt Meister Sun Tzu in der weltweit ältesten bekannten Abhandlung über die Kriegskunst die drei Arten, einen Sieg zu erringen:

- Der militärische Sieg über den Feind steht an dritter Stelle.
- Der Sieg mit diplomatischen Mitteln steht an zweiter Stelle.
- Der Sieg durch Strategeme steht am höchsten.

Sun Tzu wird in China, aber auch an der Frunse-Akademie in Moskau während der Offizierausbildung als Grundlagenwerk bis heute gelehrt. Wir sollten davon ausgehen, dass seine Strategeme das Denken unserer Nachbarn in Russland und in Asien bis heute prägen. ■

ANMERKUNGEN:

- 1) Zbigniew Brzezinski: Die einzige Weltmacht, Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Fischer 1999, S.52.
- 2) <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/13/13778/1.html>.
- 3) S. a. Taschenheft Auslandseinsätze der Bundeswehr, CSU Arbeitskreis Außen- und Sicherheitspolitik, Sommer 2009.
- 4) Hans-Gert Pöttering: Synchronized Armed Forces Europe (SAFE), Neue Entwicklungen und Ansätze für ein Europa der Verteidigung, mit einem Vorwort von General a.D. Harald Kujat, ÖMZ 3/2009, S.275ff.
- 5) H.J. Mackinder: The geographical pivot of history, http://findarticles.com/p/articles/mi_go2454/is_4_170/ai_n29147299/.
- 6) Peter Hopkirk: The Great Game, The Struggle for Empire in Central Asia, Kodansha International 1992.
- 7) Rudyard Kipling: Kim, Penguin Popular Classics 1994, S.299.
- 8) Werner Otto von Henting: Von Kabul nach Shanghai, Libelle, Konstanz 2003, Mein Leben eine Dienstreise, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1962, Meine Diplomatenfahrt ins verschlossene Land, Ullstein-Kriegsbücher 1918.
- 9) Wolfgang Michal: Des Kaisers Heiliger Krieg, GEO, 11/2008, S.136ff.
- 10) S. u.a., <http://newstrategicsecurityinitiative.org/wp-content/uploads/2010/01/P29-Afghan-Policy-Page-Afghanistans-Borders.pdf>.
- 11) Peter Scholl-Latour: Die Angst des weißen Mannes, Propyläen, 2009, S.399.
- 12) S. u.a., http://libertynewsradio.com/wire/articles12/2010/00144_U_S_And_NATO_Allies_Escalate_Military_Buildup_Against_Iran_095658.php.
- 13) The Times, February 19, 2009, Google Earth reveals secret history of US base in Pakistan <http://www.timesonline.co.uk/tol/news/world/asia/article5762371.ece>.
- 14) M.K. Bhadrakumar, An Afghane bone for Obama to chew on,

20.10.2010, <http://www.atimes.com>.

- 15) Luftwaffe stellt Hälfte des NATO-Lufttransportes in Afghanistan, http://www.luftwaffe.de/portal/a/luftwaffe/kcxml/04_Sj9SPykssy0x-PLMnMz0vM0Y_QjzKLNzKId_dx8B1B2F70-pFw0aCUVH1vfV-P_NxU_QD9gtylckdHRUUA164xJQ!!/delta/base64xml/L2dJQSEvUUt3QS80SVVFLzZfMjBfR0xH?yw_contentURL=%2F01DB06000000001%2FW28CLGK.W815INFODE%2Fcontent.jsp.
- 16) M.K. Bhadrakumar, a.a.O.
- 17) S. u.a. F.A.Z., 15.10.2010, S.10, Schutzschild gegen Iran.
- 18) Quentin Weiler and Joris Larik: Going Naval in Troubled Waters: The European Union, China and the Fight against Piracy off the Coast of Somalia, Draft Chapter for „The EU and China: Partners or Competitors in Africa?“ College of Europe, Chair of European Union-China Relations.
- 19) Indien beunruhigt über chinesisches Staudammprojekt, F.A.Z., 19.11.2010, S.6.
- 20) Wie Chinas innerster Machtzirkel tickt, 4.12.2010, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,728627,00.html>.
- 21) Peter Scholl-Latour: Die Angst des weißen Mannes, Propyläen, 2009, S.424f.
- 22) Mark Dickens: The Soviets in Xinjiang, <http://www.oxus.com/sovinxj.htm>.
- 23) Siehe dazu u.a. Maik Matthes: Die Umsetzungs- und Erfolgchancen der Zentralasienstrategie der Europäischen Union unter besonderer Berücksichtigung der Kooperationsbereitschaft der Zentralasiatischen Staaten, Magisterarbeit im Hauptfach Politikwissenschaft, 2009, Technische Universität Dresden.
- 24) Wulf Lapins: Wasserverteilung als neue Stellschraube auf dem geökonomischen- und geopolitischen Schachbrett Zentralasiens?, Focus Zentralasien Juni 2009, Friedrich Ebert Stiftung.
- 25) Ebenda.
- 26) Chinas neue Seidenstraße nach Europa, <http://www.presseurop.eu/de/content/article/289801-chinas-neue-seidenstrasse-nach-europa>.
- 27) Kasakh-Russian working group revives „Eurasia“ canal project, Oct 15, 2010, <http://www.dredgingtoday.com/2010/10/15/kazakh-russian-working-group-revives-eurasia-canal-project/>.
- 28) <http://www.welt.de/politik/ausland/article11988177/Kasachstan-haelt-Praesidentenwahl-fuer-Geldverschwendung.html>.
- 29) Macdermott's War Song (1878) written and composed by G. W. Hunt.
The „Dogs of War“ are loose and the rugged Russian Bear, All bent on blood and robbery has crawled out of his lair... It seems a thrashing now and then, will never help to tame... That brute, and so he's out upon the „same old game“... The Lion did his best... to find him some excuse... To crawl back to his den again. All efforts were no use... He hunger'd for his victim. He's pleased when blood is shed... But let us hope his crimes may all recoil on his own head...
- Chorus:
We don't want to fight but by jingo if we do... We've got the ships, we've got the men, and got the money too! We've fought the Bear before... and while we're Britons true, The Russians shall not have Constantinople...
The misdeeds of the Turks have been „spouted“ through all lands, But how about the Russians, can they show spotless hands? They slaughtered well at Khiva, in Siberia icy cold. How many subjects done to death we'll ne'er perhaps be told. They butchered the Circassians, man, woman yes and child. With cruelties their Generals their murderous hours beguiled, And poor unhappy Poland their cruel yoke must bear, While prayers for „Freedom and Revenge“ go up into the air.
(Chorus)
May he who gan the quarrel soon have to bite the dust. The Turk should be thrice armed for „he hath his quarrel just.“ Tis said that countless thousands should die through cruel war, But let us hope most fervently ere long it shall be o'er. Let them be warned: Old England is brave Old England still. We've proved our might, we've claimed our right, and ever, ever will. Should we have to draw the sword our way to victory we'll forge, With the Battle cry of Britons, „Old England and St George!“
(chorus)
- 30) Siehe dazu u.a.: EU-Strategie fuer Zentralasien. Drei Jahre danach., Friedrich Ebert Stiftung, Almaty 2010, 243 Seiten.
- 31) Robert Cookson, Geoff Dyer: Auf Wechselkurs, 3. Januar 2011, Financial Times Deutschland, S.23.
- 32) Thrassy N. Marketos, China's Energy Geopolitics, Routledge, London-New York 2009.
- 33) Thukydides: Der Peloponnesische Krieg, Der Überfall auf Melos,

Reclam 1985, S.67ff.

34) Harro von Senger: Strategeme, Scherz, 1992, S.440.



**Dipl.-Pol.
Jörg-Dietrich Nackmayr**

Geb. 1964; Hptm.d.R. (Lw); Studium der Politischen Wissenschaft, Volkswirtschaftslehre, Philosophie und Geschichte in Berlin und Bielefeld; 1988 und 1989 Auslandsaufenthalte in Edinburg, Straßburg und Brüssel; 1990 Examen zum Diplom-Politologen bei Prof. Dr. Gesine Schwan; 1989-1990 Persönlicher Referent für den Vorsitzenden Wolfgang Schnur und den Generalsekretär Oswald Wutzke der Partei Demokratischer Aufbruch (DA) in der DDR; 1990 Stabsreferatsleiter Kabinetts- und Parlamentsangelegenheiten im Ministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit der DDR bei Minister Wilhelm Ebeling; im Anschluss Mitarbeit bei der Neugründung des Landes Mecklenburg-Vorpommern u.a. als Persönlicher Referent des Ministerpräsidenten Alfred Gomolka und seines Kultusministers Oswald Wutzke; 1993-1996 jüngster Kulturamtsleiter Deutschlands in der Hansestadt Stralsund; 1996 Rückkehr nach Berlin als Büroleiter und Sprecher des Parlamentspräsidenten Herwig Haase im Abgeordnetenhaus von Berlin; ab 1999 Direktor der Konrad-Adenauer-Stiftung Baltische Länder mit Dienstsitz Tallinn/Estland; 2003 Rückkehr nach Berlin und Gründung der Unternehmensberatung Baltic-Business-Contact; 2005 Übersiedlung nach Brüssel, Tätigkeit im Europäischen Parlament, Generaldirektion Interne Politiken; Mai 2007-Juli 2009 Sicherheitspolitischer Berater im Kabinett des Parlamentspräsidenten des Europäischen Parlaments, Hans-Gert Pöttering; seit August 2009 Aufenthalt in Astana/Kasachstan; zahlreiche Publikationen.

In der Mitte der Welt

Der Indische Ozean als geostrategischer Raum und doktrinäre Herausforderung

Henrique Schneider

Als es im Mai des Jahres 2010 in Taschkent und Osch zu Unruhen kam, als das Binnenland Kirgisistan seine politische Revolution, die in Bürgerkrieg zu enden drohte, durchmachte, wurde der chinesische Lenkwaffenzerstörer Shenzhen im Südchinesischen Meer in Alarmbereitschaft versetzt. Sein Kurs wurde auf den Indischen Ozean gesetzt. Notwendigenfalls würde man am Hafen von Karatschi landen. Weitere Befehle würden lageabhängig folgen. Wieso bewegt China ein Schiff seiner Südflotte im Indischen Ozean, wenn ein zentralasiatisches Land politische Unruhen durchmacht? Die politische Geographie Asiens kennt den Begriff „Zentralasien“ nicht, jene Republiken gehören firm zum geostrategischen Raum des Indischen Ozeans.

Zeichnete man Weltkarten, die nicht den Atlantik ins Zentrum stellten, rückte der Indische Ozean in die Mitte der Welt. Eigentlich ist es nichts Neues, dass im Rahmen des wirtschaftlichen Weltförderbandes dem indischen Raum eine höhere und wichtigere strategische Bedeutung zukommt, denn er hat nie aufgehört, ein verbindendes Element der globalen Wirtschaft zu sein. Asien und Ozeanien sind schon viel länger untereinander und mit Afrika verbunden als Europa mit Nordamerika. Um das Jahr 1500 konnte man in Nanjing, China, afrikanische Giraffen bestaunen¹⁾ - sie wurden von den Seefahrern aus Afrika mitgebracht. Indische Priestersklaven wirkten bereits im 17. Jahrhundert in Sansibar.²⁾ In Sumatra gab es bereits im 18. Jahrhundert eine afrikanische - schwarze - Minderheit. Malaysische Nationalisten orientierten sich nach dem Zweiten Weltkrieg ideologisch bewusst an Ägypten. Selbst das britische Kommando für Südostasien umfasste nach der japanischen Kapitulation bewusst alle am Indischen Ozean gelegenen Länder und Territorien.

Eine erweiterte Perspektive vom indischen Raum, die Australien ebenso selbstverständlich wie den arabischen Raum und das heutige Israel umfasst, zeigt schnell auf, dass die drei monotheistischen Religionen Judentum, Christentum und Islam, zudem die zwei großen östlichen Religionen, Hinduismus und Buddhismus, dort ihren Ursprung haben. Die Seidenstraße gehört ebenso zu dieser Perspektive wie die alten Seehandelsrouten von Indien nach Afrika und Indonesien. Die Entwicklung der Schrift, die ersten städtischen Siedlungen und die ersten Kriege, an denen sich mehrere Hunderttausend Menschen beteiligten, verbinden ebenso die Geschichte der einzelnen Völker am Indik.³⁾

Freilich, im Schatten des Kalten Krieges verlor der Indische Ozean seine vordergründige strategische Be-

deutung. In der Auseinandersetzung zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt wurden blockfreie Staaten wie Indien, Pakistan, Malaysia oder Indonesien weniger stark berücksichtigt. Iran befand sich nach der Revolution in einem schier endlosen Krieg mit Irak; Saudi-Arabien schien sich in zweifelhaften Allianzen zu bewegen; Afrika zählte zur Kampfzone kommunistischer Milizen, und China wurde - wenn überhaupt - als potenzieller Aggressor gegenüber Taiwan wahrgenommen. Der Atlantik und der Pazifik wurden nach dem Zweiten Weltkrieg zum attraktiveren Betätigungsfeld für Strategen. Nicht so für Händler! Auch wenn sich die Schwerpunkte der Weltwirtschaft verlagerten, verlor der Indische Ozean seinen Charakter als Marktplatz nicht; insbesondere seit der einsetzenden Globalisierung steigt seine wirtschaftliche Bedeutung schnell - und endlich wird wieder die sich daraus ergebende sicherheitspolitische Implikation erkannt.

Heute bringt der Indische Ozean drei wirtschaftliche, sicherheitspolitische und kulturelle Problemfelder zurück in die Öffentlichkeit: die zentrale Stellung des Islam (inklusive des damit verbundenen, aber nicht der Religion intrinsischen Terrorismus und des Nahen Ostens), die weltweite Energiepolitik und die Entwicklungen von China wie Indien zu „Global Players“ und potenziellen Antagonisten in einem dezentralisierten, multipolaren System. Die Auswirkungen dieser Spannungsfelder haben verschiedene Facetten und sprechen Europa aktiv an. Ein strategischer Fokus auf den indischen Raum als einer zentralen Region lohnt sich.

Die alte Welt braucht den kleineren von den drei Ozeanen, um zu überleben: wie schon früher so auch heute. Es sagte schon der Historiker Felipe Fernandez-Armesto *„Wer auch immer Herr über die Straße von Malakka ist, hat seine Hand um Venedigs Hals“*.⁴⁾ Was auch immer über den indischen Raum ausgetauscht wurde - es erreichte Europa. Seien es religiöse Ideen oder die Weltkarten des Kolumbus, seien es Reichtum oder Krankheiten; daneben alle Arten des Handels, der Interessenssphären und letztlich auch der Konflikte. In einer weltweiten Perspektive scheint es interessant, darauf hinzuweisen, dass etwa 75% der Weltbevölkerung unter 300 Kilometer Entfernung zur Küste leben.

Im Folgenden geht es darum aufzuzeigen, wie aus der handelspolitischen Dimension der Interaktionen im indischen Raum Interessenkonflikte entstehen, die gleichzeitig geostrategische Herausforderungen darstellen. Daraus ergeben sich militärische Chancen.

Politische Geographie

In einem ersten Schritt soll nun eine Auslegeordnung der verschiedenen Akteure, Interessen und Ansprüche erstellt werden. Diese wird v.a. im Lichte der Handels- und Sicherheitspolitik erfolgen.

Geographie des Handels

In den Zeiten der „EU NAVFOR Somalia/Operation Atalanta“ kann leicht vergessen werden, dass bis heute der größte Teil der weltweit ausgetauschten Waren - je nach Gruppe bis 90% - auf dem Indischen Ozean befördert werden.⁵⁾ Bei dem strategisch wichtigen Gut Erdöl sind die Zahlen noch deutlicher: 65% des Rohöls und bis etwa 70% der verarbeiteten Ölderivate werden zwischen China, Indien, dem Arabischen Golf und Afrika transportiert. Etwa 50% des weltweiten Containertransits finden im Indischen Ozean statt. Seine Straßen sind Nadelöhre - mehr als im Bildlichen - sogar im wirklichen Sinne: 40% des Welthandels passieren die Straße von Malakka; 40% des Öls die Straße von Hormus.

Da der weltweite Energiebedarf in den nächsten 20 Jahren v.a. in China und Indien je um etwa 40% steigen wird, erhöht sich die Bedeutung dieses Seeraumes entsprechend. Um das Jahr 2020 sollte China täglich mehr als 7 Mio. Barrels Öl importieren, was die Hälfte der jetzigen saudiarabischen Produktion ausmacht. Indien wiederum, der viertgrößte Energieverbraucher der Welt (nach den USA, China und Japan), wird immer mehr Kohle am afrikanischen Markt, beispielsweise in Mosambik, nachfragen. Etwa 65% des indischen Energiebedarfes werden durch Importe abgedeckt; das ist bedeutender als der Anteil in China. Beide Länder sind jetzt schon Kunden diverser afrikanischer Staaten; es ist zu erwarten, dass sich diese Beziehungen vertiefen werden.

Die weltweite Wirtschaftskrise der letzten Jahre könnte diesen Trend sogar noch verstärken. Für China und Indien, aber auch für andere asiatische und afrikanische Staaten hat die aktuelle Verwirrung des freien Kapitalismus einen didaktischen Nebeneffekt. Sie sehen den in Asien als originär betrachteten Staatskapitalismus immer mehr als die richtige Art an, wie sich Staaten und Unternehmungen verhalten sollten. Staatliche - oder teilstaatliche oder national-erstrangige, „national champions“ - Unternehmungen haben tendenziell viel mehr Mittel zur Verfügung als rein private Unternehmungen. Diese Mittel können im Sinne von großzügigen Investitionen den Zielländern angeboten werden. Falls die Mittel der Unternehmungen nicht ausreichen sollten, könnten diese „national champions“ patronierende Staaten den Zielländern großzügige Kredite einräumen. Dies führt dazu, dass staatskapitalistische Unternehmungen beinahe keine Konkurrenz haben. Die Krise verstärkt sowohl die chinesische Führung wie auch die indische Regierung in ihrer Intuition, dass sie staatskapitalistisch in Afrika und Asien tätig sein sollten, um sich ihre zukünftigen Interessen zu sichern. Dadurch binden sie den afrikanischen Kontinent verstärkt in den indischen Raum ein.⁶⁾

Die Wirtschaft Äthiopiens beispielsweise exportiert v.a. nach - in der Reihenfolge ihrer Bedeutung - China,

Deutschland, Japan, in die USA und nach Saudi-Arabien und importiert aus Saudi-Arabien, China und Indien. In Kenia gehören etwa 80% der lokalen Industrie indischen Investoren; die Haupthandelspartner sind die Vereinigten Arabischen Emirate, China und Saudi-Arabien.⁷⁾

Doch gehört natürlich auch Europa zu den Beteiligten. Waren aus Japan, Korea, Taiwan oder Thailand passieren die Straße von Malakka, den Golf von Aden und den Suezkanal auf dem Weg nach Amsterdam oder Basel. Flüssiges Gas seinerseits wird per Schiff nach Neapel angeliefert, ebenso Musikanlagen oder Lebensmittel. Auch wenn Pipelines Öl über Land transportieren sollen, sind mögliche Ausweichpipelines von der Stabilität von Ländern, die am Indischen Ozean liegen, abhängig. Ein instabiles Pakistan oder ein Krieg im Iran haben beispielsweise direkte Auswirkungen auf Aserbaidschan oder Turkmenistan.

Gerade diese zentralasiatischen Länder scheinen dazu erkoren zu sein, als Alternative zu Russland in der Belieferung Europas mit Öl zu fungieren. Genau diese Länder suchen eine stärkere Anbindung an den indischen Raum. Kaukasische und zentralasiatische Staaten versuchen sich in einer multipolaren Welt zu etablieren. Aufgrund ihrer zentralen Stellung ist ihnen ein flexibles Manövrieren auf internationalem Parkett am liebsten. Sie sehen keine Gegensätze darin, wenn sie gleichzeitig den Handel mit Moskau und Berlin tätigen oder mit Peking und Neu Delhi. Im Gegenteil: Die Verbindungen zu Iran, Pakistan, Indien, Burma und China sind diesen Ländern sehr wichtig.

Freilich sind einige bis viele am und im Indischen Ozean operierende Akteure weder staatlich noch legal. Piraterie gedeiht ebenso wie Schmuggel, Drogen- und Waffenhandel; auch der Terrorismus benützt die Land- und Seewege und nicht selten die vorhandene Infrastruktur für seine Zwecke. Oft entwickeln sich diese Gruppen im Schatten der vorher erwähnten Handelsrouten mit Duldung oder sogar Billigung staatlicher wie privater Akteure oder in einer eigentümlichen Mischung aus legalen und illegalen Geschäften zugleich. Das reale Vorhandensein dieser Gruppierungen - möglicherweise bis auf den Terrorismus - gehört zur Gegenwart ebenso wie zur Geschichte des Indiks.

Zuletzt sind noch zwei weitere Routen anzusprechen. Zum einen erfolgt der Transfer von Know-how, Wissen und Devisen vom Westen nach Osten und Süden. Aus Europa und den reicheren arabischen Ländern werden Börsenhändler, Investoren, Anbieter von Finanzdienstleistungen und Berater nach Indien, Singapur, Malaysia u.a. exportiert. „Sovereign Wealth Fonds“, staatliche Investitionsfonds, verstärken diesen Trend und sorgen für Devisenumläufe. Auch wenn im Lichte der Wirtschaftskrise zumindest der Geld- und Devisenstrom in beide Richtungen geht, wird europäische Finanzexpertise im indischen Raum zur Verfügung gestellt. Oft wird sie genau von jenen beansprucht, die diese Gelder sicherer und günstiger wieder in Europa investieren möchten.

Doch der Export von Know-how findet auf diversen Wegen statt. Viele renommierte Universitäten Europas haben wenigstens Kooperationspartner, idealerweise sogar Filialbetriebe, in unmittelbarer Nähe des Indischen

Ozeans, allen voran in Indien, Singapur oder Dubai. Sprachaufenthalte in Australien sind ebenso Teil dieses Trends wie die Verlagerung von Produktionsstandorten nach Indien, Indonesien und an andere Orte.

Zum anderen verläuft der Migrationsstrom in umgekehrter Richtung: vom Osten und Süden nach Westen. Junge Inder suchen eine neue Zukunft in den arabischen Ländern (etwa dreieinhalb Millionen Inder leben auf der arabischen Halbinsel, wo sie Rimessen in der Höhe von etwa 4 Mrd. USD jährlich generieren); islamische Pilger aus dem Fernen Osten absolvieren die „Hadsch“ - die Pilgerfahrt nach Mekka - und fahren oft mit vielen Zwischenstationen nach Saudi-Arabien, wo sie ihre Netzwerke ausbauen, sich neues Wissen und Erfahrungen aneignen und diese wieder heimbringen; Afrikaner gehen zum Golf von Aden, um dort Arbeit zu finden oder weiter nach Europa zu fahren. Mehr als Güter, Gelder und Menschen verteilt und befördert der Indische Ozean Verschiedenes in verschiedene Richtungen. Daraus ergeben sich verschiedene Interessenslagen.

Geographie der Interessen

Auch europäische Länder haben gute Gründe, sich für das Geschehen im Indischen Ozean zu interessieren. Wie die aktuelle Wirtschaftskrise andeutet, sind die anscheinend resistenteren BRIC⁸⁾-Länder in der Region direkt vertreten. Indien ist der Namensgeber für das Gewässer, das es auch als primäres Interessensgebiet, fast schon als eine innere Angelegenheit, betrachtet, und China braucht die Handelsroute nach Europa, Afrika und zum übrigen Asien. Umgekehrt scheint auch Europa den beiden Ländern immer näher zu sein. Darüber hinaus ist die Sicherung der Seefahrt vor Piraten im Golf von Aden wie auch in der Straße von Malakka automatisch auch der Schutz europäischer Reeder und ihrer Export- und Importwaren.

Für Europa stehen weitere Aspekte seiner politischen Architektur auf dem Spiel. Auch wenn eine EU-Erweiterung im Osten derzeit nicht zur Diskussion steht, hat die Union diverse Interessen am Kaukasus und in Zentralasien, was sie auch mit der Ernennung von speziellen Kommissariaten unterstreicht. Auch wenn jene Regionen geografisch nicht zum indischen Raum gehören, sind ihre Politik sowie ihre Staatssicherheit mit den Vorkommnissen am Indik eng verflochten. Darüber hinaus gehören sie zum Einflussgebiet Indiens, das wiederum eine besondere Partnerschaft mit Europa hat und den zentralasiatischen Ländern besondere Bildungs- und Handelsverträge anbieten will.⁹⁾

Letztlich zeigt sich die NATO ebenfalls als Vertreter der eigenen Sache im Indischen Ozean präsent. Mit einer Mission in Afghanistan ist sie direkt in der Region als militärischer Akteur eingebunden. Darüber hinaus ist sie mit ihrer Beteiligung an den Missionen vor der somalischen Küste auch maritim präsent. Doch das atlantische Bündnis ist mit dem mediterranen Dialog (Israel und Jordanien) und dem Programm „Partnership for Peace“ in Zentralasien ebenfalls als politischer Mitspieler präsent. Dort konkurriert sie direkt mit dem Schanghaier Kooperationsabkommen, SCO, das seinerseits über Sicherheitsmechanismen verfügt und im Indik stark vertreten ist.

Die SCO¹⁰⁾ ist eine subregionale internationale Organisation, der sechs Staaten (China, Kasachstan, Kirgisistan, Russland, Tadschikistan und Usbekistan) angehören. Das Gesamtterritorium der SCO-Staaten macht 61% des eurasischen Territoriums aus. Ihre Bevölkerungszahl beträgt ein Viertel der Menschen auf dem Planeten. Die Ziele des SCO sind die Stärkung des Vertrauens unter den Mitgliedstaaten, die Mitwirkung und Zusammenarbeit auf politischen, wissenschaftlich-technischen, kulturellen, touristischen und ökologischen Gebieten, im Bereich des Handels, der Energie und des Transports und die gemeinsame Gewährleistung und Unterstützung von Frieden und Sicherheit in der Region. Damit ist die SCO sowohl ein politischer wie auch ein militärischer Akteur, zumindest in Zentralasien, aber auch in Osteuropa (Weißrussland) und im Raum des Indischen Ozeans (Indien, Iran, Pakistan, ASEAN und Afghanistan) stellt die SCO eine Bündnisalternative zur EU und v.a. zur NATO dar, zumal es die Zielsetzung beider Organisationen zugleich abdeckt.

Seit der Operation „Atalanta“ gibt es jedoch Zeichen für eine punktuelle Kooperation oder sogar eine Komplementarität dieser drei Organisationen. Im Rahmen der Piratenbekämpfung an der somalischen Küste versucht sich die NATO als multilateraler Partner zu positionieren, indem sie mit diversen Ländern Asiens kooperiert. Besteht gegebenenfalls Raum für weitere Kooperationen? Falls dem so wäre, wie könnten diese doktrinär funktionieren?

Geographie der Konflikte¹¹⁾

„Im Indischen Ozean findet zurzeit ein gigantischer Machtkampf statt. Die Marinen Chinas, Japans, Indiens, der USA, der Europäer, der NATO und der EU marschieren auf, Häfen werden gebaut, Seestreitkräfte aufgerüstet. Erstmals seit dem 16. Jahrhundert beobachten wir einen Niedergang der westlichen Seemacht in dieser Schlüsselregion. Es geht nicht um Seeräuberromantik und Weltpolizei, sondern um die Frage, wer welche Rolle spielen soll, wenn die Amerikaner die Seewege nicht mehr sichern.“¹²⁾

Wenn der deutsche General Bachofner in seiner 2009 abgegebenen Stellungnahme vor deutschen Spitzenpolitikern Recht behalten sollte, ist die Beschäftigung mit der militärischen Dimension oben genannter Konfliktpotenziale für die Zukunft der europäischen Sicherheitsarchitektur wesentlich. In diesem zweiten Schritt sollen die sicherheitspolitischen und militärischen Implikationen der oben dargestellten Spannungsfelder erläutert werden.

Militärstrategischer Überblick

Der Indische Ozean ist weder homogen noch ruhig; nicht nur wegen der Monsunwinde. Der Raum verteilt sich von der ostafrikanischen Küste im Westen bis nach Westaustralien im Osten. Im Norden - sozusagen in der Mitte - liegt Indien, das das Gewässer in zwei Hälften unterteilt: das Arabische Meer und den Golf von Bengalen. Jeder dieser Teile hat zwei notorisch instabile Staaten am nördlichen Rand: Pakistan einerseits und Myanmar andererseits. Westlich von Indien ragt die Arabische Halbinsel ins Meer hinaus und stellt zwei lokale Konkurrenten

praktisch Front an Front: Saudi-Arabien¹³⁾ und Iran. Weiter westlich bildet Afrika den dank Piraterie gefährlichen Abschluss und Übergang nach Europa.

Östlich von Indien liegt ASEAN (Association of South East Asian Nations - das im Übrigen Dialogpartner der SCO ist), der wichtige ostasiatische Freihandelsraum, der Indik mit Pazifik verbindet. Mitglieder sind Länder, die mit dem Westen kooperieren, so Thailand, aber auch solche, die um lokale Vorherrschaft buhlen wie Malaysia oder Indonesien; zuletzt gehören formal kommunistische Länder auch noch dazu, so Burma oder Laos.

China, oft die Metapher für den „Osten“, und Australien, ein „westliches“ Land in der östlichen Halbkugel, gehören ebenso zum weiteren Spektrum des indischen Raumes. Am östlichen Ende des Indischen Ozeans befindet sich Singapur, eines der Länder, die als „Musterstaaten“ gehandelt werden. Die konfuzianische Republik ist zwar keine Demokratie im europäischen Sinn, doch eine der stabilsten Entitäten in der Region und einer der wichtigsten Finanzmarktplätze der Welt. Daneben ist sie einer der größten globalen Häfen. Zuletzt fungiert Singapur als das politisch-ökonomische Vorbild für China. Einen Makel trägt es dennoch, und zwar unfreiwillig: Singapur befindet sich am Eingang der Straße von Malakka, einem der intensivsten Aktionsräume für Hochseepiraten.

Zwischen Osten und Westen ist mehr als nur Wasser. Kleine Inselstaaten wie Sri Lanka, Mauritius und die Seychellen u.a. eignen sich für Zwischenhalte und Hochseehäfen und werden deswegen aktiv von China, Indien, Malaysia und Indonesien mit Exklusivverträgen umworben. Das Exklusive dabei ist, dass dem jeweils anderen Land Zugang zu Häfen und Infrastruktur versperrt werden soll. Doch auch der „Westen“ ist vertreten: Frankreich mit dem Überseedepartment Mayotte, Großbritannien mit der Insel Diego Garcia (wo auch die U.S. Navy einen Stützpunkt unterhält) und Australien schließlich mit etwa vier Inseln oder Gruppen von Inseln dort.

Jeder Staat, v.a. jedoch die zwei großen regionalen Antagonisten, geht seinen Interessen nach. China fokussiert auf Myanmar/Burma, weil das Land reich an Rohstoffen ist, die es exklusiv dem Reich der Mitte anbieten könnte, wenn es nicht auch indische Interessen gäbe. Indien ist der zweite, wenn auch versteckte Förderer der isolationistischen Diktatur. Indien und China suchen den Seeweg nach Westen, um an afrikanische Bodenschätze zu gelangen, wie auch um sich einen besseren Zugang zu den arabischen Ländern zu sichern, doch keiner der beiden Staaten verfügt über einen direkten Korridor. Als Antwort darauf versucht China, sowohl in Pakistan wie auch in einigen Inselstaaten größere Handelshäfen auf- und auszubauen, die leicht in Stützpunkte für seine Marine umgewandelt werden können. Weitere Länder versuchen sich zwar durch multilaterale Diplomatie sowohl an China als auch an Indien anzulehnen, doch letztlich werden sie unter Druck gesetzt, sich für die eine oder andere Seite zu entscheiden.

Indien übt sich in der neu entdeckten Freundschaft mit dem Iran, die sich beispielsweise im Bau von Hafenanlagen von Chah Bahar am Golf von Oman zeigt.

Diese könnten sich leicht in eine Marinebasis erweitern lassen. Indien hat auf seinem Territorium verschiedene Stützpunkte in der Nähe der Straße von Malakka wieder in Betrieb gesetzt, beispielsweise auf den Andamanen oder auf den Nikobaren. Mit etwa 155 Schiffen, der Absicht, drei atomangetriebene Unterseeboote und weitere drei Flugzeugträger bis 2015 zu bauen, ist Indien eine reale Seemacht in „seinem“ Ozean.¹⁴⁾ Doch Indien leidet am „Hormus-Dilemma“, nämlich an der Tatsache, dass etwa 80% seiner Importe wie auch künftige Ausfuhren pakistanische Gewässer passieren müssen.

Und genau hier setzt die chinesische Antwort an, denn Peking sieht in verschiedenen internen Strategiepapieren Neu Delhi bereits als ersten potenziellen maritimen Gegner an. Demzufolge versucht das Land der Mitte an Taiwan gebundene militärische Kapazitäten abzubauen. Die chinesischen Strategen sind der Meinung, dass China lediglich das Potenzial zeigen muss, in einem allfälligen Kriegsfall Taiwan schneller zu besiegen, als US-Truppen mobilisiert werden können. Dieses Signal an sich würde ein mögliches Engagement der USA in einem Kampf um die Insel abschrecken. China will so Kapazitäten seiner Marine freisetzen, um sie vermehrt im Indischen Ozean einzusetzen. Chinas Ziel ist „U.S. Sea Denial“, das heißt, alleine durch die Stärke der Marine sollen die USA davon abgebracht werden, eine Konfrontation zu suchen, idealerweise sollte sich die amerikanische Macht sogar von den an China angrenzenden Meeren zurückziehen. Hier geht es um ein Zweifaches. Zum einen möchte China keine Konfrontation um Taiwan, zum anderen und damit verbunden leitet das Reich der Mitte Kapazitäten um, damit sie gerade für den indischen Raum frei werden.

Peking, das seinerseits unter dem „Malakka-Dilemma“ leidet, versucht einen „Perlenstrang“ im Indischen Ozean zu implementieren. Eine Kette kleinerer Seehäfen - Perlen - soll es der chinesischen Handels- und militärischen Marine erleichtern, sich frei im Indischen Ozean zu bewegen.

In den etwa 125 Kilometer voneinander gelegenen Häfen in Pakistan, Gwadar und Pasni, wird Entwicklungshilfe geleistet: Die Infrastruktur sowohl für eine Handelsmarine wie auch für militärische Zwecke wird aufgebaut, genauso wie die Verbindungsstraße zwischen beiden Standorten. Beide Häfen könnten ebenfalls mit zentralasiatischen Öl- und Gaspipelines verknüpft werden. In Sri Lanka verfügt China über eine Tanklagerstation. Ebenfalls in Chittagong, Bangladesch, hat die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt einen Cargohafen aufgebaut. Weiter möchte sie im Golf von Bengalen „surveillance facilities“ positionieren. Letztlich könnte ein Kanalbau am Isthmus von Kra eine Anbindung südlicher, ländlicher Provinzen, wie Yunnan, an den Indischen Ozean ermöglichen.

Europäische Staaten und Unternehmungen versuchen ebenfalls zwischen allen Akteuren einen Mittelweg zu finden, doch gelingt dies nicht immer. Immer wieder werden sie zugunsten der Interessen gewisser staatskapitalistisch handelnder Nationen instrumentalisiert. Am klarsten zeigt sich dies in der Zuweisung von Handelsrouten, die durch nationale Gewässer führen. China plant den Bau eines Kanals durch Thailand am Isthmus von Kra,¹⁵⁾ um

die Straße von Malakka umschiffen zu können. Einige Reeder haben bereits das mündliche Angebot erhalten, sich entsprechende Routen sichern zu können. Dies wäre umso besser, weil nicht alle im Indischen Ozean vertretenen Interessen und daraus resultierenden Konflikte handelstechnischer oder politischer Natur sind.

Piraterie als Testfall

Die beiden Nadelöhre des Indischen Ozeans haben verschiedene, wenn auch nicht im gewöhnlichen Sinne genuin militärische Herausforderungen anzubieten. Bis etwa 2005 war die Straße von Malakka jener Raum auf der Welt, der am stärksten unter Piraterie litt. Seit 2006 hat sich dieser Schwerpunkt auf den Golf von Aden verlagert, sodass an beiden Enden des Indischen Ozeans Piraten tätig sind. Deutlicher ausgedrückt heißt dies, dass die logistischen Engpässe und politischen Fokuspunkte des Indiks von der Piraterie bedrängt werden.

Seit 2006 wurden im Durchschnitt über 90 Piratenangriffe pro Jahr in der Straße von Malakka verzeichnet; am Horn von Afrika beträgt der Durchschnitt über 130.¹⁶⁾ Bezüglich der Gründe für die Piraterie in diesen Regionen ist bereits vieles erforscht worden. Indem am östlichen Ende die verzwickte Geographie der Inseln sowie interne politische Schwierigkeiten der anliegenden Länder, Guerrillakämpfe, Terrorismus und unklare Hoheitsgrenzen eine ideale Stätte für Piraten darstellen, ist am westlichen Ende die Situation einfacher. Das Machtvakuum in Somalia lässt die Piraterie aufblühen.

Die Ursachen der Seeräuberei vor der Küste Somalias gehen auf den Staatszerfall in diesem ostafrikanischen Land, die anhaltende regionale Instabilität und die fehlenden wirtschaftlichen Perspektiven zurück. Stellte die Piraterie an Somalias Küste lange Zeit ein lokales Problem dar, so hat sie sich seit Anfang 2008 zu einer Herausforderung für die internationale Sicherheit entwickelt.¹⁷⁾ Dies hat nicht nur mit der markanten Erhöhung der Zahl und der Qualität der Angriffe, sondern v.a. auch mit der dramatischen Ausweitung des Aktionsradius der Piraten zu tun, die heute hauptsächlich im Golf von Aden und in den internationalen Gewässern des westlichen Indischen Ozeans operieren. Die Entführung von Handelsschiffen und privaten Booten ist zu einem lukrativen Geschäft geworden. Mehrfach sind Lösegelder in Millionenhöhe bezahlt worden. Schätzungen zufolge halten somalische Piraten derzeit etwa 15 Schiffe mit mehr als 200 Geiseln in ihrer Gewalt.

Der Golf von Aden gehört zu den wichtigsten globalen Transportrouten. Hat die Bedeutung des Seeverkehrs aufgrund der Globalisierung generell stark zugenommen, so können Störungen der Verbindungswege zwischen Europa, der Arabischen Halbinsel und Asien besonders gravierende Auswirkungen auf die Weltwirtschaft und die Versorgung mit Rohstoffen und Energieträgern haben. 20% des Welthandels passieren den Golf von Aden, jährlich durchqueren 25.000 Schiffe die Region. Für die Wirtschaft ist die Piraterie aufgrund von Faktoren wie Zeitverlust und höheren Versicherungsprämien mit erheblichen Zusatzkosten verbunden. Zudem verschärft die Seeräuberei die Situation in Somalia selbst, die vom

UNO-Sicherheitsrat als „eine Bedrohung für den internationalen Frieden“ eingestuft wird.

Auch behindert sie die humanitäre Versorgung Somalias, die für mehr als ein Drittel der Bevölkerung lebenswichtig ist. Das internationale Krisenmanagement zur Bekämpfung der Piraterie hat sich in den letzten Monaten parallel zur Bedrohung weiterentwickelt. Nach einer ersten NATO-Operation zum Schutz der Schiffe des UNO-Welternährungsprogramms im Herbst 2008 hat die EU das Zepter übernommen und am 8. Dezember 2008 die Operation „Atalanta“ zur Abschreckung, Prävention und Bekämpfung seeräuberischer Handlungen lanciert. Auch die USA haben mit der „Combined Task Force 151“ (CTF 151 - ehemals CTF 150) im Januar 2009 einen multinationalen Marineverband gegen die somalischen Piraten formiert. Vor Ort sind zudem weiterhin einzelne NATO-Schiffe sowie zahlreiche Schiffe unter nationalem Kommando, etwa aus Russland, Indien oder China. Als Koordinationsorgan ist eine Kontaktgruppe gegründet worden, der heute gegen 30 Staaten und sechs internationale Organisationen angehören. All diese Einsätze finden auf der Basis der UNO-Seerechtskonvention sowie mehrerer weiterer UNO-Resolutionen statt, in denen die Staaten aufgerufen werden, gegen die Piraterie am Horn von Afrika vorzugehen. An der CTF 151 teilnehmende Länder sind die USA, Türkei, Singapur und Südkorea.

Bei der Operation „Atalanta“ im engeren Sinne handelt es sich um eine Militäroperation im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Im Zentrum dieser ersten EU-Marinemission stehen der Schutz der humanitären Schifflieferungen nach Somalia und die Sicherung des zivilen Schiffsverkehrs. Auch die aktive Bekämpfung von Piraten ist vorgesehen, bleibt aber auf die Hohe See und die somalischen Hoheitsgewässer beschränkt, obwohl eine Verfolgung bis auf das somalische Festland gemäß UNO-Mandat zulässig wäre.

Nach den ersten acht Monaten lässt sich eine positive Zwischenbilanz von „Atalanta“ ziehen. Zwar hat die Zahl der Piratenangriffe trotz wachsender internationaler Präsenz nicht nachhaltig abgenommen. Der Anteil erfolgreicher Attacken ist aber merklich gesunken. Unter der Ägide der EU sind bisher um die 30 Schiffe des Welternährungsprogramms sicher geleitet worden. Gegen 150 Handelsschiffe sind in rund zwei Dutzend Gruppentransits unbeschadet durch den Golf von Aden geführt worden.

Zudem konnten über 50 Piraten den kenianischen Strafverfolgungsbehörden übergeben werden. „Atalanta“ wird in Brüssel als Teilelement einer umfassenden zivil-militärischen Somalia-Strategie der EU verstanden, die in den kommenden Monaten ausgeweitet werden soll. Bereits heute unterstützt die EU den Dschibuti-Friedensprozess für Somalia und die Bemühungen des UNO-Sondergesandten um eine Konfliktlösung. Im April 2009 fand in Brüssel zudem eine Geberkonferenz zur Stärkung der somalischen Sicherheitsinstitutionen und der Friedensmission der Afrikanischen Union statt. Auf französische Initiative hin evaluiert die EU derzeit die Möglichkeit einer zivilen ESVP-Mission im Bereich der Polizeiausbildung. Schließlich ist die EU auch der größte Geldgeber Somalias in der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären

Hilfe. In diesem Sinne scheint es möglich, einiges aus der Operation „Atalanta“ zu lernen, möglicherweise wird sie zum Testfall für ein erweitertes europäisches Engagement im Indischen Ozean. An der ESVP-Mission nehmen folgende Länder teil: Spanien, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien und Schweden.

Darüber hinaus sind weitere internationale Verbände an der somalischen Küste stationiert - freilich ist der Grad der Kooperation sehr unterschiedlich. NATO Mission Allied Protector (Portugal, Niederlande, Kanada, Spanien USA), Combined Task Force 150, Operation Enduring Freedom (Anti-Terror) (Frankreich, Großbritannien, Japan und Saudi-Arabien) sowie unter nationalem Kommando Schiffe aus Italien, Frankreich, den USA, dem Iran, Indien, China, Malaysia, Japan, Saudi-Arabien und Russland.¹⁸⁾

Geographie der (militärischen) Lösungen¹⁹⁾

Kaplan bringt einige der momentanen Trends im Indischen Ozean einfach auf den Punkt: „Die Piraterie hat das Potential, Antagonisten zu vereinen.“²⁰⁾ Die Abordnung zur Sicherung der Schiffe vor der somalischen Küste hat militärischen und ökonomischen Charakter zugleich. Hier geht es weniger um eine allfällige Überwachung Somalias, was sich bereits unter dem UNO-Mandat als illusorisch erwies. Eher geht es um die Schaffung von Voraussetzungen, die es den Reedern und Logistikern erlauben, ihrem Handel frei nachzugehen. Schiffe unter der Flagge von Ländern, die nicht an der Operation beteiligt sind, werden nicht mit erster Priorität geschützt. Es handelt sich jedoch um mehr: Es geht um das Zeichen, das verschiedene Länder setzen, bereit zu sein, im Verbund Sicherheit herzustellen.

Die Vorbehalte der „EU NAVFOR Somalia/Operation Atalanta“ gegenüber sind groß. Zum einen adressieren sie rechtliche Fragen. Doch das scheint gelöst: Für die Bekämpfung der Piraterie, auch innerhalb der Territorialgewässer Somalias, sind die völkerrechtlichen Grundlagen des Einsatzes die Resolutionen des Sicherheitsrats 1814 (2008), 1816 (2008) sowie die Resolution 1838 (2008) und 1846 (2008) gegeben. Zum anderen beziehen sich die Bedenken auf die Ausgaben von etwa 200 Mio. EUR im Verhältnis zum Nutzen: Ultima ratio besteht dieser im Schutz von einigen Schiffen unter der Flagge der beteiligten Nationen.

Doch das ist eine strategisch unzulässige Simplifizierung der gesamten Situation, insbesondere des daraus resultierenden Nutzens. Was auch immer sich vor der somalischen Küste und im Golf von Aden abspielt, es ist nun zu einem Test für verschiedene militärische Formationen, für die EU und für die NATO selbst geworden. U.a. wird dort eine strategische Neuerung erprobt. Die Schiffe und Truppen, die in der Operation „Atalanta“ eingesetzt sind, kooperieren mit der CTF 151, die wiederum Kräfte aus Singapur, den USA, China, Pakistan u.a. vereinigt und weiteren Ad-hoc-Bündnissen.

Die Tatsache, dass es zu einer Kooperation auf sehr weiter Basis gekommen ist, kann nicht genug betont werden. Denn im Lichte der vorherigen Ausführungen tendieren Allianzen im indischen Raum dazu, un stetig

zu sein. Da die Verbindung mit einem Staat von den anderen Ländern der Region automatisch als gegen sie gemünzt ausgelegt wird, können Bündnisse langfristiger sogar gefährdend sein. Diese Besonderheit, die im Lichte des ökonomischen Schachbretts am Indischen Ozean von der Einzelperspektive der dortigen Akteure durchaus vernünftig sein kann, konnte mit dem Konzept einer flexiblen Mission aufgefangen werden. Die gleiche Idee flexibler Bündnisse könnte gleichsam für die weitere sicherheitspolitische Architektur des Indischen Ozeans wegweisend sein.

Die Elemente der Pirateriebekämpfung in der somalischen Küste (Stand Juni 2009):

EU-Mission Atalanta

Spanien: Fregatte Numancia (Flaggschiff und Force Headquarters), Tanker Marques de la Ensenada, Seefernaufklärer Orion P-3A

Deutschland: Fregatte Rheinland-Pfalz, Fregatte Emden, Einsatzgruppenversorger Berlin, Seefernaufklärer Orion P-3C

Frankreich: Fregatte Nivose, Aviso Cdt. Bouan, Patrouillenboot Albatros, Seefernaufklärer Breguet-Atlantique (zur Hälfte für Atalanta und CTF150)

Griechenland: Fregatte Nikiforos Fokas

Italien: Fregatte Maestrone

Schweden: Korvetten Stockholm, Malmö und Versorger Trossö

NATO-Mission Allied Protector (aus SNMG1)

Portugal: Fregatte Corte Real (Flaggschiff)

Kanada: Fregatte Winnipeg

Niederlande: Fregatte De Zeven Provinciën

Spanien: Fregatte Blas de Lezo

assoziiert, unter nationalem Kommando: **USA:** Fregatte Halyburton

Combined Task Force 150 (Operation Enduring Freedom, Anti-Terror)

Frankreich: Führungsschiff Marne

Großbritannien: Fregatte Portland

unter nationalem Kommando - attachiert zu CTF 150:

Saudi-Arabien: Fregatte Riyadh

Japan: Zerstörer Akebono, Tanker Tokiwa

Combined Task Force 151 - Anti-Piraterie

USA: Kreuzer Gettysburg (Flaggschiff, aber Commander Task Force ist ein türkischer Admiral)

Türkei: Fregatte Giresun

Singapur: Mehrzwecklandungsschiff Persistence

assoziiert: **Südkorea:** Zerstörer Munmu der Große

Unter nationalem Kommando

USA: Kreuzer Lake Champlain, Mehrzwecklandungsschiff Comstock, Transporter Lewis and Clark, Tanker Walter S. Diehl

Indien: Fregatte Brahmaputra, Fregatte Talvar, Landungsschiff Magar

China: Zerstörer Shenzhen, Fregatte Huangshan, Versorger Weishanhu

Malaysia: Landungsschiff Sri Inderapura

Japan: Zerstörer Sazanami und Samidare

Russland: Zerstörer Admiral Panteleyev, Tanker Irkut, Tanker Izhora, Schlepper MB-37

Iran: Fregatte Alborz, Tanker Bushehr

Ferner noch je ein Schiff aus **Frankreich** und **Italien**

In einem solchen durchlässigen System würde auf blockähnliche Allianzen verzichtet werden, um kombinierte „Task Forces“ in einzelnen Operationen zusammenzustellen. Diese würden ein gemeinsames Ziel verfolgen und nach dem Erreichen dieses gemeinsamen Ziels aufgelöst werden. Damit könnten politische und militärische Interessen gleichermaßen auch von potenziellen Antagonisten verfolgt werden, ohne dass eine Bündnisverpflichtung aufkäme - v.a. aber, ohne dass verschiedene konkurrierende Entitäten gegründet werden müssten. Darin öffnen sich auch Chancen für die NATO und EU. Die Kernidee ist, eine momentane Notwendigkeit - beispielsweise staatliche und ökonomische Interessen - als einigendes Moment für militärische Operationen zu gebrauchen. Dabei würde auf einen ideologischen Überbau und entsprechend auf eine ideologische Rechtfertigung verzichtet, um ein Maximum an Effektivität, zeitlichem Reaktionsvermögen und Effizienz zu gewinnen.

Die NATO und ihre Mitglieder sind an einer Operation - „Atalanta“ - beteiligt, in der sie direkt mit SCOLändern wie China, aber auch und gleichzeitig mit Indien kooperieren müssen. Die Kooperation kann u.a. auch dazu genutzt werden zu zeigen, dass beide Organisationen nicht gegeneinander arbeiten, sondern aufgabenorientiert komplementär wirken können. Dies könnte v.a. im Hinblick auf eine mögliche Zusammenarbeit im Osten des Indischen Ozeans interessant sein. Das heißt, die Operation „Atalanta“ kann als Testlauf für weitere, ähnliche Einsätze dienen.

Falls China einen Kanal am Isthmus von Kra baut, hat sich die Dubai Port World bereit erklärt, ihre Aktivitäten an der Straße von Malakka zu bündeln und die Region zu einem weltweiten Hub maritimen Handelns auszubauen.²¹⁾ Die Unternehmung aus Dubai betreibt über 50 Handelshäfen weltweit, darunter Antwerpen, „London Gateway“, Constanta, Busan, Jeddah, weitere acht Häfen in China und neun in Indien. Falls die Kanalpläne verwirklicht werden, ist es wahrscheinlich, dass internationale Hilfe im Rahmen des Schutzes der dort verkehrenden Schiffe angefordert wird. Falls die Operation „Atalanta“ im Zusammenhang mit der CTF 151 erfolgreich wird, wäre sie ein Modell, das man im Osten kopieren könnte.

Es wäre weiter zu beachten, dass sich die Verbindung vom Chinesischen Meer zum Indischen Ozean zu einem „Fulda Gap“ für die Piraterie entwickeln könnte. Zum einen handelt es sich um eine große Region; zum anderen um einen der am wenigsten bewachten Teile des Indiks. Die entsprechenden Hoheitsgewässer von Vietnam, Kambodscha, Malaysia, Indonesien, Singapur u.a. können nicht von den Marinen dieser Staaten ausreichend geschützt werden. Die Gründe dafür sind vielfältig. Zum einen gibt es noch einen offenen Streit um die Hoheitsgrenzen, zum anderen haben diese Nachbarn nicht immer Interesse daran zu kooperieren, da ihre staatspolitischen und militärstrategischen Überlegungen stark divergieren. Zum dritten haben sie - mit Ausnahme Singapurs - kaum die Mittel, um ihre weite Küste zu bewachen. Das alles gibt den Piraten eine freiere Umgangsweise in ihren Aktionen. Zudem ist Seeräuberei gewissermaßen historisch vorhanden, was sie zu einem akzeptierten

Phänomen macht. Mehr noch: Für viele ist sie die einzige Möglichkeit, ein Überleben sicherzustellen. Piraten würden sicher die auf den Wegen von Kra schiffenden Transporter bevorzugt überfallen.

In diesem Zusammenhang ist eine internationale Truppe nicht nur wegen ihrer Mittel, sondern auch wegen einer potenziellen Mittlerfunktion interessant. Sie könnte als Brücke zur Bündelung der lokalen und internationalen Interessen an der Sicherheit dieser Wege fungieren. In diesem Zusammenhang könnte auch die EU daran interessiert sein, ihre Einflussosphäre zu wahren oder zu vergrößern. Wie eingangs dargestellt, liegen die resistenteren aufstrebenden Ökonomien am Indischen Ozean, der wiederum seit kürzerer Zeit im strategischen Fokus Europas liegt. Die Union könnte sich als Alternative zu den offen rivalisierenden „Großmächten“ China und Indien profilieren. Als solche bekäme sie den Status eines „honest broker“ und damit einen unmittelbareren Einfluss, was wiederum im Sinne der politischen, ökonomischen und der Sicherheitsstrategie wäre.

Geographie der Zukunft?

Bereits im „Marine Corps Vision and Strategy 2025“ der US-Spezialeinheiten werden die Erfüllung seepolizeilicher Funktionen und die Überwachung von Handelsräumen als mögliches Einsatzfeld für die Truppe behandelt; freilich aus US-amerikanischer Perspektive. Doch die US-Seekräfte können durchaus etwas erkannt haben. Da die USA keine territorialen Ansprüche in Asien haben und sich damit abzufinden scheinen, nicht mehr als einzige Supermacht zu gelten, können sie ihre Seepräsenz im Indischen Ozean besser als „honest broker“ vermarkten beziehungsweise sich darum bemühen, zu einem solchen zu werden. Gleichzeitig kann Washington einige seiner Interessen an andere, alliierte Länder delegieren, oder, wie Kaplan sagt: „*What better way to scale back than to give more responsibilities to like-minded states, especially allies that, unlike those in Europe, still cherish military power?*“²²⁾

Andererseits stellt sich die Frage, ob dies bereits nicht zu viel ist. Selbst in einem multimodalen System von „Plug and Play“-Operationen - alle Interessenten kommen für jeweils eine Operation zusammen und verlassen das Kommando, sobald ihre Ziele erfüllt sind - werden mindestens einige Akteure Anspruch auf Führerschaft erheben. China, Indien und die USA oder die SCO und die NATO scheinen dafür prädestiniert zu sein. Können hier nicht Interessenkonflikte aufgebauscht werden?

Interessenkonflikte können und werden in allen Organisationen ausgetragen, inklusive militärischen Operationen, sei es in einer ISAF oder in einer KFOR. Der Anspruch an eine Seemission, die wirtschaftliche Güterbewegungen überwacht, konfliktlos zu funktionieren, ist zu hoch. Andererseits lassen sich Konflikte dann minimieren, wenn sie jenseits von Ideologie angesprochen werden können. Jedes Land könnte seine Mittel einfließen lassen, wie es individuell opportun erscheint, ohne sich zu einem Block zusammenzuschließen oder Teil einer Allianz zu sein.

Um auf das vorher potenziell als Modell erkannte „Atalanta“ zu referenzieren, ist zu bemerken, dass bisher sämtliche Führungsansprüche und sich daraus ergebende Interessenkonflikte pragmatisch gelöst werden konnten. Das kann u.a. darauf zurückgeführt werden, dass die Ausrichtung der Mission eine kurzfristig-pragmatische ist und der Erfolg in der einzelnen Aktion wichtiger scheint als die langfristige oder ideologische Behauptung eines Anspruchs. Ähnlich könnten allfällige Interessenkonflikte im Osten des Indiks gelöst werden.

Es wäre ebenso falsch zu glauben, dass militärische Missionen solcher Art „Frieden“ oder „Stabilisierung“ mit sich brächten, denn sie sind lediglich ein Instrument der Sicherheitsstrategie und sie konzentrieren sich auf polizeiliche Aufgaben. Konkreter, es ginge eher um den Schutz bestimmter Objekte oder Räume und weniger um die aktive Verfolgung von Piraten, Händlern mit illegalen Gütern/Schmugglern, Terroristen, etc. Dafür wäre eine umfassende sicherheitspolitische Ausrichtung aller Länder der Region und der anderen Anspruchsgruppen notwendig - doch gerade das scheint schwer zu erreichen.

Die hier dargestellten Optionen von „Plug and Play“-Operationen betreffen nur den Schutz handelspolitischer Interessen und damit verbunden - gleichwohl nur als Ableitung - die Wahrung von Einflussphären. Mehr zu erwarten würde eine Überstrapazierung dieses Kooperationsmodell bedeuten, und würde v.a. im Kontext der diversen Interessenslagen im Indischen Ozean unrealistisch erscheinen. Alles in allem ist es wieder ein Fall von einer Sicherheitspolitik in Form einer Erfüllung von polizeilichen Aufgaben zugunsten der Handelspolitik. Doch wiederum alles in allem ist dies ein bedeutender Schritt in der Kooperation sowie in der Sicherung verschiedener Interessen im indischen Raum.

Geographie für Österreich?

Der bisherige Inhalt dieses Artikels ist bereits eine Auslegeordnung und als solche eine Zusammenfassung - eine komplexe zwar, doch eine, die die Hauptvektoren, die am Indischen Ozean wirken, wiederzugeben versucht. Der Indik ist ein dynamisches, multipolares System, in dem politische Strategie, nicht selten Territorialansprüche, Handelsinteressen und militärstrategische Überlegungen im potenziellen Konflikt zueinander stehen. Oft bewegen sie sich in einem zwielfichtigen Bereich zwischen Legalität und Schattenwelt. Statt eines endlichen Resümeees könnte durchaus die Frage in den Raum gestellt werden, welche Konsequenzen dies alles für Österreich hat.

Neben den kommerziellen Interessen verschiedener Unternehmungen, beispielsweise in Zentralasien, Indien und Ostafrika, könnte Österreich sich weiterhin international so engagieren wie bisher. Die Republik könnte die Politik der Guten Dienste um die militärstrategische Komponente ausbauen. In diesem Sinne könnte das Land sowohl kommerzielle Verbindungen im Indischen Ozean sowie politische Einflussgebiete in Zentral- und Ostasien unterstützen. Die militärische Komponente

bezüge sich eher auf die Zurverfügungstellung von Expertise (beispielsweise im Nachrichtendienst, in den Hygiene- und ABC-Diensten und in der Führungsunterstützung) oder von logistischen Kapazitäten.

Viel wichtiger jedoch als der lokale Bezug allfälliger Beteiligungen am Indischen Ozean ist das weltweite Signal, das gesendet würde. Es wäre ein Zeichen im Sinne des internationalen Engagements. Selbstverständlich ließe sich dieses Engagement honorieren, beispielsweise in den Verhandlungen mit anderen Staaten, die ebenfalls Interessen an der Region haben (USA, Deutschland), oder im Auftreten und gelegentlichem Gerangel mit internationalen Organisationen.

Der Indische Ozean muss nicht immer im Mittelpunkt der österreichischen Weltsicht stehen, doch es läge im Interesse der Republik, sich selbst als fokaler Bezug der eigenen Politik zu sehen. Mit der wachsenden geostrategischen Bedeutung des indischen Raums wächst der Einfluss jener, die sich an der politisch-militärischen Architektur der Region beteiligen. Wenn Österreich die richtige Schlussfolgerung zieht, kann auch Wien seiner Bedeutung nachkommen. ■

ANMERKUNGEN:

- 1) Christopher Pearson: *The Indian Ocean*, London 2003.
- 2) Diesen und folgende Nachweise aus Christopher Bayly und Tim Harper, *Forgotten Wars: The End of Britain's Asian Empire*, London 2007.
- 3) Indik wird im Folgenden - parallel zu Pazifik und Pazifischer Ozean - als Begriff für den Indischen Ozean benützt.
- 4) Siehe: *Pathfinders: A Global History of Exploration*, New York 2006.
- 5) Diese und die weiteren Statistiken nach der UN COMTRADE Datenbank, United Nations Publication Board (Aktualisierungen in Echtzeit).
- 6) Zwei diesbezügliche Analysen finden sich in: Derek Scissors: *Deng Undone, The Costs of Halting Market Reform in China*; und in Ian Bremmer: *State Capitalism Comes of Age*. Beide in: *Foreign Affairs*, Volume 88/3 Mai/Juni 2009.
- 7) Auskunft der Wirtschaftskammer Österreich in einer Tagung zum Thema „Wirtschaft in Westafrika“ im Januar 2009.
- 8) Brasilien, Indien, Russland und China.
- 9) Im Übrigen begrenzt sich diese Perspektive nicht nur auf die Europäische Union, sondern sie gelte auch für die europäische, aber neutrale Schweiz. Dieses Land hätte große Chancen, weil es über Ressourcen verfügt, die die EU nicht mobilisieren kann, so beispielsweise einen engeren Kontakt mit China und Zentralasien; aber auch mit Sri Lanka und Westafrika, beispielsweise. Die Gründe für ein Schweizer Interesse gehen über die wenigen Reeder, die die Region bedienen, hinaus. Es geht v.a. um die Rolle, die sein drittgrößter Handelspartner, China, dort spielt. So positiv die intensiven Beziehungen zwischen der Schweiz und dem Reich der Mitte sind, werden sie in der Region eo ipso als gegen Indien gemünzt interpretiert. Eine stärkere Ausrichtung der Schweiz auf andere Länder des indischen Raumes könnte einerseits ein positiveres Bild des Landes abgeben und andererseits die Annäherung an Indien - wie sie handelspolitisch seit Längerem gewünscht wird - begleiten. Es ginge auch darum, zu sehen, wie vernetzt der Indische Ozean und Zentralasien sind. Die Regionen in der Mitte Asiens sind nicht nur für die EU interessant, gewissermaßen gehören sie ebenfalls zur Schweiz. Aserbaidschan, Kirgisistan, Usbekistan, Tadschikistan und Kasachstan sind in der schweizerischen Stimmgruppe der Weltbank (die noch Polen und Serbien umfasst). Bisher benützte die Schweiz ihren Einfluss als Gruppenleader zu wenig, doch sollte sie entsprechende Interessen entwickeln, könnte sie diese - auch zugunsten Europas und Österreichs, das mit dem OMV und der Ersten Bank massive Interessen an der Region hat - ausbauen. In diesem Falle wäre auf die Verknüpfungen mit dem Indischen Ozean zu achten. Iran, Pakistan und

Afghanistan bestimmen politische und ökonomische Verhältnisse in Zentralasien, so wie China, Korea, Indien und Indonesien ebenfalls zu den großen Mitspielern gehören.

10) Alyson J. K. Bailes, Pál Dunay, Pan Guang, Mikhail Troitskiy: The Shanghai Cooperation Organization, SIPRI Policy Paper No. 17, Mai 2007.

11) Siehe auch Peter Lehr: Region Indischer Ozean - Illusion oder Realität? Heidelberg 2004.

12) Div. a. D. Dr. Hans Bachofner, ehem. Stabschef für Operative Schulung: Hearings zum Sicherheitspolitischen Bericht 2009, Transkription der Stellungnahme vom 3. April 2009.

13) Für eine sehr gute Übersicht zu diesem Spannungsverhältnis sowie zur Rolle der USA darin siehe: David Ottaway: The King and Us, US-Saudi relations in the Wake of 9/11, Foreign Affairs, Volume 88/3, Mai/Juni 2009, S.121-131.

14) Robert Kaplan: Center Stage for the Twenty-first Century, Foreign Affairs, Volume 88/2, März/April 2009, S.21.

15) Die Bedeutung eines solchen wäre durchaus mit der strategischen Dimension der Kanäle von Panama oder Suez vergleichbar. Siehe: Raja Mohan: Sino-Indian Rivalry in the Western Indian Ocean, ISAS Insights No. 52 - Date: 24 February 2009.

16) Catherine Zara Raymond: Piracy in Southeast Asia: New Trends, Issues and Responses, Harvard Asia Quarterly, Volume IX, No. 4, Fall 2008.

17) Daniel Möckli: Operation Atalanta: Piraterie und Schweizer Sicherheitspolitik: CSS Analysen zur Sicherheitspolitik, Nr. 55, Juni 2009.

18) Ebd.

19) Siehe: Robert Kaplan: Center Stage for the Twenty-first Century, Foreign Affairs, Volume 88/2, März/April 2009.

20) Ebenda, S.29.

21) David Soysa: Thai Kra Canal, The Island, Ausgabe vom 18.5.2009, S.12.

22) Kaplan, a.a.O., S.27.



Dr. Henrique Schneider

Geb. 1977; Fachoffizier (OF-3); 1997-2004 Studium der Philosophie und Wirtschaftswissenschaften Hagen, St. Gallen, Konstanz und Boston; 2002-2006 Dozent für Volkswirtschaftslehre an diversen (Fach-Hoch)-Schulen in der Schweiz, den USA und China; seit Mitte 2006 als Ökonom in Österreich, Schweiz und China tätig; 2007; 2009 Militärische Auslandsverwendung; Publikationen und Forschungsobjekte: China (allzweimonatliche Artikel, die in China veröffentlicht werden), Sicherheitspolitik, Interkulturelles Management.

Südsudan und die Folgen

Martin Pabst

Während des Kalten Krieges hatte kein Sezessionsversuch in Subsahara-Afrika Erfolg. Doch seit 20 Jahren muss sich die internationale Gemeinschaft dort mit Abspaltungen beschäftigen. 1991 erklärte sich Somaliland für unabhängig von Somalia und ist heute ein De-facto-Staat, der auf diplomatische Anerkennung hofft. 1993 spaltete sich Eritrea nach einer von der UNO beobachteten Abstimmung von Äthiopien ab. Nun ist auch der flächenmäßig größte Staat Afrikas, Sudan, von einer Sezession betroffen. Ein international anerkanntes Plebiszit unter den Südsudanesen vom 9.-15. Januar 2011 erbrachte eine überwältigende Mehrheit von 98,8% für einen eigenen Staat.

Dieser Aufsatz analysiert die allgemeinen Rahmenbedingungen für Sezessionen, skizziert die Entwicklung der letzten Jahrzehnte in Subsahara-Afrika, beschreibt gegenwärtige Abspaltungsbestrebungen und untersucht, ob und inwieweit der Präzedenzfall Südsudan weitere Sezessionen ermutigen wird.

Rahmenbedingungen von Sezessionen

Sezessionsbestrebungen suchen den Anschluss an einen Nachbarstaat oder die Gründung eines neuen Staates durchzusetzen. Durch eine Reihe von Faktoren werden sie begünstigt:

- besondere ethnische, kulturelle und/oder sprachliche Identität der Bevölkerung in einem Gebiet,
- Anknüpfungspunkte an historische Formen von Staatlichkeit,
- von externen Akteuren festgelegte Grenzen,
- Marginalisierung eines Gebiets/einer Bevölkerungsgruppe,
- Entrechtung eines Gebiets/einer Bevölkerungsgruppe,
- unzureichende Kontrolle peripherer Gebiete durch den Zentralstaat,
- günstige geographische Bedingungen,
- externe Sympathie und Unterstützung (z.B. durch einen Nachbarstaat, durch sonstige Staaten oder durch die Diaspora).

Der Prozess der Globalisierung fördert Sezessionen, indem er die Handlungsmöglichkeiten von Staaten schwächt. Damit reduziert sich auch die Loyalität der Bürger gegenüber dem Staat. Substaatliche Akteure haben erweiterte Handlungsspielräume, können vermehrte internationale Unterstützung einwerben und sich mit Hilfe moderner Kommunikationssysteme weltweit vernetzen. Gleichzeitig bleibt die Gründung eines Staates ein attraktives politisches Ziel - damit verbunden sind ökonomische Vorteile und Status. Verlierer der Globalisierung neigen in besonderem Maß dazu, separatistische Bestrebungen zu unterstützen.¹⁾

Staaten bekämpfen Sezessionen, da die Wahrung der territorialen Integrität zu den klassischen Staatszielen gehört.²⁾ Die Abspaltung eines Gebiets führt zum Verlust von Einwohnern und Ressourcen, mindert damit das internationale Gewicht eines Staates, signalisiert nach außen politische Schwäche und kann den vollständigen Zerfall des Staates auslösen.

Staaten suchen Sezessionen nicht nur auf dem eigenen Territorium zu verhindern, sondern auch bei anderen Staaten, da sie eine Störung des internationalen Gleichgewichts und eine Neuausrichtung ihrer auswärtigen Beziehungen vermeiden wollen. Außerdem herrscht die Befürchtung vor, dass Separatismus eine Vielzahl ressourcenarmer Kleinstaaten hervorbringt, die nicht lebensfähig sind.

Wenn Sezessionen nicht zu verhindern sind, sucht die Staatenwelt sie als Dekolonisationsfälle zu betrachten.³⁾ Den Teilrepubliken der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien und der Sowjetunion wurde es gestattet, die staatliche Souveränität zu proklamieren - nicht zuletzt auch deshalb, weil sich die jeweiligen Bundesstaaten auflösten. Grenzveränderungen bzw. eine weitere territoriale Desintegration dieser Teilrepubliken entlang ethnischer Linien wurden aber strikt abgelehnt. So untersagt es der 1995 abgeschlossene Friedensvertrag von Dayton den Bevölkerungsgruppen Bosnien-Herzegowinas explizit, die Sezession anzustreben. Auch die einseitige Unabhängigkeitserklärung Tschetscheniens im Jahr 1991 stieß international auf Ablehnung.

Erst die Anerkennung des Kosovo, das 2008 ebenfalls einseitig seine Unabhängigkeit erklärt hatte, durchbrach dieses Prinzip. Inzwischen haben 75 von 192 UNO-Mitgliedstaaten diplomatische Beziehungen mit dem Kosovo aufgenommen (Stand 15.2.2011).⁴⁾ Wie im Fall Südsudan ist die internationale Staatenwelt auch im Fall Kosovo bemüht, „Singularität“ zu postulieren und Folgewirkungen für andere Konflikte zu bestreiten.

Eine Sezession kann auf friedlichem Weg oder mit gewaltsamen Mitteln betrieben werden. Wie die Beispiele Eritrea und Südsudan verdeutlichen, steigt der Rückhalt für Sezessionsbewegungen in der Bevölkerung nach langjährigen Bürgerkriegen. Bei einer Abspaltung wird die Unterstützung in der Regel durch ein Plebiszit nachgewiesen, das entweder von der Sezessionsbewegung, vom Altstaat oder von einer neutralen Instanz organisiert wird. Die Rahmenbedingungen eines solchen Plebiszits (Kriterien der Stimmberechtigung, Formulierung der Abstimmungsfrage, Höhe des Quorums und der erforderlichen Mehrheit) sind diffizil und häufig unter den Konfliktparteien umstritten.

Völkerrechtlich steht das Sezessionsrecht heute im Spannungsfeld zwischen der Souveränität der Staaten und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, das mit

den 1966 beschlossenen und 1977 in Kraft getretenen UNO-Menschenrechtspakten zum bindenden Recht geworden ist. Ein allgemeines Recht auf Sezession schloss freilich die „Prinzipienerklärung“ der UNO-Generalversammlung vom 24.10.1970 aus. Lange vertraten Völkerrechtler die Ansicht, dass Selbstbestimmung zunächst innerhalb eines bestehenden Staates gesucht werden müsse (z.B. mittels Minderheitenrechten, Dezentralisierung oder Föderalisierung). Ein Recht auf Sezession könne nur als Ultima Ratio in eng begrenzten Ausnahmefällen anerkannt werden, beispielsweise bei langjährigen, schweren Menschenrechtsverletzungen durch die Zentralregierung. In letzter Zeit scheint diese restriktive Auslegung aufzuweichen.⁵⁾ In diesem Zusammenhang sei auch auf das Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag vom 22.7.2010 verwiesen, das in der einseitigen Unabhängigkeitserklärung des Kosovo von 2008 keinen Verstoß gegen das Völkerrecht erkannte.

Unproblematisch ist eine völkerrechtliche Anerkennung, wenn der Altstaat der Sezession zustimmt. Nur wenige Staaten wie Äthiopien gestehen in ihrer Verfassung aber ein Sezessionsrecht zu. In manchen Staaten sind Abspaltungen, wie z.B. im Fall der Volksrepublik China, durch Gesetze oder Verfassungsartikel gar explizit verboten. Wenn der Altstaat nicht zustimmt, sind für eine völkerrechtliche Gültigkeit bestimmte Voraussetzungen notwendig. So müssen nach klassischer Auffassung die drei Merkmale von Staatlichkeit (Staatsgebiet, Staatsvolk, Staatsgewalt) erfüllt sein und zusätzlich die diplomatische Anerkennung durch eine Mehrheit der Staaten und internationale Organisationen vorliegen. Auch in dieser Frage ist das Völkerrecht im Wandel: Heute wird überwiegend die Auffassung vertreten, dass die Merkmale von Staatlichkeit ausreichend sind. Nur wenn hier Defizite bestehen, kommt der diplomatischen Anerkennung durch Staaten eine konstitutive Wirkung zu.⁶⁾

Durch eine Sezession entstehen im Altstaat und im Neustaat bzw. Anschlussstaat Minderheiten (z.B. Serben im Kosovo und Kosovo-Albaner in Serbien). Nicht selten sind diese Minderheiten die Verlierer der Trennung. Günstigstenfalls werden Schutzrechte für sie ausgehandelt. Ansonsten sind sie in Gefahr, diskriminiert, vertrieben oder gar Opfer von Pogromen zu werden.

Die Rahmenbedingungen einer Sezession (Grenzziehung, internationale Verträge, Aufteilung von staatlichen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten usw.) müssen bei einer Sezession sorgsam ausgehandelt werden. Andernfalls steht, wie 1998 im Fall von Äthiopien und Eritrea, der nächste Krieg vor der Tür.

Sezessionen können Konflikte entschärfen oder lösen, sie können aber auch neue Konflikte hervorrufen. Als Allheilmittel zur Konfliktlösung taugen sie nicht. Ob sie zu mehr oder weniger Gerechtigkeit, zu mehr oder weniger Stabilität führen, ist abhängig von den jeweiligen Bedingungen. Betroffene mögen dies zudem anders sehen als externe Beobachter. Die Folgen einer Sezession sind offen.

Zweifellos liegen in Subsahara-Afrika sezessionsfördernde Rahmenbedingungen vor. Bei der Entlassung

in die Unabhängigkeit wurden die früheren Kolonialgrenzen aus pragmatischen Gründen beibehalten. In der Regel waren sie ohne Rücksicht auf die Einheimischen zwischen den europäischen Mächten vereinbart worden. Häufig zerschneiden afrikanische Grenzen gewachsene historische Räume bzw. Ethnien. Handel und Migration werden dadurch erschwert, mitunter sogar verhindert. Halten Bewohner von Grenzregionen an traditionellen Verhaltensmustern fest, werden sie als Schmuggler oder Grenzverletzer kriminalisiert.

Vielvölkerstaaten sind in Subsahara-Afrika die Regel. Eine Abgabe von Macht an Regionen mittels föderaler Ordnungen erfolgt nur in wenigen Staaten, wie z.B. in Nigeria. Der Regelfall sind zentralistische Systeme, häufig verknüpft mit autoritären Elementen. Auch stützen sich in vielen Staaten die herrschenden Eliten auf bestimmte Bevölkerungsgruppen. Damit gehen häufig Benachteiligung, Marginalisierung oder gar Unterdrückung regierungsferner Regionen und Ethnien einher.

Lange, nur ungenügend kontrollierbare Außengrenzen sind in Subsahara-Afrika die Regel. Sezessionsbewegungen können dadurch Kontakte mit Verwandten in Nachbarländern herstellen bzw. dort rückwärtige Stützpunkte für Guerillabewegungen anlegen. Auch pflegen viele afrikanische Regierungen in internationalen Beziehungen ein „Nullsummenspiel“ zu sehen. Sie unterstützen Rebellen und Sezessionsbewegungen in Nachbarländern, um aus der Schwäche des Anrainers Vorteile zu ziehen.

Doch konstatiert Christopher S. Clapham ein „afrikanisches Paradox“: Der Kontinent verfüge einerseits über besonders günstige Rahmenbedingungen für Sezessionen, andererseits über die stabilsten Grenzen. Im Gegensatz zu anderen Weltregionen habe es hier in den letzten 50 Jahren kaum Grenzveränderungen gegeben.⁷⁾ Pierre Englebert verweist darauf, dass das Projekt „Minorities at Risk“ nicht weniger als 97 Minderheiten in Afrika als bedroht identifiziert habe. Davon hätten im Zeitraum 1990-2003 ca. 35% zu nichtseparatistischer Gewalt gegriffen, nur 9% zu separatistischer Gewalt.⁸⁾ Der Anteil von Sezessionskonflikten an der Gesamtzahl von Konflikten (1960-2000) betrage in Europa 84%, in Asien 47%, in Nordafrika und dem Nahen Osten 44%, in Subsahara-Afrika 29% und in Lateinamerika 0%.⁹⁾

Welche Faktoren erschweren Separatismus in Subsahara-Afrika? An erster Stelle ist wohl die geringe Aussicht auf Erfolg mangels externer Unterstützung zu nennen. Die 1963 gegründete Organisation Afrikanischer Einheit (OAE) proklamierte 1964 in Kairo die Unverletzlichkeit der früheren Kolonialgrenzen und hielt an diesem Prinzip jahrzehntelang kompromisslos fest. In den 1960er-Jahren wollten die afrikanischen Führer eine Destabilisierung der jungen, ungefestigten Staaten verhindern. Außerdem fürchteten sie vor dem Hintergrund der von der früheren Kolonialmacht Belgien unterstützten Abspaltungsversuche von Katanga und Süd-Kasai neokoloniale Machenschaften. Die 2002 gegründete Nachfolgeorganisation Afrikanische Union übernahm den Grundsatz sogar in ihre Gründungsakte: Gemäß Artikel 4(b) sind alle Mitglieder verpflichtet, die Grenzen, wie sie zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit bestanden, zu

respektieren. Auch die ehemaligen Kolonialmächte und die Supermächte unterstützten jahrzehntelang das Prinzip der Unverletzlichkeit afrikanischer Grenzen. Den Status Quo zogen sie einer unkontrollierten Desintegration des afrikanischen Staatensystems vor. Eher organisierten sie in der Hauptstadt einen Staatsstreich oder Putsch bzw. setzten eine Regierung mit der Unterstützung von nationalen Widerstandsbewegungen unter Druck, als dass sie die Abspaltung eines Gebiets betrieben.

Entwicklungskooperation vollzog sich lange Zeit vorwiegend auf staatlicher Ebene. Angesichts der afrikanischen Abhängigkeit von Hilfgeldern war es für benachteiligte Bevölkerungsgruppen erfolversprechender, die bestehenden staatlichen Strukturen intakt zu lassen und zur Förderung der eigenen Interessen einen Machtwechsel in der Hauptstadt zu erzwingen, als durch secessionistische Bestrebungen den Zugang zu externen Hilfgeldern aufs Spiel zu setzen. Zudem ist Subsahara-Afrika hauptstadtlastig. Regionale Zentren, die zur Keimzelle neuer Staaten werden könnten, sind kaum vorhanden.

Ideologisch war und ist Sezessionismus in Subsahara-Afrika nicht attraktiv. Die Entkolonialisierung vollzog sich unter dem Vorzeichen des „Panafrikanismus“. Dieses Ideal wird auch heute von vielen Afrikanern grundsätzlich unterstützt. Der Panafrikanismus strebt den Zusammenschluss Afrikas an. Sezessionistische Bestrebungen gelten als rückschrittlich bzw. „tribalistisch“. Selbst wenn Politiker ethnozentriert denken und handeln, scheuen sie sich, dies öffentlich zuzugeben.

Auch wenn in Subsahara-Afrika ethnisch-kulturelles Bewusstsein stark ausgeprägt ist, so ist die identitätsstiftende Wirkung der Nationalstaaten stärker, als es den Anschein hat. Denn prägende gemeinsame Erfahrungen waren die koloniale Unterdrückung, die Entkolonialisierung und die Staatsgründung. Schulbesuch, Armeedienst und internationale Sportwettkämpfe haben die Loyalität zum Nationalstaat gefördert. Hingegen gibt es kaum vorkoloniale Bezüge, die eine identitätsstiftende Wirkung ausüben. Auch können Afrikaner nur in wenigen Fällen auf historische Anknüpfungspunkte von Staatlichkeit zurückgreifen, und wenn, dann handelt es sich um vormoderne Staaten. Die Identifikation mit den „künstlichen“ Nationalstaaten ist daher größer, als es auf den ersten Blick zu erwarten wäre. So hat Pierre Englebert darauf verwiesen, dass der Tschad von einem jahrzehntelangen Nord-Süd-Konflikt geprägt worden sei. Keine politische Partei habe aber je die Sezession auf ihre Fahnen geschrieben. Ähnlich verhalte es sich beim gegenwärtigen Konflikt in der Elfenbeinküste.¹⁰⁾

Hemmend wirkt sich auch die große ethnische, kulturelle und sprachliche Vielfalt in Subsahara-Afrika aus. Nicht nur auf staatlicher, sondern auch auf regionaler Ebene sind dominante Bevölkerungsgruppen die Ausnahme. Strebt eine Gruppe die Sezession eines Gebiets an, pflegen sich dort andere Gruppen dagegen zur Wehr zu setzen. Wie das Beispiel Südsudan zeigt, kann Separatismus natürlich auch auf multiethnischer und multikultureller Ebene verfolgt werden. In der Praxis sind jedoch besondere Voraussetzungen erforderlich, um entsprechende politische Homogenität herzustellen.

Schließlich gibt es in Subsahara-Afrika Alternativen zum Sezessionismus. So entziehen sich Afrikaner der Unterentwicklung und Unterdrückung, indem sie informelle Parallelgesellschaften begründen oder ins Ausland ausweichen.

Die Entwicklung seit der Entkolonialisierung

Bei der Entkolonialisierung der afrikanischen Kolonien wurde die Bevölkerung in der Regel nicht gefragt, in welchem Staat sie leben wollte. Von diesem Prinzip wurde nur in wenigen Fällen abgewichen, so im Fall früherer Völkerbundsmandate, da hier besondere Verpflichtungen gegenüber den Einwohnern in Rechnung gestellt wurden.

Der größte Teil des deutschen Schutzgebiets Togo wurde 1919 vom Völkerbund an Frankreich als Mandat übergeben; der westliche Teil ging an Großbritannien und wurde von der britischen Goldküste mitverwaltet. In einem Referendum im Mai 1956 stimmten dort 58% für den Verbleib beim künftigen Staat Ghana. Vom deutschen Schutzgebiet Kamerun war 1919 ein Gebietsstreifen an Großbritannien übergeben worden und wurde von Nigeria aus verwaltet; der Rest des Territoriums kam unter französische Verwaltung. Im Februar 1961 wurde in Britisch-Kamerun ein von der UNO unterstütztes Referendum durchgeführt. Der muslimische nördliche Teil votierte für den Verbleib bei Nigeria, der christliche südliche Teil für den Anschluss an Kamerun. Die Voten wurden entsprechend umgesetzt.

Diese Fallbeispiele verweisen übrigens auf ein Grundproblem territorialer Plebiszite: Soll das Gesamtvotum in einem Territorium entscheiden oder finden Voten in Unterregionen Berücksichtigung? So hatte 1956 Teile von Britisch-Togoland mehrheitlich für die Rückkehr zu Togo gestimmt, wo sich das Siedlungsgebiet der Ewe fortsetzt. Im Unterschied zu Britisch-Kamerun wurde in Britisch-Togoland jedoch nur das Gesamtvotum berücksichtigt und das Territorium Ghana zugeschlagen.

Ein weiterer Sonderfall ist die Spanische Sahara. Im Konflikt zwischen dem Streben einer Befreiungsbewegung nach Unabhängigkeit und den mit historischen Argumenten begründeten territorialen Ansprüchen Marokkos und Mauretaniens erkannte 1975 ein Gutachten des Internationalen Gerichtshofes dem Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung vorrangige Bedeutung zu und empfahl die Abhaltung eines Plebiszits. Nach 15-jährigem Krieg einigten sich die Konfliktparteien schließlich auf Durchführung eines solchen Referendums. Die 1991 in die Westsahara entsandte UNO-Mission konnte die Abstimmung jedoch bis heute nicht organisieren, da keine Einigkeit unter den Konfliktparteien besteht, wer stimmberechtigt ist.¹¹⁾

Am stärksten waren große Vielvölkerstaaten von Sezessionsbestrebungen betroffen: Kongo-Kinshasa (2,3 Mio. km²; ca. 300 Ethnien), Nigeria (923.800 km²; ca. 400 Ethnien) und der Sudan (2,5 Mio. km²; ca. 600 Ethnien). Die große Entfernung peripherer Regionen zur Hauptstadt und die Existenz regionaler Zentren dürfte dabei eine wesentliche Rolle gespielt haben.

In einem weiteren Vielvölkerstaat, der Republik Südafrika, gab es den Sonderfall eines staatlich erzwungenen Separatismus: Die weiße Minderheitsregierung suchte periphere ländliche Siedlungsgebiete schwarzer Ethnien als „Homelands“ in die Unabhängigkeit zu entlassen. Ziel war es, den zahlenmäßigen Anteil der weißen Minderheit in Kern-Südafrika zu erhöhen. Zunächst wurde 1976 die Transkei zu einem „souveränen Staat“, gefolgt von Bophuthatswana (1977), Venda (1979) und der Ciskei (1981). Eine diplomatische Anerkennung erfolgte ausschließlich von Seiten der Republik Südafrika. Pretoria kooperierte mit ausgewählten traditionellen Eliten. Die betroffenen Bevölkerungen konnten nicht frei über ihre politische Zukunft entscheiden. Mehrheitlich dürften sie die verbotene Befreiungsbewegung Afrikanischer Nationalkongress (ANC) unterstützt haben, die das Homelandkonzept strikt ablehnte. Gerade die Ciskei und die Transkei galten als Hochburgen des ANC. Im Zuge des Demokratisierungsprozesses wurden die „Unabhängigen Nationalstaaten“ 1994 wieder in den Staatsverband der Republik Südafrika eingegliedert.

Einen Schwerpunkt von Separatismus bildeten in den letzten 50 Jahren auch diejenigen Staaten, in denen Somalis leben: Somalia, Kenia, Äthiopien und Dschibuti. Seit Jahrzehnten streben Somalis die Gründung eines „Groß-Somalia“ an. Andererseits machten sich unter den in Klans aufgespaltenen Somalis auch Desintegrationstendenzen bemerkbar. Die Republik Somalia ist seit 1991 ein in mehrere Teile zerfallener, „gescheiterter“ Staat.

Die größten subsaharanischen Sezessionskonflikte waren der Katanga-Krieg (1960-63), der Biafra-Krieg (1967-70), die beiden Südsudan-Kriege (1955-72 und 1983-2005) und der Eritrea-Krieg (1961-1991). In Katanga und in Biafra konnten nicht zuletzt dank externer Unterstützung einige Jahre lang De-facto-Staaten etabliert werden. Hingegen haben Sezessionsbewegungen ohne nennenswerte externe Unterstützung, wie z.B. in Cabinda und Casamance, kaum Fortschritte gemacht.

Wenn Sezessionsbewegungen militärisch besiegt werden, bedeutet dies nicht zwangsläufig ein Ende des Konflikts. Separatismus kann mit politischen Mitteln (wie unter den Igbos im ehemaligen Biafra) oder mit Guerillaaktivitäten (wie in der äthiopischen Ogaden-Provinz) fortgeführt werden.

Die Abspaltung der Kupferprovinz Katanga (497.000 km²; 1,6 Mio. Einwohner) vom kongolesischen Gesamtstaat wurde maßgeblich von der früheren Kolonialmacht Belgien und dem Wirtschaftskonzern Union minière du Haut Katanga politisch, finanziell und militärisch unterstützt. Da der erste Premierminister Patrice Lumumba eine unabhängige Politik betrieb und Kontakte zur Sowjetunion anbahnte, suchte Brüssel über eine Abspaltung Katangas seine wirtschaftlichen Interessen zu sichern. Andere Staaten wie Südafrika leisteten Schützenhilfe. Vorübergehend unterstützte Belgien auch die Abspaltung der Diamantenprovinz Süd-Kasai unter „Kaiser“ Albert I. Kalonji Ditunga (1960/61).

Führer der sezessionistischen Partei Confédération des Associations du Katanga (CONAKAT) war Moïse Tschombé, der zum Königshaus der Lunda gehörte. Doch

waren die im westlichen Teil der Provinz beheimateten Lunda nur eine Minderheit in Katanga. Erbitterte Gegner der Unabhängigkeit waren v.a. die Baluba im Osten. Kein einziger Staat erkannte Katanga diplomatisch an. Die Sowjetunion unterstützte die Zentralregierung in Léopoldville (heute Kinshasa). Die USA waren zwar Lumumba-kritisch, setzten aber ebenfalls auf einen ungeteilten Kongo-Staat und förderten Joseph Desirée Mobutu als starken Mann, der im September 1960 Lumumba stürzte und 1965 die Macht übernahm. UNO-Truppen kämpften in den Jahren 1961-63 die Armee von Katanga und die mit ihr verbundenen Söldner nieder. Tschombés Soldaten setzten sich Mitte der 1960er-Jahre mit ihren Familien nach Angola ab, wo ebenfalls Lunda beheimatet sind.

Noch heute verfolgt der Congrès du peuple katangais (CPK) die Sezession. 1992 versuchte er, bei der OAE als legitime Befreiungsbewegung anerkannt zu werden. Denn die OAE hatte 1981 das Recht auf Selbstbestimmung in ihre African Charter on Human and People's Rights (Banjul Charter) aufgenommen. Doch antwortete eine Kommission der OAE, dass man weder Menschenrechtsverletzungen in Katanga noch einen systematischen Ausschluss von Katangern aus der Regierung festgestellt habe. Katanga müsse daher sein Recht auf Selbstbestimmung innerhalb des Gesamtstaats verfolgen.¹²⁾

Auch die Nachkommen der früheren Katanga-Gendarmen machen wieder von sich reden. Die Front de Libération Nationale du Congo (FLNC) wurde wiederbelebt; sie strebt unter Führung von Kapend Elie Kanyimbu die Abspaltung Katangas an. Im Mai 2010 wurde die Provinzhauptstadt Lubumbashi wegen eines erwarteten separatistischen Anschlags in Alarmzustand versetzt; am 4. Februar 2011 gelang es mutmaßlichen FLNC-Kämpfern, vorübergehend den Flughafen von Lubumbashi einzunehmen.¹³⁾ Ob die Separatisten nennenswerte Unterstützung in der Bevölkerung Katangas genießen, ist freilich nicht bekannt.

In Nigeria dominieren vier Ethnien: die christlichen Yoruba im Südwesten, die christlichen Igbo im Südosten sowie die muslimischen Hausa und Fulani im Norden. Im Januar 1966 putschten Offiziere, die mehrheitlich Igbos waren. Im Juli 1966 erfolgte ein von Hausa und Fulani getragener Gegenputsch. In dessen Folge ereigneten sich Pogrome gegen im Norden lebende Igbos, von denen 30.000 getötet wurden. Daraufhin erklärte General Chukwemeka Odumegwu Ojukwu, ein Igbo und der Militärgouverneur der Ostprovinz, die Unabhängigkeit der „Republik Biafra“ (76.400 km²; 12,4 Mio. Einwohner). 2 Mio. Igbos flohen aus dem Norden dorthin. Einzig Portugal und Frankreich leisteten Biafra diskrete Unterstützung, auch durch Waffenlieferungen. Portugal verteidigte damals seine afrikanischen Besitzungen gegen Befreiungsbewegungen und suchte seinen erbitterten Gegner Nigeria zu schwächen, indem es dortige Separatisten unterstützte. Frankreich war bestrebt, den britischen Einfluss in Westafrika zurückzudrängen und begrüßte daher eine mögliche Teilung des größten anglophonen Landes. Diplomatisch anerkannt wurde Biafra nur von der Elfenbeinküste, Gabun, Kongo-Kinshasa, Tansania sowie von Haiti. Großbritannien, die USA und die Sowjetunion

standen hinter der Zentralregierung, die die Armee Biafras schließlich im Januar 1970 besiegte, nicht zuletzt mittels einer Hungerblockade, die 1 Mio. Tote forderte. Danach verfolgte die nigerianische Regierung eine Politik der Versöhnung. Doch auch heute ist ein Movement for the Actualization of the Sovereign State of Biafra (MASSOB) unter Führung von Ralph Uwazurike aktiv. Periodisch kommt es zu Demonstrationen und Verhaftungen.

Im „Anglo-ägyptischen Sudan“ verwalteten die Briten den von Schwarzafrikanern bewohnten Südsudan getrennt von dem arabisch-islamisch geprägten Norden. Nordsudanese und Ausländer brauchten Sondergenehmigungen, wenn sie in die „closed districts“ des Südens einreisen wollten. Englisch statt Arabisch war dort Verwaltungs- und Unterrichtssprache, und christliche Missionstätigkeit wurde gefördert, während dem Vordringen des Islams Einhalt geboten wurde. London investierte in strategische Regionen im Norden; die traditionell lebenden Südsudanese suchte es von der modernen Welt abzuschirmen. Obwohl es nicht alleinige Verwaltungsmacht war, plante Großbritannien gemäß einer Direktive von 1930, den Südsudan an seine ostafrikanischen Kolonien anzuschließen.

Doch seit der Konferenz von Juba (1947) betrieb London die Entlassung des Sudans in die Unabhängigkeit als einheitlicher Staat. Nun wurde auch die Entwicklung des zurückgebliebenen Südsudans in Angriff genommen. Nordsudanese Beamte wurden in den Süden geschickt; sie förderten die Ausbreitung der arabischen Sprache und Kultur. Die nicht nach ihren Wünschen befragten Südsudanese fürchteten eine Majorisierung und Überfremdung durch den Norden. Sie plädierten entweder für eine Fortdauer der britischen Herrschaft im Süden oder für einen föderativen Staatsaufbau. Doch als der Sudan zum 1.1.1956 in die Unabhängigkeit entlassen wurde, setzte sich der Nordsudan mit einem zentralistischen Staatsaufbau durch. Während der kommenden fünf Jahrzehnte versuchten die Machthaber aus dem arabischsprachigen Norden immer wieder, dem Land eine einheitliche Identität aufzuzwingen.

Von 1955-72 kämpften die Südsudanese zunächst für eine föderative Staatsordnung, dann für einen selbstständigen Staat „Asania“ (lateinisches Wort für Ostafrika). Ein 1972 abgeschlossenes Friedensabkommen, das dem Süden Autonomie

einräumte, scheiterte nach einem Jahrzehnt. Von 1983 an kämpfte der Süden unter Führung von John Garang erneut gegen den Norden. Mit dem „Sudan People’s Liberation Movement/Army“ (SPLM/A) erstrebte der Marxist Garang jedoch einen durchgreifend reformierten „Neuen Sudan“, keine Unabhängigkeit.

Im Gegensatz zu den Guerilleros des ersten Südsudan-Krieges wurde die SPLM/A nun in erheblichem Maß von anderen Staaten unterstützt (Uganda, Eritrea, Äthiopien, schließlich auch von den USA). Die SPLM/A konnte die Armee zwar nicht besiegen, erzwang jedoch ein militärisches Patt. 2005 mündeten Friedensverhandlungen in ein vom UNO-Sicherheitsrat unterstütztes und von zahlreichen internationalen Akteuren als Garanten mitunterzeichnetes „Comprehensive Peace Agreement“ (CPA). Landeseinheit sollte für die Konfliktparteien Priorität haben; jedoch erhielten die Südsudanese zum Ende

Abb.1 Sezessionsbestrebungen in Subsahara-Arika



Legende:

Gebiete und Ziele:

ANGOLA	Exklave Cabinda (Staat)	NIGERIA	Igbo-Gebiet (Staat „Biafra“) Ijaw-Gebiet (Staat „Niger Delta Republic“) Yoruba-Gebiet (Staat)
ÄTHIOPIEN	Ogaden (Staat bzw. Anschluss an Somalia) Oromia (Staat)	SAMBIA	Westprovinz (Staat „Barotseland“)
KAMERUN	Bakassi-Halbinsel* (Staat bzw. Rückkehr zu Nigeria) Südkamerun (Staat - „Ambazonia“)	SENEGAL	Casamance (Staat)
KOMOREN	Insel Anjouan (Staat) Insel Mohéli (Staat)	SOMALIA	Jubaland (Staat) Somalland (Staat)
DEM. REP. KONGO	Bas-Kongo (Staat; Königreich „Bundu dia Kongo“) Katanga (Staat)	SÜDAFRIKA	Afrikaanssprachige Gebiete (Staat „Afrikaner-Volksstaat“)
NAMIBIA	Caprivizipfel (Staat bzw. Anschluss an „Barotseland“)	TANSANIA	Sansibar (Staat)

* Die 1.000 km² große Bakassi-Halbinsel war aufgrund eines Schiedsspruchs des Internationalen Gerichtshofes 2008 von Nigeria an Kamerun abgetreten worden.

der sechseinhalbjährigen Übergangsfrist das Recht, über Einheit oder Trennung in einem Plebiszit zu entscheiden. Garang strebte bekanntlich nicht nach Trennung, ließ das Sezessionsrecht der Südsudanesen zum Ende der Übergangsperiode jedoch als effizientes Druckmittel gegenüber Khartum in das CPA aufnehmen.

Verschiedene Faktoren führten dazu, dass die Landeseinheit scheiterte. Erstens starb der größte Befürworter dieses Zieles im Süden, John Garang, im Juli 2005 bei einem Hubschrauberabsturz. Seine Kollegen in der SPLM/A und die übergroße Mehrheit der Bevölkerung tendierten zur Unabhängigkeit. Zweitens war die National Congress Party (NCP) unter Führung von Staatspräsident Omar al-Bashir nicht bereit, im CPA auf die Scharia im Nordsudan zu verzichten. Damit war Landeseinheit keine attraktive Option mehr für die Südsudanesen. Drittens leitete die von der NCP dominierte Übergangsregierung weder die im CPA zugesagte landesweite Entwicklung noch eine wirkliche Demokratisierung ein. Im Januar 2011 stimmten die Südsudanesen mit 98,8% für die Unabhängigkeit, und die internationale Gemeinschaft muss nolens volens die ungeliebte Staatsgründung mittragen.

Bemerkenswert ist, dass die Südsudanesen nicht über eine gemeinsame ethnisch-kulturelle Identität verfügen. Auch gibt es kein historisches Vorbild für südsudanesischen Staatlichkeit. Bezeichnenderweise stand im Januar noch nicht der Name für den im Juli zu gründenden Staat fest. Die gemeinsame Identität resultiert ausschließlich aus der Ablehnung des arabischsprachigen, muslimischen Nordens. Im Südsudan leben rund 200 ethnische Gruppen - allesamt Schwarzafrikaner, doch von ihrer Herkunft, Kultur und Sprache stark verschieden. Einen heterogenen Staat wie den Südsudan zusammenzuhalten wird für künftige Regierungen eine große Herausforderung sein.

Erster Schritt zu einem „Groß-Somalia“ war der Zusammenschluss von Britisch-Somaliland (Hauptstadt Hargeisa; unabhängig am 26.6.1960) und Italienisch-Somaliland (Hauptstadt Mogadischu; unabhängig am 1.7.1960) zur Republik Somalia am 1.7.1960. Nach der Unabhängigkeit Kenias im Jahr 1963 kämpften die im Norden lebenden Somalis bis 1967 für einen Anschluss an Somalia. In der äthiopischen Ogaden-Provinz gründeten die dort lebenden Somalis die sezessionistische Westsomalische Befreiungsfront (WSLF). 1964 kam es zu einem ersten Krieg zwischen Äthiopien und Somalia. 1976 intensivierte die WSLF den Widerstand gegen die Regierung in Addis Abeba, ein Jahr später griffen reguläre somalische Truppen ein. Doch gewann Äthiopien 1978 den Krieg, da die Sowjetunion von der somalischen auf die äthiopische Seite wechselte und Addis Abeba in großer Zahl Waffen und Militärberater zur Verfügung stellte und Kuba ca. 17.000 Soldaten nach Äthiopien entsandte. Im Jahr 1984 wurde eine Ogaden National Liberation Front (ONLF) gegründet; seit 1994 führte sie einen Guerillakrieg gegen die äthiopische Regierung. Auftrieb gab ihr die Machtergreifung der großsomalisch auftretenden „Union Islamischer Gerichtshöfe“ im Jahr 2006. Auch nach deren Sturz ist sie aktiv.

Andererseits trat in Somalia mit dem Sturz der Regierung von Präsident Siad Barré im Jahr 1991 eine territoriale Desintegration ein. Nach einem Beschluss der Klanältesten erklärte das ehemalige Britisch-Somaliland am 18. Mai 1991 einseitig die Unabhängigkeit. 2001 unterstützten in einem Referendum 97,1% der Wähler diesen Schritt. Sympathien genießt Somaliland bei manchen britischen Politikern; auch pflegt es gute Kontakte nach Arabien. Bisher rang sich aber noch kein Staat zur Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen durch. Jubaland erklärte sich 1998 unter Siad Hersi ebenfalls als unabhängiger Staat. Nach dem Sturz Hersis unterstellte sich Jubaland 1999 wieder Mogadischu. Hersi kämpft mit seinem Somali Patriotic Movement (SPM) jedoch weiterhin für die Unabhängigkeit. Puntland erklärte sich 1998 zur „autonomen Region“, strebt bisher aber nicht die Unabhängigkeit an.

Das Fallbeispiel Somalia verdeutlicht, wie hartnäckig die internationale Politik Sezessionen bekämpft - bis hin zur Missachtung von Realitäten. Seit 1991 existiert de facto kein Staat Somalia, dennoch genießt er de jure internationale Anerkennung. Hingegen wird dem funktionierenden Staat Somaliland die Anerkennung versagt.

Gegenwärtige Sezessionsbestrebungen

In diversen afrikanischen Staaten werden derzeit Sezessionen verfolgt (siehe Tabelle). Teilweise sind die Repräsentanten in der 1991 gegründeten Unrepresented Nations and Peoples Organization (UNPO) in Den Haag vertreten, einem Zusammenschluss autonomistischer und sezessionistischer Bewegungen. Zwölf der 53 UNPO-Mitglieder weltweit entfallen auf Subsahara-Afrika.¹⁴⁾

Relevanten bewaffneten Widerstand auf niedriger Intensität leisteten Sezessionsbewegungen 2010 in Cabinda, dem Ogaden, dem Oromogebiet, im Niger-Delta und in Casamance. Mit Ausnahme des Niger-Deltas handelt es sich um jahrzehntealte Sezessionskonflikte, die periodisch aufflackern und wieder abebben. Wiederholt wurden Friedensabkommen geschlossen, Zugeständnisse von den Zentralregierungen gemacht und einzelne Sezessionisten in die Regierung kooptiert, doch konnten die Probleme damit langfristig nicht gelöst werden.

Kleine Territorien wie die Bakassi-Halbinsel, die Inseln Anjouan und Mohéli oder das Niger-Delta dürften keine ernsthafte Chance auf Unabhängigkeit haben. Immerhin bedurfte es im März 2008 einer Militäroperation der Afrikanischen Union unter Beteiligung von Truppen aus dem Sudan und Tansania, um die 424 km² große Insel Anjouan mit 280.000 Einwohnern in den Staatsverband der Komoren zurückzuzwingen.

Zum Jahreswechsel 2010/11 wurden wieder Sezessionsbestrebungen unter den Lozi in der von Armut gekennzeichneten Westprovinz Sambias manifest. Bei Zusammenstößen von Befürwortern eines Staates „Barotseland“ mit Sicherheitskräften wurden Mitte Januar drei Menschen getötet und zwölf verletzt. Plakate hatten Minderheiten wie die Nkoya und Munda aufgefördert, die Provinz zu verlassen; andernfalls würden sie zu Tode

gehackt. Das Königreich Barotsland hatte unter britischer Verwaltung den Status eines eigenständigen Protektorats. Bei der Unabhängigkeit 1964 wurde mit dem sambischen Staat ein Abkommen geschlossen, das eine gleichmäßige Verteilung der Ressourcen zusicherte. Dies ist in den Augen der Lozi nicht erfolgt. Als die Regierung im Oktober 2010 auch noch das Abkommen von 1964 aus der Verfassung strich, kam es zu heftigen Protesten und Unabhängigkeitsforderungen unter Führung des Barotse Freedom Movement (BFM).¹⁵⁾

Im benachbarten Caprivizipfel in Namibia macht eine 1994 gegründete, ebenfalls von Lozi getragene Caprivi Liberation Front (CLF) von sich reden, die die Unabhängigkeit bzw. den Anschluss an einen Staat Barotsland anstrebt. Ende der 1990er-Jahre kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen mit namibischen Sicherheitskräften. Hunderte CLF-Anhänger wurden daraufhin interniert. Der 450 km lange und stellenweise nur 50 km breite Caprivizipfel ist ein Paradebeispiel für „künstliche“ Grenzen in Afrika. Benannt nach dem deutschen Reichskanzler Leo Graf Caprivi, wurde der Gebietsstreifen 1890 durch einen deutsch-britischen Vertrag an Deutsch-Südwestafrika angegliedert, um dem Deutschen Reich einen Zugang zum Sambesifluss zu verschaffen. Die im Caprivizipfel lebenden Menschen haben ethnisch, kulturell und sprachlich nichts mit dem Rest Namibias gemein. Vom Hauptort Katima Mulilo sind es 1.200 km bis zur Hauptstadt Windhuk.

Ermuntert der Präzedenzfall Sudan weitere Sezessionen?

Politiker betonen derzeit die Singularität und Unvergleichlichkeit der Loslösung des Südsudans - eine Präzedenzwirkung für andere Territorien könne daraus nicht hergeleitet werden. Doch dokumentieren nervöse Reaktionen benachbarter Staatsführer die Angst vor einem Flächenbrand. So meinte der libysche Revolutionsführer Muammar Ghaddafi: *„Was im Sudan geschieht, droht sich zu einer ansteckenden Krankheit auszuweiten. (...) Dies ist der Anfang eines Risses, der bald die ganze afrikanische Landkarte durchziehen wird.“* Tschads Staatspräsident Idriss Déby warnte vor einer „Büchse der Pandora“ mit „katastrophalen Konsequenzen für den gesamten Kontinent“.¹⁶⁾

In der Tat hat die Sezession des Südsudans eine neue Qualität. Konnten sich Somaliland und Eritrea noch auf koloniale Vorläufer berufen, wird nun erstmals das Prinzip der Unverletzlichkeit der früheren Kolonialgrenzen in Afrika durchbrochen. Sicherlich wird dieser Vorgang andere Sezessionsbewegungen ermutigen, von Somaliland über Sansibar bis Casamance und Cabinda.

Durch die erfolgreiche Sezession des Südsudans werden die Darfur-Rebellen Auftrieb im Nordsudan erhalten. Wahrscheinlich werden sie ihren bewaffneten Widerstand verstärken und ihre Forderungen erhöhen, möglicherweise sogar eine separatistische Agenda übernehmen. In diesem Zusammenhang sei angemerkt, dass ein südsudanesischer Staat kein historisches Vorbild hat; hingegen bestand von ca. 1650-1916 ein eigenständiges Sultanat Darfur. Freilich pflegen die Darfuris traditionell enge Verbindungen nach Khartum. Außerdem gibt es innerhalb Darfurs Span-

nungen zwischen sesshaften Ackerbauern und Nomaden, zwischen schwarzafrikanischen und arabischsprachigen Muslimen. Mit einer Dezentralisierung des politischen Systems wäre Darfur wahrscheinlich mehr gedient. Sollte das gegenwärtige Regime in Khartum allerdings Reformen hartnäckig verweigern, so ist mittelfristig die Abspaltung marginalisierter nordsudanesischer Regionen durchaus vorstellbar.

Mit der Teilung des Sudans hört das klassische Brückenland zwischen „Schwarzafrika“ und Nordafrika auf zu existieren. Der entlang des 12. Breitengrades verlaufende Graben zwischen Süd und Nord wird sich damit vertiefen. Damit könnten die latenten Spannungen in allen Ländern der Sahelzone zunehmen, von Mauretanien über Niger und Mali bis zum Tschad. Ethnisch-kulturelle Gegensätze werden hier durch die Konkurrenz um knappe Ressourcen (Land, Wasser) verschärft. *„Wir alle haben einen Norden und einen Süden“*,¹⁷⁾ gab Tschads Präsident Déby zu bedenken.

Viel wird von der Reaktion der afrikanischen Regierungen auf die Sezession des Südsudans abhängen. Werden sie die Entwicklung und Partizipation peripherer Regionen verbessern, um die dortigen Bewohner zu gewinnen? Oder werden sie im Gegenteil auf verstärkte Repression setzen und damit Widerstand provozieren?

Einen raschen Dominoeffekt dürfte die Sezession des Südsudans aber nicht auslösen. Die im Sudan gegebenen Rahmenbedingungen können nicht ohne Weiteres auf andere Fälle übertragen werden: ein besonders stark ausgeprägter ethnischer, kultureller und religiöser Gegensatz, die Erfahrung jahrzehntelanger Bürgerkriege hoher Intensität mit insgesamt über 3 Mio. Toten und erhebliche externe Unterstützung für die Rebellen. Zweifellos bestand im Fall des Südsudans auch ein spezielles Interesse der Supermacht USA, den „Schurkenstaat“ Sudan zu schwächen und einem prowestlichen, ölreichen Klientelstaat zur Unabhängigkeit zu verhelfen. Die Sudan-Politik Washingtons war aber nie einheitlich, weswegen einfache Verschwörungstheorien zu kurz greifen.

Joe Temin vom U.S. Institute for Peace ist darin zuzustimmen, dass die anderen klassischen Sezessionsbewegungen in Subsahara-Afrika vergleichsweise schwach sind. Weder verfügen sie über derart großen Rückhalt in der Bevölkerung wie die SPLM/A, noch haben sie derart lange und blutige Bürgerkriege durchgestanden, noch können sie auf bedeutende internationale Unterstützung zählen.¹⁸⁾

Vielleicht wird sich die internationale Politik aber auf neue Sezessionsformen einstellen müssen, die eher dem Fall Somaliland ähneln. Viele afrikanische Staaten sind heute bei näherer Betrachtung Fassadengebilde und von „gescheiterten Staaten“ nicht weit entfernt. Wenn das Zentrum einerseits die Kontrolle, andererseits die Versorgung peripherer Regionen nicht mehr gewährleisten kann, ist es durchaus vorstellbar, dass sich nach dem Vorbild Somalilands bestimmte Gebiete selbst organisieren und Sicherheit und Versorgung in die eigenen Hände nehmen. Im eigenen Interesse ist die internationale Gemeinschaft angehalten, mit solchen Protostaaten pragmatisch zu kooperieren.

Vorrangige Kandidaten für territoriale Desintegration sind sicherlich Nigeria und die Demokratische Republik Kongo. Es handelt sich um riesige Vielvölkerstaaten, die mit den Symptomen staatlicher Schwäche zu kämpfen haben. Mühsam wird die Autorität der Zentralregierung durchgesetzt; periphere Regionen fühlen sich vernachlässigt und suchen ihre Geschicke in die eigene Hand zu nehmen. Teilweise bestehen gewachsene regionale Zentren, die zu Keimzellen für neue Organisationsformen werden könnten.

In Nigeria wird der staatliche Zusammenhalt zudem entlang einer Nord/Süd-Trennlinie vom christlich-muslimischen Gegensatz bedroht, der immer wieder zu bewaffneten Gruppenkonflikten führt. Auch wenn sich in Nigeria ausschließlich Schwarzafrikaner gegenüberstehen, sind die Spannungen ähnlich fatal wie im Sudan.¹⁹⁾

In fernerer Zukunft könnte sogar der Vielvölkerstaat Republik Südafrika als Kandidat für territoriale Desintegration hinzukommen. Zwar ist derzeit die staatliche Autorität noch vergleichsweise stark, doch sind Erosionserscheinungen unverkennbar. Eine extrem hohe Gewaltkriminalität, Ineffizienz von Ministerien und Behörden, Korruption, die Verarmung breiter Bevölkerungsschichten, die Durchseuchung eines Fünftels der 15-49-Jährigen mit dem HI-Virus, Bildungsnotstand, Fachkräfteabwanderung, hohe Arbeitslosigkeit, Verarmung breiter Bevölkerungsschichten und gewalttätige Sozialproteste machen dem Land zu schaffen. Zunehmend stehen „Zonen der Stabilität“ „Zonen der Instabilität“ gegenüber, aus denen sich der Staat tendenziell zurückzieht.²⁰⁾

Ian W. Spears plädiert dafür, gegenüber solchen Prozessen eine pragmatische Haltung einzunehmen, zumal Sezessionen nicht grundsätzlich als schädlich oder unschädlich klassifiziert werden könnten. Vielmehr biete sich gerade in Afrika ein flexibles Vorgehen an:

„Clearly, there is a need for flexibility on the part of the international community and for a variety of responses to Africa's problems of underdevelopment and conflict. The point is not for the international community to endorse anything and everything. Rather it is to identify and work with effective structures which promise to bring about genuine development; and to strengthen those that need support, so that they can become effective, democratic and benevolent.“²¹⁾

Insbesondere im Fall von staatlich verschuldeten humanitären Katastrophen oder „gescheiterten Staaten“ biete sich eine Kooperation mit funktionierenden staatsähnlichen Strukturen an. Die Akteure müssten jedoch bestimmte Standards erfüllen, damit eine Unterstützung brutaler, krimineller Bewegungen ausgeschlossen wird.

Für ein flexibles und eher reaktives als normatives Vorgehen plädiert auch Pierre Englebert. Er sieht in der bisherigen bedingungslosen Anerkennung souveräner afrikanischer Staaten geradezu eine Ermutigung für schlechte Regierungsführung, Menschenrechtsverletzungen und entwicklungshemmende Politik. Lediglich über die konditionalisierte Vergabe finanzieller Hilfe versuche die internationale Gemeinschaft inzwischen Einfluss zu nehmen. Englebert behauptet, dass sich nicht anerkannte Staaten in stärkerem Maß um Rückhalt bei

der Bevölkerung bemühen müssten. Als Beispiele guter Regierungsführung nennt er die diplomatisch isolierte Republik Somaliland sowie Taiwan, das just nach dem Verlust internationaler Anerkennung die Einparteiendiktatur überwunden und erfolgreich demokratische Reformen umgesetzt habe. Angesichts verbreiteten Staatsversagens in Subsahara-Afrika empfehle sich eine Zusammenarbeit mit Gemeinwesen, die über eine funktionierende Regierung verfügen und bestimmten Normen gerecht werden. Eine solche Kooperation könne in volle diplomatische Anerkennung münden. Im Gegenzug sei bestehenden Staaten stufenweise die Anerkennung zu entziehen, wenn sie Standards verletzen. Englebert hält es für möglich, dass sich Afrika aus sich selbst heraus neu konstituiert. Als Alternative blieben der Weltgemeinschaft nur langfristige Treuhandschaften über „gescheiterte Staaten“, d.h. eine Rekolonialisierung mit internationalem Mandat. Eine solche Lösung sei aber weder finanzierbar noch für die Afrikaner zumutbar.²²⁾

Auch einzelne afrikanische Stimmen sind territorialen Veränderungen gegenüber aufgeschlossen. Bereits 1993 veröffentlichte der bekannte kenianische Hochschullehrer Ali Al'amin Mazrui den Aufsatz „The Bondage of Boundaries - Why Africa's Boundaries must be Redrawn.“²³⁾ Die Loslösung Eritreas von Äthiopien begrüßte er als willkommenen Tabubruch.

Wie auch immer sich die internationale Gemeinschaft gegenüber Sezessionen künftig verhalten wird: Ihre Zahl wird zunehmen, auch in Subsahara-Afrika. Im Südsudan und anderswo wird sich zeigen, ob neue Staaten und Grenzen mehr Stabilität und mehr Entwicklung mit sich bringen werden. ■

ANMERKUNGEN:

1) Aleksandar Pavković/Peter Radan (Hrsg.): On the Way to Statehood. Secession and Globalisation, Aldershot/Burlington, VT 2008, S.4f.

2) Früher war auch die Erweiterung des Territoriums ein Staatsziel. So führten die römisch-deutschen Kaiser ab 966 den Titel „Augustus“ (Mehrer des Reiches), der qualitative und quantitative Aspekte beinhaltete. Hingegen distanzierte sich König Wilhelm I. von Preußen 1871 in seiner Ansprache anlässlich der Proklamation zum deutschen Kaiser von expansionistischen Bestrebungen: „Uns aber und Unseren Nachfolgern an der Kaiserkrone wolle Gott verleihen, allzeit Mehrer des Deutschen Reiches zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung.“ (zit. nach An das deutsche Volk! Wilhelm, König von Preußen, Großes Hauptquartier, Versailles, 17.1.1871. Deutsches Historisches Museum Berlin, Do 57/250).

3) Hierzu Jörg Fisch: Das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Die Domestizierung einer Illusion, München 2010.

4) Angesichts der restriktiven Haltung afrikanischer Staaten gegenüber Sezessionen ist es nicht verwunderlich, dass bisher in Pristina nur elf Botschafter aus Afrika akkreditiert sind - ausnahmslos aus Kleinstaaten. (Republika e Kosovës: Countries that have recognized the Republic of Kosova. Internet-Dokument: <http://www.mfaks.net/?page=2,33> [Zugriff 15.2.2011]).

5) Siehe Matthias Herdegen: Völkerrecht, München 6/2007; Christian Tomuschat: Secession and Self-Determination. In: Marcelo G. Köhler (Hrsg.): Secession - International Law Perspectives, Cambridge 2006, S.23-45.

6) Ebd.

7) Christopher S. Clapham: Rethinking African States, African Security Review 10 (2001) 3, S.7.

8) Pierre Englebert: Africa. Unity, Sovereignty & Sorrow, Boulder,

Colorado/London 2009, S.19f.

9) Ebd., S.17.

10) Ebd., S.20.

11) Der Westsahara-Konflikt wird bisweilen fälschlicherweise als „Secessionskonflikt“ bezeichnet. Dies führt sich auf die Ansicht Marokkos zurück, die von ihm seit 1975/76 besetzte und verwaltete Westsahara sei ein Teil seines Staatsgebietes, die Befreiungsbewegung Frente Popular para la Liberación de Saguía el Hamra y Río de Oro (Frente Polisario) eine separatistische Bewegung. Aus Sicht Marokkos kann das vereinbarte Referendum denn auch nur ein „Zustimmungsreferendum“ sein, d.h. eine Bekräftigung der marokkanischen Souveränität durch die Bevölkerung. Völkerrechtlich handelt es sich jedoch um einen noch offenen Dekolonisierungsfall. Die Bevölkerung hat das vom UNO-Sicherheitsrat bekräftigte Recht, über die Gründung eines eigenen Staates oder die Zugehörigkeit zu Marokko frei zu entscheiden. Mauretanien hat 1979 alle Ansprüche auf das Territorium aufgegeben.

12) Kathryn Sturman: New Norms, Old Boundaries: The African Union's Approach to Secession and State Sovereignty. In: Pavković/Radan (wie Anm. 1), S.73f.

13) Christophe Rigaud: RDC: Le retour des Tigres du Katanga? Afrikarabia, 5.2.2011. Internet-Dokument: <http://afrikarabia2.blogs.courrierinternational.com/archive/2011/02/05/rdc-le-retour-des-tigres-du-katanga.html> (Zugriff 17.2.2011).

14) Unrepresented Nations and Peoples Organization: Nations and Peoples. Internet-Dokument: <http://www.unpo.org/members.php> (Zugriff 31.1.2011).

15) ZAMBIA: Poverty fuels secession bid by Western Province. IRINNEWS, UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs, Lusaka 25.1.2011. Internet-Dokument: <http://www.irinnews.org/Report.aspx?ReportID=91721> (Zugriff 31.1.2011).

16) Zit. nach Johannes Dieterich: Afrikas Staaten treibt die Angst vor Sezession um. Berliner Zeitung, 15.2.2011.

17) Zit. nach ebd.

18) Jon Temin: Secession and Precedent in Sudan and Africa. US Institute for Peace 68, Washington D.C., 17.11.2010. Internet-Dokument: http://www.usip.org/files/resources/PB%2068%20-%20Secession%20and%20Precedent%20in%20Sudan%20and%20Africa_0.pdf (Zugriff 31.1.2011).

19) Während Libyens Revolutionsführer Muammar Ghadafi im Sudan die Landeseinheit favorisierte, plädiert er im Fall von Nigeria für eine Teilung: Zum Entsetzen der afrikanischen Staatschefs empfahl er im März 2010 als Mittel zur Konfliktlösung die Gründung eines muslimischen und eines christlichen Staates. (Divide Nigeria in two, says Muammar Gaddafi. BBC News, 16.3.2010. Internet-Dokument: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/8570350.stm> [Zugriff 15.2.2011]).

20) Mit dem Ende der Apartheid kommen in Südafrika Sezessionsbestrebungen auf. So fordern afrikaanssprachige Weiße (Buren) seit Anfang der 1990er-Jahre einen unabhängigen „Afrikaner-Volksstaat“ und legitimieren diesen Anspruch u.a. mit den 1902 von Großbritannien annektierten, international anerkannten Burenrepubliken Oranje-freistaat und Transvaal. Die von verschiedenen Gruppen unterstützten „Volksstaat“-Bestrebungen zielen entweder auf Autonomie oder auf Unabhängigkeit. Die afrikaanssprachigen Weißen verfügen aber in keiner Region des Landes über eine demographische Mehrheit. Sollten allerdings auch die afrikaanssprachigen Kapmischlinge separatistische Bestrebungen unterstützen, dann wäre eine solche Mehrheit im Westkap und im Nordkap gegeben. 2009 kündigte auch der Thembu-König Buyelekhaya Dalindyebo an, die Unabhängigkeit von „Thembuland“ zu verfolgen. Es würde das frühere Homeland Transkei einschließen. Die Thembu gehören zu den Xhosa-sprachigen Gruppen. Hingegen ist der 1993/94 virulente Zulu-Separatismus abgeebbt: Nach langer Xhosa-Dominanz im Afrikanischen Nationalkongress (ANC) wird Südafrika seit 2009 von einem Staatspräsidenten regiert, der ein Zulu ist (Jacob Zuma). Die südafrikanische Verfassung ermöglicht in Artikel 235 allen Sprach- und Kulturgemeinschaften die Möglichkeit der Selbstbestimmung auch auf territorialer Grundlage, allerdings nur innerhalb des Gesamtstaats.

21) Ian W. Spears: Debating Secession and the Recognition of New States in Africa, African Security Review 13(2004) 2, S.45.

22) Englebert (wie Anm. 8), S.246-260.

23) Ali A. Mazrui: The Bondage of Boundaries - Why Africa's Boundaries must be Redrawn. The Economist, 11.9.1993.



Dr. Martin Pabst

Geb. 1959; Studium der Geschichte, Politikwissenschaft und Anglistik in München und Würzburg; 1988 Promotion zum Dr. phil.; Lehrauftrag an der Universität Würzburg; Forschungsaufenthalte in Lomé (Togo), London und Oxford; seit 1992 Büro Forschung & Politikberatung in München; Reserveoffizier; stellv. Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. (DGVN), Landesverband Bayern; zahlreiche Buch- und Aufsatzveröffentlichungen.